

Vom Grossen Stadtrat  
genehmigt am  
12. Mai 2022

## Protokoll Nr. 21

über die Verhandlungen  
des Grossen Stadtrates von Luzern  
Donnerstag, 17. Februar 2022, 08.15–18.00 Uhr  
Regierungsgebäude Kanton Luzern,  
Kantonsratssaal

**Vorsitz:**  
Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann

**Präsenz:**  
Anwesend sind 44–45 Ratsmitglieder.

**Entschuldigt:**  
Lisa Zanolla, Christina Lütolf-Aecherli und Patrick Zibung den ganzen Tag (Letzterer nimmt gemäss Art. 35a des Geschäftsreglements von zu Hause aus an den Abstimmungen teil); Claudio Soldati bis 8.35 Uhr, Damian Hunkeler von 14–14.20 Uhr, Andreas Felder von 15.10–17.20 Uhr, Marco Müller ab 17.50 Uhr

**Der Stadtrat** ist am Vormittag vollzählig anwesend, am Nachmittag ist Stadtpräsident und Bildungsdirektor Beat Züsli ab 17 Uhr entschuldigt.

**Protokoll:**  
Karin Spinnler Schmid

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	3
2. Genehmigung der Protokolle 17 vom 11. November 2021 und 18 vom 25. November 2021	4
3. <b>Ungleichbehandlung der Luzerner Vereine</b> <b>Petition an den Stadtrat und den Grossen Stadtrat</b> Antwort des Grossen Stadtrates	4
4. Bericht und Antrag 40/2021 vom 1. Dezember 2021: <b>Initiative «Reuss-Oase: Ein Freiraum für alle!»</b>	5
5. Bericht und Antrag 43/2021 vom 1. Dezember 2021: <b>Aufhebung Strassenreglement Littau</b>	13
6. Bericht und Antrag 22/2021 vom 30. Juni 2021: <b>Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern</b>	14

7.	Motion 434, Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion vom 20. Juli 2020: <b>Für eine soziale und gerechte Klimawende</b>	96
8.	Dringliche Motion 148, Mario Stübi, Benjamin Gross und Nico van der Heiden namens der SP-Fraktion sowie Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 29. November 2021: <b>Klima- und Mieterschutz gemeinsam: Genfer Lösung für Luzern</b>	96
9.	<b>Gast-Input Journalismus:</b> Flurina Valsecchi, Chefredaktorin Bote der Urschweiz AG	49
–	Dringliche Interpellation 159, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2022: <b>Wortbruch des Stadtrates beim Inseli</b>	49
–	Dringliche Interpellation 160, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion vom 27. Januar 2022: <b>Service-Portal – wie weiter in der Stadt Luzern?</b>	62
10.	Postulat 124, Marc Lustenberger, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 1. September 2021: <b>Mit Konfliktmanagement die Stolperrisiken der Grossprojekte Durchgangsbahnhof und Bypass minimieren</b>	
11.	Postulat 132, Jona Studhalter und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion, Nico van der Heiden namens der SP-Fraktion sowie Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 28. September 2021: <b>Freie Fahrt für Freigleisvelos – «Neubadkreuzung» umgestalten</b>	Die Traktanden 10 bis 12 wurden aus zeitlichen Gründen nicht behandelt
12.	Interpellation 133, Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 1. Oktober 2021: <b>Quartierbadeplatz Schönbühlstrand</b>	

#### Zur Traktandenliste

Traktandum 6 konnte vor der Mittagspause nicht zu Ende beraten werden. Nach dem Mittag folgte Traktandum 9 (Gastreferat) sowie die Behandlung der zwei Dringlichen Interpellationen. Danach wurde die Behandlung der Traktanden 6, 7 und 8 fortgesetzt.

## Beratung der Traktanden

### 1 Mitteilungen der Ratspräsidentin

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann** begrüsst die Anwesenden zur 21. Sitzung des Grossen Stadtrates. Es ist ein spezieller Morgen, weil es offenbar der erste Morgen nach der Pandemie ist. Darüber dürfen wir uns freuen. Das Schutzkonzept zu dieser Sitzung wurde den Mitgliedern des Parlaments vor dem Bundesratsentscheid zugestellt. Auch war lange Zeit nicht klar, welche Schutzvorgaben der Regierungsrat für das Gebäude, in dem sich der Kantonsratssaal befindet, vorsah. Inzwischen ist es klar: Es gilt keine Maskenpflicht mehr. Wer sich aber nicht wohl fühlt, kann selbstverständlich weiterhin eine Maske tragen, alle anderen sind diesbezüglich frei. Wir können das normale Leben so, wie wir es vor der Pandemie hatten, wieder geniessen.

Die Sitzung wird wieder live übertragen. Deshalb sind die Mitglieder des Grossen Stadtrates und des Stadtrates gebeten, jeweils aufzustehen, wenn sie ein Votum halten und nur dann das Mikrofon einzuschalten.

Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1). Patrick Zibung musste sich auf behördliche Anweisung in Isolation begeben. Damit kommt die am 17. Dezember 2020 beschlossene und am 16. Dezember 2021 um ein Jahr verlängerte Ausnahmeregelung zum Zug (Geschäftsreglement Art. 35a: Teilnahme an Abstimmungen in Abwesenheit wegen COVID-19). Patrick Zibung kann von zu Hause aus abstimmen, jedoch nicht an der Diskussion teilnehmen. Seine Telefonstimme wird jeweils von Ratsweibelin Brigitte Gisler entgegengenommen und der Sprechenden gemeldet. Patrick Zibung verfolgt die Abstimmung via Live-Stream.

Am 5. Februar 2022 konnte FDP-Fraktionschef Marco Baumann seinen 30. Geburtstag feiern.

Am 16. Februar 2022, ein Tag vor dieser Sitzung, konnte auch Christian Hochstrasser, Vizepräsident des Grossen Stadtrates, einen runden Geburtstag feiern, nämlich seinen Vierzigsten.

Die Sprechende gratuliert den beiden nachträglich im Namen des Grossen Stadtrates und wünscht ihnen alles Gute.

Am 28. Januar 2022 läuteten die Hochzeitsglocken für Andreas Moser. Die Sprechende gratuliert ihm nachträglich zur Hochzeit und wünscht für die gemeinsame Zukunft alles Gute.

Die Anwesenden schliessen sich den Gratulationen mit einem herzlichen Applaus an. Die Ratsweibelin überbringt Marco Baumann, Christian Hochstrasser und Andreas Moser ein kleines Präsent.

Vorankündigung: Am Schluss der Sitzung werden zwei langjährige Mitglieder des Grossen Stadtrates, Agnes Keller-Bucher und Nico van der Heiden verabschiedet. Mit ihnen verliert der Rat auf einen Klapp fast 20 Jahre Ratserfahrung.

#### Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen:

- Dringliche Interpellation 159, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2022: **Wortbruch des Stadtrates beim Inseli**

**Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

**Die Dringlichkeit der Interpellation 159 ist somit beschlossen.**

- Dringliche Interpellation 160, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion vom 27. Januar 2022: **Service-Portal – wie weiter in der Stadt Luzern?**

**Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

**Die Dringlichkeit der Interpellation 160 ist somit beschlossen**

Die beiden als dringlich erklärten Interpellationen 159 und 160 werden nach der Mittagspause beziehungsweise nach dem Gastreferat behandelt. Die Antworten dazu werden jetzt in der mobilen Sitzungsvorbereitung aufgeschaltet.

**2 Genehmigung der Protokolle 17 vom 11. November 2021 und 18 vom 25. November 2021**

Die Protokolle 17 vom 11. November 2021 und 18 vom 25. November 2021 werden genehmigt.

**3 Ungleichbehandlung der Luzerner Vereine  
Petition an den Stadtrat und den Grossen Stadtrat  
Antwort des Grossen Stadtrates**

**Bildungskommissionspräsident Christov Rolla:** Die Bildungskommission des Grossen Stadtrates hat sich an ihrer Sitzung vom 20. Januar 2022 mit der Petition «Ungleichbehandlung der Luzerner Vereine» sowie mit der stadträtlichen Antwort darauf auseinandergesetzt. Sie liess sich entsprechend auch von der Abteilung Kultur und Sport über das aktuelle Tarifsystem und das Reglement zur Benützung der städtischen Sportanlagen ins Bild setzen. – Dabei konnte die Kommission keine Ungleichbehandlung von den Stadtluzerner Vereinen feststellen.

An dieser Stelle möchte der Sprechende einen Aspekt ergänzen, der in der Antwort auf die Petition nicht explizit erwähnt wurde, vom Petitionär aber moniert wurde: nämlich, dass ein paar Sportvereine Beiträge von der Stadt erhielten und andere müssten Gebühren zahlen. Das mag auf den ersten Blick so aussehen. Die Bildungskommission konnte sich aber vergewissern, dass dem nicht so ist. Subventionen im Sinn von einem Beitrag zur Nutzung von Infrastrukturen erhalten die Vereine, die nicht auf städtischen Anlagen trainieren – während die anderen Vereine indirekt ebenfalls von einer Förderung profitieren, nämlich, indem sie die städtischen Anlagen zu einem deutlich tieferen

Tarif als z. B. ausserstädtische Vereine oder gewinnorientierte Nutzerinnen und Nutzer mieten können.

Es wäre eine politische Entscheidung, ob man die Benützung von städtischen Sportanlagen für die Stadtbevölkerung noch weiter reduzieren oder komplett gebührenfrei machen will; die Bildungskommission sieht da aber, zumindest im Moment, keinen Handlungsbedarf. Sie findet es aber richtig und gut, dass auch die Tarifpolitik im Rahmen der kultur- und sportpolitischen Auslegeordnung überprüft wird. Die Bildungskommission wird dort gerne mitdenken.

Die Kommission nahm erfreut zur Kenntnis, dass der Petitionär zur Mitwirkung am partizipativen Prozess der Auslegeordnung eingeladen wurde.

Der Sprechende kommt zum Fazit: Angesichts dieser Hintergründe hat sich die Bildungskommission der Antwort des Stadtrates angeschlossen und dem Entwurf der grosstadträtlichen Antwort, die jetzt zur Abstimmung steht, einstimmig zugestimmt. Sie empfiehlt dem Grossen Stadtrat, das auch zu machen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine weitere Wortmeldung.

**Der Grosse Stadtrat stimmt der Antwort des Stadtrates und dem Entwurf der grosstadträtlichen Antwort zu.**

**Die Petition ist somit beantwortet.**

#### **4 Bericht und Antrag 40/2021 vom 1. Dezember 2021: Initiative «Reuss-Oase: Ein Freiraum für alle!»**

EINTRETEN

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 20. Januar 2022 den B+A 40/2021: «Initiative Reuss-Oase: Ein Freiraum für alle!» beraten. Die Initiative ist aus Sicht der Baukommission gültig und wird den Stimmberechtigten einstimmig zur Annahme empfohlen.

Das Reussufer in der Stadt Luzern weist aus Sicht der Baukommission an vielen Stellen Aufwertungspotenzial auf. Das von der Initiative formulierte Anliegen wird denn auch bereits heute in zahlreichen Strategien, Konzepten und Projekten umgesetzt, wie der Stadtrat im Bericht und Antrag ausführlich aufzeigt. In diesem Sinne rennt die Initiative offene Türen ein. Die Annahme der Initiative bedeutet deshalb in erster Linie eine Fortsetzung der bisherigen Arbeiten.

Die Abklärungen des Stadtrates zeigten, dass die Idee einer Reussbadi beim Kasernenplatz aus rechtlichen Gründen nicht bewilligungsfähig ist, was auch die Baukommission unterstützt. Einzelne Fraktionen wiesen deshalb darauf hin, dass sie vom Stadtrat erwarten, auch eigene, neue Ideen und Konzepte auszuarbeiten und umzusetzen, falls die Initiative von den Stimmberechtigten angenommen wird.

In der Schlussabstimmung hat die Baukommission einstimmig beschlossen, dass die Initiative gültig ist und sie den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen wird.

**Mario Stübi:** Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung – nicht nur für den Bericht und Antrag, sondern natürlich auch für die Zustimmung zur Initiative. Die Feststellung, dass viele Projekte, die die Initiative fordert, bereits in Planung oder Umsetzung sind, ist korrekt. Fast schon idyllisch, wie die JUSO und der Stadtrat hier am gleichen Strick ziehen (und der Sprechende fragt sich dabei ganz kurz, ob ihre Jungpartei nicht zu brav geworden ist). Aber es besteht Gefahr, dass die Initiative angenommen wird und dann nichts passiert (oder zumindest nichts Neues passiert). Aus Sicht der SP-Fraktion birgt das eine Gefahr von Frustration bei der Stimmbevölkerung. Darum fragte sie sich: Welche Aspekte der Stossrichtung der Initiative haben entgegen der Einschätzung des Stadtrates das Potenzial zu einer Umsetzung? Die Fraktion hat gesucht – und gefunden. Aber nicht in diesem Bericht und Antrag, sondern in der Stadtraumstrategie aus dem Jahr 2019 beziehungsweise der Grundlage davon, dem Stadtraumkonzept Innenstadt Luzern, das die Stadt extern erarbeiten liess.

Darin finden sich nach wie vor sehr gute Visionen und konkrete Projekte, über die das Parlament sogar schon befunden hat. Namentlich zum Reussufer wird empfohlen, temporäre wie dauerhafte Aussengastronomie am Fluss zuzulassen und zu bewilligen. Als Räume mit Aufwertungspotenzial werden namentlich die Sentimattstrasse erwähnt, also der Uferweg vor und nach dem Restaurant Reussfähre, und der St.-Karli-Quai. Für dort existieren vielversprechende Visualisierungen von Holzstegen unterhalb der verkehrsberuhigten Strasse, also zwischen Wasser und Quais. Simpel und ohne offiziellen Badi-Charakter, sondern einfach eine Ebene näher am Wasser, die zum Sonnenbaden, aber auch stellenweise als Einstieg ins Wasser dienen kann. Hier wünscht sich die SP-Fraktion, dass im Zuge der Initiative weitergedacht und weitergeplant wird. Der Stadtrat schreibt, dass es ihm wichtig ist, die Zugänglichkeit zum Wasser entlang des ganzen Reussufers voranzutreiben. Beispiele von anderen Städten zeigen es: Wo solche Zugänge baulich ermöglicht wurden, sind diese innert Stunden von der Bevölkerung eingenommen und dauerhaft belebt worden. Man denke nur an den übervollen Mühlenplatz an einem sonnigen Werktagsmittag: Die Sitzgelegenheiten neben dem Kraftwerk und das Kraftwerk selber sind voll mit Mittagspäuselern, man findet manchmal kaum einen Platz. Dazu hat die Baukommission eine Protokollbemerkung formuliert, die auch den Mississippi-Dampfer einbezieht. Keine Angst, die SP-Fraktion sieht dessen unmögliche Rekonstruktion selbstverständlich auch. Und das will die Fraktion auch nicht fordern. Aber die Möglichkeit eines begehbaren Sporns auf dieser Kiesbank, mit Zugang von der Spreuerbrücke her und ohne viel Schnickschnack, findet sie einen prüfungswerten Kompromiss. Bezüglich Pontons spricht man hier vielleicht nicht ganz vom Gleichen. Was in Basel auf dem Rhein jeden Sommer Standard ist, also eine schwimmende Konzertbühne Richtung Publikum am Ufer, soll in Luzern rechtlich komplett unmöglich sein? Mag sein, aber für tot erklären, wie das der Stadtrat mit seiner ausschliessenden Formulierung macht, findet die SP-Fraktion zu weit gegriffen. Sie möchte hier nicht schon jetzt ein Denkverbot installieren und deshalb diese Option grundsätzlich möglich lassen. Unter dem Strich ist die SP-Fraktion aber sehr erfreut über die Haltung zur Initiative. Sie erhofft sich hier sogar eine Einigkeit der Parteien von links bis rechts gegenüber der Vision einer Reuss-Oase. In der Kommission hat das bereits funktioniert, wofür sich die SP-Fraktion bedankt. Sie steigt ein und schwimmt los – beziehungsweise sie tritt ein und stimmt zu.

**Jules Gut:** Auch die GLP-Fraktion dankt für den vorliegenden Bericht und Antrag, explizit auch den Initiantinnen und Initianten. Der Sprechende muss aus persönlicher Sicht sagen, dass die Reuss optisch keine schöne Geschichte ist, das wissen aber alle. Es gab in der Vergangenheit bereits Bemühungen für die Aufwertung des St.-Karli-Ufers, die aber aus verschiedenen Gründen unglücklicherweise abgelehnt wurden. Das heisst aber nicht, dass man das Thema nicht wieder aufnehmen kann. Die Fraktion ist der Ansicht, dass die Initiative bereits zu einem grossen Teil umgesetzt oder in Umsetzung ist. Die Wünsche seitens Initiative sind schon in diversen Konzepten von Kanton und Stadt, in Raumentwicklungskonzepten und in der Quartierentwicklung zu einem grossen Teil enthalten. Es geht mehr um eine Grundsatzfrage: Was wollen wir eigentlich mit dem Reussufer in Zukunft anstellen? Soll es einzelne Ruheinseln für die Anwohnerinnen und Anwohner geben, wo man sich zurückziehen kann, wo man etwas ans Wasser hinuntergehen kann, oder soll es ein durchgehendes grünes Band geben, vielleicht sogar für das lokale Partyvolk? Es sind solche Fragen, die wir als Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt zuerst klären müssen. Die GLP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Stadt das bereits aufgenommen hat und das in der Planung auch so vorsieht und umsetzt. Sie versucht zum Beispiel, an gewissen Orten Land zu erhalten, um eine bessere Zugänglichkeit zum Ufer zu schaffen. Es sind verschiedene Testplanungen am Laufen usw. Nichtsdestotrotz gibt es aber einen absehbaren Nutzungskonflikt, zum Beispiel mit dem Uferschutz sowie mit Zonen, die wir für all die Lebewesen rund um das Wasser schützen sollten. Wenn die Initiative überwiesen wird: Kann die Stadt die Erwartungshaltungen wirklich befriedigen? Gemäss Studien wollen drei Viertel der Städterinnen und Städter mehr Grünfläche haben. Das ist ein zentrales Anliegen der städtischen Bevölkerung, und damit ist die GLP-Fraktion einverstanden. Summa summarum ist festzuhalten, dass die GLP-Fraktion die Initiative als gültig erachtet. Da die Fraktion der Überzeugung ist, dass die Initiative bereits in Planung ist, tritt sie ein und stimmt zu.

**Jörg Krähenbühl** freut sich sehr, dass er heute ohne Maske sprechen darf. Die Initiative rennt offene Türen ein. Wie man dem Bericht und Antrag entnehmen kann, sind viele der geforderten Punkte in den verschiedenen Planungsinstrumenten bereits angedacht. Das Anliegen tönt gut und ist auch gut. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion die Initiative. Man muss der JUSO zugutehalten, dass ihr mit dieser Initiative ein PR-Coup gelungen ist. Die Fraktion bezweifelt allerdings, dass die Initiative einen Impact haben wird, da die umsetzbaren Forderungen sowieso zum grossen Teil umgesetzt werden. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion die Initiative, denn sie ist umsetzbar beziehungsweise bereits in Umsetzung in gewissen Teilen. Dass die Umsetzung einer JUSO-Initiative möglich ist, mag überraschen, ist sie doch die Partei, die sich sonst auf allen Ebenen mit nicht umsetzbaren Initiativen selber übertrifft. Ein aktuelles Beispiel ist die Inseli-Initiative, wegen dieser nun die Mäas geopfert werden soll. Der Sprechende möchte noch kurz auf gewisse Punkte eingehen: Die SVP-Fraktion stört sich daran, dass für die Umsetzung diverser Massnahmen Quartiervereine und Umweltverbände einbezogen werden sollen. Diese sind nicht demokratisch legitimiert und es geht um Investitionen, die von der ganzen Stadtbevölkerung mit Steuergeldern getragen werden. Dass dann ein paar Wenige darüber befinden, empfindet die Fraktion als störend. Für die SVP-Fraktion stellt sich zudem die Frage, was passiert, wenn die im Gegenvorschlag zur Velonetz-Initiative geplante Reussbrücke vom Volk abgelehnt würde. Wie sinnvoll erachtet der Stadtrat dann die angedachte Veloroute am rechten Reussufer? Ausserdem will der Stadtrat Brückenköpfe von der St.-Karli-Brücke aufwerten und somit in das Eigentum der Grundeigentümer eingreifen. Mit

Blick auf Google Maps stellt sich der Fraktion die Frage, wo der Platz zum Verweilen entstehen soll. Grundstücke und Bauten grenzen direkt ans Wasser. Zum Schluss zeigen die Ausführungen zur Ablehnung der Reuss-Badi, dass der Nanny-Staat immer mehr ausufert. Die Eigenverantwortung wird immer weiter zurückgedrängt. So wird behauptet, dass man sich bei tiefen Wasserständen verletzen kann. Man kann sich auch beim Spazieren oder sogar im Haushalt verletzen. Das Leben ist mit Risiken verbunden und der Staat soll nicht immer mehr für den Bürger denken. Das ist aber eine Tendenz, die die SVP-Fraktion grundsätzlich, nicht nur in diesem Bericht und Antrag, kritisch beurteilt. Die SVP-Fraktion wird bei der Aufwertung des Reussufers stets auf die Kosten schauen und sich vorbehalten, gewisse Punkte, die ausufernde Kosten nach sich ziehen, abzulehnen. Die SVP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein, die Initiative ist gültig und wird von der Fraktion zur Annahme empfohlen.

**Peter Gmür:** Auch die Mitte-Fraktion unterstützt die Grundidee der Initiative; die Initiative rennt offene Türen ein, wie bereits gesagt wurde. So viel Neues gibt es daraus nicht. Nicht ganz einverstanden ist der Sprechende mit dem SP-Sprecher bezüglich Reussufer. Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass es nichts bringt, das Reussufer überall zu bespielen. Dass eine Aufwertung wünschens- und erstrebenswert ist, ist auch für seine Fraktion klar. Deshalb unterstützt sie die Vorschläge des Stadtrates. Die Fraktion lehnt sämtliche Bauten im Wasser ab. Sie sieht nicht ein, weshalb man am Sporn bei der Spreuerbrücke etwas machen müsste. Für sie ist das unverständlich, wie auch, dass man die paar hundert Meter Reuss mit dem Rhein verwechselt beziehungsweise immer vergleichen will. Die Mitte-Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag zu. Die Initiative ist gültig. Die Fraktion wird die Protokollbemerkung bezüglich Sporn bei der Spreuerbrücke ablehnen.

**Jona Studhalter** gratuliert als Erstes der JUSO fürs Sammeln und Zustandebringen der Reuss-Oase-Initiative. Bei der G/JG-Fraktion löste die Initiative selbstverständlich keine Kontroverse aus. Die Fraktion findet die Antwort des Stadtrates gut. Man darf schon auch sagen, dass die Reuss zwischen Spreuerbrücke und Fluhmühle kein Augenschmaus ist. Da können andere Städte wie Zürich, Basel oder Bern definitiv mehr bieten. Lobenswert ist sicher, wie der Kanton jetzt schon proaktiv am St.-Karli-Quai für die Umsetzung dieser Initiative vorgeht. Wer genau schaute, merkte, dass der Kanton offensichtlich doch Pontons bewilligt. Es ist nun schon die zweite Initiative der JUSO, die der Stadtrat annehmen will (Einstimmigkeit aus dem Parlament und auch aus der Baukommission). Entweder spricht das sehr für den Stadtrat und fürs Parlament, oder etwas gegen den Klassenkampfwillen der JUSO. Das darf jeder für sich selber entscheiden. Ein Teil der Fraktion hätte sich etwas mehr Kreativität und zusätzlichen Gestaltungswillen gewünscht, wenn man dieser Badi und den Pontons eine Abfuhr erteilt, weil sie nicht bewilligungsfähig sind; aber es wird akzeptiert. Wenn, wie der Kanton das aufzeigt, Pontons bewilligt werden und im Gegenzug die Strasse gesperrt, wäre das für den Sprechenden alternativ auch ein Kompromiss. Im Gegenzug zur Ablehnung dieser Pontons hätte sich die Fraktion durchaus einen Alternativvorschlag des Stadtrates gewünscht. Die G/JG-Fraktion wird deshalb allfällige Protokollbemerkungen zur weiteren Aufwertung der Reuss mehrheitlich unterstützen. Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein. Für die Fraktion ist die Initiative gültig und wird zur Annahme empfohlen.



**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion sieht die Vorlage positiv. Es wurde bereits gesagt, der Stadtrat und der Kanton sind schon länger aktiv, was den Reussraum betrifft. Aber die Initiative setzt da noch eins drauf. Die Fraktion findet das eine sympathische Idee. Es ist eine urbane Aufwertung dieses Raums, der noch Verbesserungspotenzial hat. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion die Initiative. Die Aufwertung macht Sinn. Es wird aber darauf zu achten sein, auch das wurde bereits mehrmals gesagt, dass es nicht zu einer Übernutzung kommt, sondern dass es ein aufgewerteter Raum wird, der auch für Erholungssuchende attraktiv ist. Es soll ein Gleichgewicht von Aktivität und Erholung bestehen. Die beiden SP-Anträge lehnt die FDP-Fraktion ab. Die Fraktion folgt dem Stadtrat; seine ausgeführten Gründe sind für die FDP-Fraktion nachvollziehbar. Sie tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird zustimmen.

**Baudirektorin Manuela Jost** dankt für die positiven Voten zum Start in diesen Tag. Der Stadtrat empfiehlt die Initiative anzunehmen, so wie es die meisten auch ausgeführt haben, weil er einerseits die gesamtökologischen, freiräumlichen Aspekte entlang der Reuss als sehr wichtig erachtet und andererseits ein grosses Potenzial für die Aufwertung sieht. Auch die übergeordneten Strategien und Projekte – seien es die überregionalen, kantonalen oder die städtischen – gehen alle in die gleiche Richtung. Das Stimmvolk wird über den Initiativtext abstimmen und nicht über die vielen Anregungen seitens Parlament. Diese waren aber sehr interessant zum Analysieren und bieten Stoff zum Diskutieren. Es sind Ideen, Eingebungen, wie das Reussufer aussehen könnte. Abklärungen ergaben, dass eine Reuss-Badi beim Kasernenplatz aufgrund der aktuellen Gewässer- und Wasserschutzgesetzgebung nicht erlaubt ist. Auch die Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft hat diesbezüglich grösste Fragezeichen und rät – das ist ihre Empfehlung – das Schwimmen zwischen Spreuerbrücke und Autobahnbrücke ab. Der Stadtrat will Fragen zur Zugänglichkeit zum Wasser, nebst einer Badi oder der Idee, einen Sporn zu machen, klären. Es ist ihm ein Anliegen, qualitative Freiräume für die Stadtbevölkerung zu schaffen, und zwar Freiräume, die nicht nur im Sommer, sondern ganzjährig genutzt werden können. Die Anregung, dass das rechte Reussufer als Naherholungsgebiet ausgestaltet werden soll, unterstützt der Stadtrat. Mit dem durchgehenden Reussuferweg geht man bereits in die richtige Richtung. Zur Frage der Pontons, die im SP-Votum erwähnt wurde, hält der Stadtrat fest, dass es ihm wichtig ist, eine Balance zu finden zwischen einer gescheiterten Nutzung der Menschen in dieser Stadt und denjenigen, die von auswärts kommen und der Belassung eines Naherholungsgebiets, um die Ökosystemleistungen hochzuhalten. Nichtsdestotrotz hielt der Stadtrat in der Zeit zwischen Kommissionssitzung und heute Rücksprache mit dem Kanton, ob solche Pontons bewilligungsfähig wären. Der Kanton würde solche Pontons nicht bewilligen, antwortete er. Der Vergleich zu Basel ist insofern schwierig, weil Basel-Stadt ein Stadtkanton ist; dort entscheidet die Stadt. Der Stadtrat ist der Meinung, dass am Reussufer nicht alles bespielt werden muss, sondern dass man einen gewissen Teil auch der Natur lassen kann. Die Gastronomie wurde heute etwas weniger erwähnt, war aber auch eine Anregung: Der Stadtrat möchte mehrheitlich einen unkommerziellen Raum entlang der Reuss haben, schliesst aber das Thema Gastronomie oder ein niederschwelliges Angebot nicht aus. Im Zusammenhang mit der Aufwertung der St.-Karli-Brückenköpfe sieht er die Möglichkeit einer Buvette wie auch der Installation von WC-Anlagen, was auch immer ein Thema ist. Es wurde die Befürchtung geäußert, dass der Stadtrat nach Annahme der Initiative gleich weiterfahren und nicht kreativ werden würde. Wichtig ist, einen Überblick zu haben. Der Stadtrat wird aus diesem Grund im Jahr 2023 ein

Schutz- und Nutzungskonzept in Auftrag geben. Es soll entlang der Reussufer in Zukunft ein sinnvoller Interessensausgleich möglich werden zwischen Naherholung und Ökosystem. Der Stadtrat schliesst nicht aus, dass sinnvolle Projekte oder Ideen daraus hervorgehen, die man dann umsetzen kann. Zur angekündigten Protokollbemerkung wird die Sprechende im Detail eingehen. Der Stadtrat dankt, wenn die Initiative zur Annahme empfohlen wird, weil er überzeugt ist, dass es in die gute Richtung geht. In diesem Raum besteht Potenzial.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 40/2021: «Initiative «Reuss-Oase: Ein Freiraum für alle!» eingetreten.**

DETAIL

*Seite 20 f. 5 Haltung zu den konkreten Anregungsvorschlägen*

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Von der Spreuerbrücke flussabwärts wird der öffentliche Zugang zum Wasser bis 2025 verbessert, beispielsweise im Sinne der Stadtraumstrategie (St.-Karli-Quai und Sentimattstrasse) oder mit einem begehbaren Sporn anstelle des früheren Mississippi-Dampfers.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 6 : 5 : 0 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert dieser Protokollbemerkung gemäss StB 23.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

**Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung.**

**Mario Stübi:** Die SP-Fraktion ist Fan der Stadtraumstrategie. Es wurde damals eine gute Auslegung gemacht. Die Fraktion möchte diese warmhalten und beantragt deshalb folgende **Protokollbemerkung:**

**Die Beschlüsse «Wasserzugänge herstellen» und «(temporäre) Aussengastronomie am Fluss zulassen/bewilligen» aus der Stadtraumstrategie werden bis 2026 umgesetzt.**

Der Stadtrat betont selbst, dass er die Wasserzugänge verbessern will. Bezüglich temporärer Aussengastronomie hält die SP-Fraktion fest, dass sie kein Halligalli an diesem Reussufer haben möchte. Die Stadt muss die Aussengastronomie auch nicht selber organisieren. Aber wenn zum Beispiel aus einem Quartier Möglichkeiten für eine temporäre, vielleicht einmonatige Aussengastronomie gesehen werden – z. B. beim Brückenkopf, gerade vis-à-vis vom Reussbad –, soll der Stadtrat das wohlwollend prüfen und im Idealfall unter verschiedenen Kriterien auch bewilligen, mit Zeithorizont 2026. Die SP-Fraktion findet, dass es einen gewissen Zeithorizont braucht. Nicht nur das, was beantwortet wird ist ihr wichtig, sondern auch die Frage, bis wann. Deshalb die Zahl 2026. Der Sprechende dankt für die Unterstützung.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission ebenfalls gestellt, allerdings mit der Forderung, dass sie bis im Jahr 2024 umgesetzt sein müsste. Sie wurde mit 3 : 5 : 3 Stimmen abgelehnt.

**Stefan Sägesser:** Die GLP-Fraktion wird der Protokollbemerkung, die jetzt neu auf das Jahr 2026 korrigiert wurde, zustimmen.

**Baudirektorin Manuela Jost:** Es ist ein zeitliches Problem, die Sprechende sagte es vorhin. Aber bis im Jahr 2026 weiss man dank dem Nutzungskonzept eher, was niederschwellig an Wasserzugängen realisierbar ist. Der Stadtrat wird selbstverständlich auch prüfen, was bezüglich Aussen- gastronomie bis 2026 möglich ist. Die Sprechende kann aber schon heute sagen, dass die Planung zu den St.-Karli-Brückenköpfen noch nicht so weit ist, um dort im 2026 bereits eine Aussen- gastronomie umsetzen zu können. Das hat verschiedene Abhängigkeiten von Baurechtsverträgen etc. Aber es ist ein Prüfauftrag und der Stadtrat wird schauen, wann das frühestens möglich ist.

#### **Die Protokollbemerkung der SP-Fraktion**

**Die Beschlüsse «Wasserzugänge herstellen» und «(temporäre) Aussen- gastronomie am Fluss zulassen/bewilligen» aus der Stadtraumstrategie werden bis 2026 umgesetzt.**

**wird überwiesen.**

**Mario Stübi:** Der SP-Fraktion ist die recht ausschliessende Formulierung des Stadtrates zu den Pontons ein Dorn im Auge – er sagte es bereits im Eintreten. Deshalb möchte die Fraktion eine **Protokollbemerkung** anbringen:

**Pontons (auch temporäre) bleiben möglich.**

Damit ist gesagt, dass die Fraktion diese nicht sofort will. Aber der Stadtrat soll nicht schon voraus- eilend die Haltung einnehmen, dass die Pontons eh nicht vom Kanton bewilligt werden und einkni- cken. Die Möglichkeit soll bestehen bleiben, für den Fall, dass es einmal Ideen gibt, sei es aus der Bevölkerung, von Veranstaltern oder von der Stadt selber. Der Sprechende dankt für die Unterstüt- zung.

**Jona Studhalter:** Die G/JG-Fraktion ist in dieser Frage gespalten. Es gibt den Teil, der für den Freiraum einsteht und deshalb die Pontons unterstützen möchte und es gibt den Teil, der mehr für den Naturraum einsteht und deshalb die Pontons nicht unterstützen will. Die G/JG-Fraktion ist sich aber unisono einig, dass sie lieber über die Klimastrategie als über die Pontons diskutieren will.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission besprochen und mit 5 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Jules Gut:** Es gibt Abstandsvorschriften, es gibt ein nationales Gewässerschutzgesetz, welches auch der Kanton Luzern einhalten muss; man hat das abgeklärt. Die Abklärungen haben klar und deutlich ergeben, dass die Pontons nicht bewilligungsfähig sind. Die GLP-Fraktion versteht nicht, weshalb man unbedingt an dem festhalten muss.

**Die Protokollbemerkung der SP-Fraktion**

**Pontons (auch temporäre) bleiben möglich.**

wird abgelehnt.

Seite 23 7 Antrag

- I. **Der Grosse Stadtrat erklärt die Initiative «Reuss-Oase»: Ein Freiraum für alle!» für gültig.**
- II. **Der Grosse Stadtrat empfiehlt die Initiative mit 45 : 0 : 0 Stimmen [inkl. Telefonstimme] zur Annahme.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 40 vom 1. Dezember 2021 betreffend

**Initiative «Reuss-Oase: Ein Freiraum für alle!»,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 43 des Gemeindegesetzes des Kantons Luzern vom 4. Mai 2004 sowie Art. 9 lit. b, Art. 10 Abs. 1 und Art. 12 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

**beschliesst:**

- I. In eigener Kompetenz:  
Die Initiative «Reuss-Oase: Ein Freiraum für alle!» ist gültig.
- II. Zuhanden der Stimmberechtigten:  
Die Initiative «Reuss-Oase: Ein Freiraum für alle!» wird zur Annahme empfohlen.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum.

## **5 Bericht und Antrag 43/2021 vom 1. Dezember 2021: Aufhebung Strassenreglement Littau**

EINTRETEN

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission hat an ihrer Sitzung vom 20. Januar 2022 den B+A 43/2021: «Aufhebung Strassenreglement Littau» behandelt. Sie stimmte der Aufhebung diskussionslos und einstimmig zu.

Aus dem Grosse Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

**Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 43/2021: «Aufhebung Strassenreglement Littau» eingetreten.**

DETAIL

*Seite 9 5 Antrag*

- I. Der Grosse Stadtrat stimmt der Aufhebung des Strassenreglements der Gemeinde Littau vom 10. Oktober 1973 per 1. Juni 2022 mit 45 : 0 : 0 Stimmen [inkl. Telefonstimme] zu.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 43 vom 1. Dezember 2021 betreffend

**Aufhebung Strassenreglement Littau,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1 und Art. 28 Abs. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

**beschliesst:**

- I. Das Strassenreglement der Gemeinde Littau vom 10. Oktober 1973 wird per 1. Juni 2022 aufgehoben.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

## **6 Bericht und Antrag 22/2021 vom 30. Juni 2021: Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern**

*Beschlüsse vom 1. Teil der Beratung, Ratssitzung vom 27. Januar 2022*

### **Überwiesene Protokollbemerkungen:**

Die **Protokollbemerkung 1** zu Kapitel 3.4 «Andere Schweizer Städte» auf Seite 48 f. lautet:  
«Der Stadtrat wird gebeten, die Kooperation mit anderen Städten zur Frage der Klima- und Energiestrategie zu intensivieren.»

Die **Protokollbemerkung 2** zu Kapitel 6.8.1 «Langfristige Zielsetzungen» auf Seite 82 f. lautet:  
«Auch stadteneigene Liegenschaften im Finanzvermögen werden bis 2035 auf Wärmeversorgung mit 100 Prozent erneuerbare Energie umgestellt.»

Die **Protokollbemerkung 3** zu Kapitel 6.8.2.4 «Finanzielle Anreize» auf Seite 85 lautet:  
«Die Stadt Luzern verlangt im Einzugsgebiet von thermischen Netzen, dass bestehende oder neue Bauten für die Nutzung von Wärme oder Kälte an diese thermischen Netze angeschlossen werden.»

Die **Protokollbemerkung 4** zu Kapitel 6.8.2.6 «Vorbildwirkung» auf Seite 86 lautet:  
«Der Ersatz des Wärmeerzeugers wird bei allen Gebäuden des Finanz- und des Verwaltungsvermögens, wenn immer möglich, im Zusammenhang mit einer energetischen Teil- oder Gesamtsanierung durchgeführt. Bei Gebäuden, bei denen bis spätestens 2040 keine energetische Teil- oder Gesamtsanierung erfolgt, kann der Ersatz des Wärmeerzeugers auch als isoliertes Projekt erfolgen. Spätestens ab 2030 ist auf Biogas umzustellen.»

Die **Protokollbemerkung 5** zu Kapitel 9.2.1 «Sektor «Strom»» auf Seite 104 ff. zu S01 «Potenzial von stadteigenen Gebäuden/Infrastrukturen für Photovoltaikanlagen ausschöpfen» lautet:  
«Vor der Installation von Photovoltaikanlagen muss der Zustand der darunter liegenden Bauteile geprüft werden. Ein allfälliger Sanierungsbedarf muss vor der Installation der Photovoltaikanlage behoben werden. Falls Bauteile sinnvollerweise erst nach 2030 saniert werden, z. B. im Rahmen einer Gesamtsanierung, wird der Zeitpunkt der Installation der Photovoltaikanlage auf diesen Termin verschoben.»

Die **Protokollbemerkung 6** zu Kapitel 9.2.1 «Sektor «Strom»» auf Seite 104 ff. zu S02 «Förderung von Photovoltaikanlagen Privater» lautet:  
«Es sollen finanzielle Anreize geschaffen werden insbesondere für Investitionen in PV-Anlagen, welche überschüssigen erneuerbaren Strom ins Netz einspeisen.»

Die **Protokollbemerkung 7** zu Kapitel 9.2.1 «Sektor «Strom»» auf Seite 104 ff. zu S02 «Förderung von Photovoltaikanlagen Privater» lautet:

«Der Stadtrat prüft zusammen mit ewl, wie die Vergütung von eingespeistem PV-Strom erhöht werden kann, um Anreize zu schaffen für grössere PV-Anlagen, welche Strom ins Netz einspeisen.»

#### **Überwiesene Anträge:**

**Antrag 1** zum Energiereglement, Kapitel 8.1.1.2 «Verschärfung der Absenkpfade, neue Teilziele für den Bereich Mobilität (Art. 5)» auf Seite 93 f.:

**«In Art. 5 Abs. 1 lit. b wird bei 2030 2,4 zu 1,2 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf geändert.»**

**Antrag 2** zum Energiereglement, Kapitel 8.1.1.3 «Zielsetzung für Solarstrom (Art. 5a)» auf S. 94 f.:

**«In Art. 5a werden die Zahlen für den Zubaupfad wie folgt geändert:**

- **2020: 10 MWp (Ausgangswert)**
- **2025: 30 MWp**
- **2030: 60 MWp**
- **2035: 90 MWp**
- **2040: 120 MWp**
- **2045: 150 MWp**
- **2050: 180 MWp»**

DETAIL

*Fortführung ab Seite 106:*

*Seite 107 S04 Verbot nicht erneuerbarer Strom auf Stadtgebiet (Pflicht zum Bezug von erneuerbarem Strom)*

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Auf die Massnahme S04 wird verzichtet.**

Die Fraktion lehnt die Massnahme sowie die entsprechende Änderung im Energiereglement ab. Im Bericht und Antrag heisst es, dass Strombezüglerinnen und Strombezügler auf Stadtgebiet in der Grundversorgung schon heute ausschliesslich Strom aus erneuerbaren Energien beziehen können. In den übergeordneten normativen und politischen Vorgaben für ewl ist eine entsprechende Bestimmung enthalten (siehe B+A 31/2020: «Übergeordnete normative und politische Vorgaben für wichtige Beteiligungen»). Die CKW hat aber ein Stromprodukt «CKW BudgetStrom», das aus Kernenergie besteht. Heisst das im Umkehrschluss, dass Strombezüglerinnen und Strombezügler auf Stadtgebiet das nicht beziehen können? Wenn der Bezug von Atomenergie bis 2045 zulässig ist, kann nicht im gleichen Reglement verlangt werden, dass nur erneuerbare Energie bezogen werden darf. Es macht aus Sicht der FDP-Fraktion keinen Sinn, die Vorschrift bereits jetzt kurzfristig auf 2024 umzusetzen. Wenn schon, dann frühestens auf 2040. Die Fraktion erachtet eine Reglementsänderung in diesem Moment als nicht nötig.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission ebenfalls gestellt und mit 3 : 7 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, abgelehnt.

**Thomas Gfeller:** In Zeiten steigender Inflation braucht es nicht noch zusätzlich eine «Greenflation», eine Preissteigerung durch Ökomassnahmen. Genau das würde aber mit dem Bezugszwang von neuem erneuerbarem Strom drohen. Denn dieser ist, gesehen über alle neuen erneuerbaren Stromarten, wesentlich teurer. Alles, was mit Strom produziert oder transportiert wird, würde somit teurer werden und das soll immer mehr der Fall sein, dank der Elektrifizierung. Mit solchen unnötigen Vorgaben würde der Wirtschaftsstandort Luzern massiv an Attraktivität einbüßen. Grossbetriebe würden an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Weiter definiert der Stadtrat in seinem Bericht und Antrag nicht, was für ihn als erneuerbar gilt. Ist Atomstrom erneuerbar oder sind nur die neuen erneuerbaren Stromarten damit gemeint? Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass auch Atomstrom damit gemeint ist und dass dieser am Schluss verboten würde. Das, obwohl Atomstrom CO<sub>2</sub>-neutral ist. Die Debatten der letzten Wochen und Monate zeigen klar auf, dass es ohne Atomstrom wohl in Zukunft nicht gehen wird. Das Resultat der Massnahme S04, sofern diese Massnahme rechtlich überhaupt umsetzbar ist, wären steigende Strompreise und eine Stromknappheit in der Stadt Luzern. Deshalb, und weil die Massnahme S04 aus Sicht der SVP-Fraktion nicht umsetzbar ist, lehnt sie die Massnahme ab.

**Lukas Bäurle:** Die G/JG-Fraktion findet die Antwort des Stadtrates stichhaltig. Das kann man in den Kommissionsprotokollen nachlesen. Die Fraktion lehnt den Verzicht dieser Massnahme ab. Sie findet es eine gute Idee, wenn durch den Kauf von Herkunftsnachweisen Gelder gesammelt werden, die der Förderung von erneuerbaren Energien zugutekommt. Der Vollzug ist mit Stichproben möglich. Das ist ausgeführt und mit vertretbarem Aufwand möglich. Man kreiert mit dieser Massnahme kein Bürokratiemonster. Und nicht vergessen: Wenn irgendeinmal die Strommarktliberalisierung breit käme, könnten auch Private wieder irgendwo Strom beziehen. Die G/JG-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab.

**Stefan Sägesser** hoffte, keine Diskussion führen zu müssen, ob Atomkraft wirklich grün ist oder nicht. Er möchte auch nicht gross darauf eingehen. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist Atomkraft weiterhin nicht grün. Eine Million Jahre Lagerungszeit liegt weit über unserem Horizont. Die GLP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab. Sie findet das Vorgehen und die Antwort des Stadtrates gut beschrieben. Der Stadtrat ist sich klar, was die rechtlichen Möglichkeiten sind und wo er sich einsetzen muss. Deshalb macht die Massnahme S4 für die GLP-Fraktion Sinn.

**Peter Gmür:** Die Mitte-Fraktion folgt der FDP-Fraktion. Für sie ist es logisch, dass diese Massnahme gestrichen werden muss. Wenn es rechtlich fragwürdig ist – weshalb ist es denn im Bericht und Antrag aufgeführt? Selbstverständlich ist es ein Bürokratiemonster. Der Sprechende hat nicht das Gefühl, dass man einfach ein paar Stichproben macht und alle zwei Jahre etwas fragt. Das kann er sich nicht vorstellen. Selbstverständlich ist diese Massnahme mit sehr hohen Kosten verbunden.



**Nico van der Heiden:** Die SP-Fraktion lehnt die Streichung der Massnahme S04 ab. Die Argumente sind genannt. Sollte die Strommarktliberalisierung kommen – die SP-Fraktion wäre nicht die Unglücklichste, wenn sie nicht käme –, wäre die Diskussion eh anders. Man hätte dann zwei Anbieter, mit denen man das relativ einfach besprechen könnte. Wenn die Liberalisierung kommt, sollen alle auf dem freien Markt wählen können, bei wem sie ökologischen Strom beziehen. Das heisst, auch Unternehmen, bei denen es vielleicht einen grösseren Kostenposten ausmacht, könnten den günstigsten Anbieter wählen, aber nicht aus allen Produkten – den sogenannten Dreckstrom sollen sie nicht mehr beziehen können. Thomas Gfeller erwähnte, dass die Massnahme zu massiv höheren Kosten führen würde. Nico van der Heiden meint – vielleicht kann der Stadtrat hier genauere Angaben machen –, dass bei der ewl die Differenz zwischen Ökostrom und normalem Strom im Moment bei einem halben Rappen liegt. Das wird selbst für Swiss Steel kein wirklicher Kostenfaktor sein.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Der Stadtrat hält am Vorschlag fest, und zwar am zweistufigen Vorgehen. Das heisst, der Stadtrat will zuerst auf Kantonsebene einwirken, dass der Kanton dazu kommt, das Verbot von nicht erneuerbarem Strom in der Anwendung umzusetzen. Für den Stadtrat ist es ganz wichtig, im teilliberalisierten Markt, der eventuell kommt, einen Trumpf in der Hand zu haben, um in der Diskussion aktiv teilnehmen zu können. Aus Sicht des Stadtrates ist es kein Bürokratiemonster. Stadtrat Borgula sagt bewusst, dass es ein zweistufiges Vorgehen ist: Zuerst auf kantonaler Ebene versuchen, dass der Kanton zu dieser Regelung kommt. Wenn das nicht geht, kann der Stadtrat den entsprechenden Artikel gemäss Energiereglement umsetzen. Dazu müssen aber selbstverständlich die rechtlichen Grundlagen noch abgeklärt werden. Bezüglich Kosten: Der Strompreis ist extrem volatil. Am 23. Dezember 2021 lag der Strompreis auf dem Markt bei Fr. 437.–. Das ist ein Spitzenwert. Der Strompreis lag damit ungefähr zehnmal so hoch wie ein Jahr oder eineinhalb Jahre zuvor. In diesem Markt ist sehr viel Bewegung. Der Strompreis hat sich wieder nivelliert, aber es ist so, die Strompreise steigen. Selbstverständlich kostet der Strom in Zukunft mehr. Deshalb, das ist die Strategie des Stadtrates, müssen wir nicht nur erneuerbaren Strom, sondern auch weniger Strom einsetzen. Wir müssen uns überlegen, in welchen Bereichen es mehr Strom braucht (z. B. Elektromobilität, Logistik), und in welchen wir deutlich Strom sparen können durch Effizienz- und Suffizienzmassnahmen. Deshalb hat der Stadtrat auch ein Energieleistungsziel gesetzt. Die beiden Massnahmen muss man kombinieren. Zu Thomas Gfeller gewandt, sagt der Sprechende, dass «Greenflation» ein origineller Begriff ist, der ihm so noch nicht bekannt war, der nun aber wohl in der Diskussion verwendet wird. Man muss sich bewusst sein: Jetzt nichts zu machen, kommt später definitiv teurer. Es ist auch klar, dass Atomstrom nicht erneuerbar ist: Uran wächst nicht auf den Bäumen und wird auch nicht von der Sonne geliefert.

**Christian Hochstrasser** möchte einen Satz anfügen, damit es noch klarer zum Ausdruck kommt: Heute kann man in der Grundversorgung in der Stadt Luzern keinen Graustrom beziehen. Es ist heute bereits nicht möglich, als Privatperson oder kleine Unternehmung Graustrom zu beziehen. Es betrifft heute nur die Unternehmen, die einen sehr grossen Stromverbrauch haben und es betrifft für die Zukunft nur den Fall der Strommarktliberalisierung, wenn dieser vollständig wird. Der Sprechende versteht die Aufregung nicht ganz.

**Die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion wird**

**Auf die Massnahme S04 wird verzichtet.**

**abgelehnt.**

Seite 108 ff. 9.2.2 Sektor «Wärme»

Seite 110 f. W03 Energieplanung 2.0, Vorleistungen für die Konzeption und Planung thermischer Netze

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Eigentümerschaften mit fossilen Heizsystemen und energetisch sehr schlechten Gebäuden werden aktiv angesprochen und aufgesucht.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 5 : 3 : 2 Stimmen, bei einer Abwesenheit, überwiesen.

Der Stadtrat opponiert dieser Protokollbemerkung gemäss StB 23.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion stellt dazu einen **Ablehnungsantrag**. Der Staat ist aus ihrer Sicht keine Kirche und muss deshalb auch nicht missionieren; auch wenn man manchmal den Eindruck erhalten kann, dass es sich beim Klimawandel um eine Religion handelt. Der Staat soll sich zurückhalten. Wir leben in einem liberalen Rechtsstaat, in dem sich jeder im Rahmen des Rechts frei entscheiden kann und soll. Eine staatliche Beeinflussung ist aus Sicht der SVP-Fraktion fehl am Platz. Sie ist überzeugt, dass die Hauseigentümer genügend aufgeklärt sind, was sie energetisch machen können und sollen. Die Fraktion glaubt, dass die Hauseigentümer dabei die ökologischen Aspekte ebenso beachten und energetische Massnahmen dort, wo sinnvoll, auch umsetzen. Entgegen der Ansicht des Stadtrates beachten die Eigentümer auch die soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Sie entscheiden meistens anders, da es sich um ihren eigenen Geldsäckel handelt, den sie hart verdienen. Die SVP-Fraktion lehnt die «Beeinflussungs»-Protokollbemerkung ab und **beantragt zudem eine Abstimmung unter Namensaufruf**.

**Lukas Bäurle:** Sehr viele fossile Heizungen werden immer noch eins zu eins durch weitere fossile Heizungen ersetzt. Das will die G/JG-Fraktion nicht. Auf kantonaler Ebene sind Bestrebungen da, das auf 2025 abzustellen. Die Fraktion will aber, dass bereits in den Jahren 2022, 2023 und 2024 keine Heizungen mehr eins zu eins ersetzt werden, sei das Gas durch Gas, Öl durch Öl oder manchmal auch Öl durch Gas. Die Fraktion hält selbstverständlich an der Protokollbemerkung fest. Sie will, dass die Stadt proaktiv auf die Eigentümer zugeht oder zugehen lässt. Das hat einen zeitlichen Aspekt, und zwar, dass man sich nicht erst bei Heizungsausfall – dann ist es meistens zu spät – überlegt, was man macht, und es hat einen pädagogischen Aspekt, dass man wirklich proaktiv informiert. Es gibt Leute, die nicht wissen, dass es ein Energiecoaching gibt und unwissentlich hinsichtlich Klimaverträglichkeit falsche Entscheidungen treffen. Es stellt aus Sicht der G/JG-Fraktion auch ein zwingendes Vorgehen dar, um möglichst schnell möglichst viele Eigentümer zu erreichen.

**Stefan Sägesser:** Die Protokollbemerkung ist für die GLP-Fraktion in Ordnung. Es geht vor allem um die Information. Der Sprechende ist aber gegen Pädagogik in diesem Zusammenhang und gegen die Aussage, dass es zwingend sei. Das Votum von Lukas Bäumle brachte ihn deshalb kurz zum Schwanken. Aber inhaltlich bleibt es dabei. Die GLP-Fraktion findet es vor allem ein extrem wichtiges Informationsinstrument für Leute, die nicht wissen, was ihr Bedarf ist und auf welche finanziellen Mittel sie in diesem Zusammenhang vonseiten Stadt oder Kanton zählen dürfen. Das ist ein Anreizsystem, das die GLP-Fraktion gut findet. Sie wird die Protokollbemerkung unterstützen.

**Nico van der Heiden** entnahm einer Broschüre, die ihm von der Stadt Luzern zugeschickt wurde, dass er die geschnittenen Bäume im Garten häckseln soll. Die Stadt schrieb ihm sogar ein E-Mail mit demselben Inhalt: Er solle das bitte häckseln und nicht einfach in die Grünabfuhrtonne werfen oder sonst etwas damit machen. Er als Eigentümer empfand dieses Vorgehen nicht als extrem bevormundend. Er fand es auch nicht schlimm und nicht übergriffig, dass die Stadt ihm den Hinweis gab, dass das so erwünscht wäre. Genauso ist das in diesem Fall angedacht. Nico van der Heiden sieht keinen Zwang, kein Missionieren. Er sieht aber eine Stadtverwaltung, die auf die Leute zugeht, und das findet er gut. Sie sitzen nicht einfach im Büro und warten, bis Besitzerinnen und Besitzer von sich aus zum Telefon greifen. Er sieht eine aufsuchende Stadtverwaltung, wie es in anderen Bereichen bereits gemacht wird, und wo man sehr gute Erfahrungen damit hat. Man geht auf die Leute zu, telefoniert ihnen oder schreibt ihnen einen Brief. Das findet der Sprechende sinnvoll. Es wird niemand gezwungen, etwas zu machen, es wird niemand gezwungen, das Telefon zu beantworten oder die Türe zu öffnen. Dass die Stadt bei diesem ganz wichtigen Thema auf die Leute zugeht und sie über die vorhandenen Möglichkeiten informiert, befürwortet die SP-Fraktion sehr.

**Andreas Moser** will nicht gerade von einem Nanny-Staat sprechen. Aber man muss schon zur Kenntnis nehmen, dass es eine Eigenverantwortung gibt. Wir haben mündige Bürger. Wenn es weiter in diese Richtung geht und in allen Bereichen des täglichen Lebens Vorgaben gemacht werden, sind die Ressourcen gar nicht vorhanden, das überall zu leisten. Es ist durchaus möglich, sich die Informationen zu beschaffen. Dazu braucht es nicht immer ein E-Mail von einer Person aus der Stadtverwaltung. Die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab.

**Jona Studhalter** möchte sich zum Antrag auf Namensaufruf seitens SVP-Fraktion äussern. Patrick Zibung lebt es heute mit seiner Telefonstimme bereits vor. Der Sprechende hat kein Problem mit einer Abstimmung unter Namensaufruf. Er bittet aber, die Zeit im Auge zu behalten und dieses Instrument nicht als Verzögerungstaktik zu benutzen. Der Sprechende wird der Protokollbemerkung zustimmen.

**Silvio Bonzanigo** wird der Protokollbemerkung zustimmen. Das Modell und den Typus des Aufsuchenden kennt man von der Sozialarbeit. Es ist nicht ein Novum, wenn das im Energiebereich eingeführt würde. Gleichzeitig gibt es aus verschiedenen Gründen (z. B. Erbfolgestreitigkeiten) Liegenschaften, die energetisch schlecht von der Eigentümerschaft unterhalten sind. Es gibt weiter sehr verschachtelte Besitzverhältnisse in Geschäftsliegenschaften, wo sich niemand für den Energieaspekt dieser Liegenschaften interessiert. In dem Sinn findet es der Sprechende richtig, wenn

die Stadt ein Instrument hat, auf niederschwelligem Weg einzugreifen, wenn Auffälligkeiten bezüglich Nichtunterhalt festzustellen sind. Das wird nicht parzellenscharf durchgeführt werden können und insofern ist auch die Ressourcenfrage nicht im Vordergrund.

**Peter Gmür** hat das Gefühl, dass das Gegenteil der Fall ist. Die Leute sind heutzutage viel sensibilisierter. Es ist doch nicht so, dass Leute in einer anderen Welt leben. Sie wissen, was man heute machen sollte oder müsste. Vor allem die grossen Firmen wissen das. Sie werden in dem Sinn auch von der Gesellschaft unter Druck gesetzt. Ob das gut ist oder nicht, sei dahingestellt. Der Sprechende findet es nicht so schlecht, dass ein gewisser Druck von der Gesellschaft da ist. Sie sind sensibilisiert. Jetzt meldet sich noch die Stadt und sagt den Eigentümern, sie sollten, müssten vielleicht etwas machen. Peter Gmür findet das etwas übertrieben. Deshalb lehnt er die Protokollbemerkung ab.

**Nico van der Heiden:** Wenn der gesellschaftliche Druck gut funktionieren würde, hätten wir in der Stadt Luzern ganz andere Sanierungsraten bei den Häusern. Nur wenn der Druck in den letzten zwei, drei Wochen, ohne dass er es bemerkt hätte, gestiegen wäre und die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer in den nächsten zwei Wochen beginnen würden, alles an die Hand zu nehmen, bräuhete es den Bericht und Antrag nicht. Der Sprechende hat seine Zweifel; die Sanierungsrate ist massiv zu tief. Mit dem Bericht und Antrag versucht man nun, eine höhere Sanierungsrate zu erreichen. Den Antrag auf Namensaufruf erachtet der Sprechende als in Ordnung, doch bittet er, wie vorhin Jona Studhalter, dieses Instrument nicht allzu oft zu bringen, damit die Beratung zügig vorangehen kann. Ansonsten würde es nach einer Verzögerungstaktik aussehen. Nico van der Heiden kann sich vorstellen, dass eine Abstimmung unter Namensaufruf vielleicht bei der Schlussabstimmung sinnvoll sein könnte. Das könnte man sich überlegen, weil es wahrscheinlich das wichtigste Geschäft dieser Legislatur ist und es von Interesse für die Wählerinnen und Wähler sein kann, wie die einzelnen Ratsmitglieder abstimmen. Bei dieser Protokollbemerkung geht es weder um Millionen von Franken noch um matchentscheidende Sachen aus dem Bericht und Antrag. Nico van der Heiden ist deshalb kritisch, ob ein Namensaufruf bei dieser Frage, bei diesem Bericht und Antrag, sinnvoll ist.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Nico van der Heiden sprach ein Kernproblem zur Bewältigung der Klimakrise an. Nämlich, wie kommen wir vom Wissen zum Handeln. Auch Peter Gmür sagte, dass die Leute es wissen. Aber wie kommen wir zum Handeln? Das ist die eine Kernfrage und die andere Kernfrage ist, wie wir zu einer höheren Sanierungsrate kommen. Wir müssen schneller vorwärtskommen. Die Sanierungsrate liegt heute bei ungefähr einem Prozent. Wir müssten eine Sanierungsrate von zwei, wenn nicht drei Prozent haben. Der ganze Bericht und Antrag geht in die Richtung, dass sich der Prozess beschleunigen soll. Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung, weil er der Ansicht ist, dass genügend Massnahmen vorhanden sind. Das ist ein Argument. Das andere Argument betrifft die Ressourcenfrage, die auch erwähnt wurde, und die nicht zu unterschätzen ist. Die Stadt müsste zusätzliche Ressourcen haben, um ein aktives, aufsuchendes Coaching oder eine Beratung, ergänzend zum bestehenden Beratungsangebot, aufziehen zu können. Deshalb ist der Stadtrat gegen diese Protokollbemerkung.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann:** Ein Quorum von zehn Stimmen muss für eine Abstimmung unter Namensaufruf erreicht sein.

**Das nötige Quorum wird nicht erreicht. Die Abstimmung findet ohne Namensaufruf statt.**

**Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung**

**Eigentümerschaften mit fossilen Heizsystemen und energetisch sehr schlechten Gebäuden werden aktiv angesprochen und aufgesucht.**

*Seite 115 W07 GEAK-Plus-Pflicht für bestehende Gebäude einführen*

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Es wird geprüft, ob mit Fördergeldern Anreiz geschaffen werden kann, einen GEAK Plus zeitnah umzusetzen.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 6 : 4 : 1 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion stellt hierzu einen **Ablehnungsantrag**. Bereits jetzt spricht der Stadtrat von einer drohenden Steuererhöhung wegen dieses Berichts. Offenbar will eine Mehrheit der Kommission, dass das eintreten wird; es sollen noch mehr Subventionen verteilt werden. Das lehnt die SVP-Fraktion entschieden ab. Bereits jetzt müssen mehrere hundert Millionen Franken ausgegeben werden. Der Geldberg soll nicht noch weiter anwachsen. Es erstaunt ausserdem, dass die Linken plötzlich den sonst verhassten Immobilienbesitzern Geld zustecken möchten. Aber der Wille, Geld zu verschenken, ist offenbar grösser als die vermeintliche Wut auf die Immobilienbesitzer. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass sie nicht mehr Geld ausgeben will. Deshalb lehnt sie die Protokollbemerkung ab.

**Nico van der Heiden:** Der GEAK ist ein wichtiges Instrument und wird bereits heute subventioniert, vermutlich – der Sprechende ist sich da nicht ganz sicher – auch vom Kanton, aber sicher von der Stadt. Es geht nicht darum, neue Fördertöpfe zu eröffnen, sondern diese allenfalls umzugestalten. Die Überlegung hinter dieser sinnvollen Protokollbemerkung ist, dass je früher man einen GEAK macht, desto schneller kommt es vom Wissen zum Handeln. Als Hausbesitzer oder als Hausbesitzerin sollte man wissen, wie es um das Gebäude steht. Viele wissen gar nicht, in welcher Klasse ihr Haus eingeteilt ist und kommen deshalb gar nicht auf die Idee, dass sie energetisch etwas machen sollten. Sie haben vielleicht den Eindruck, dass ihr Haus aus den 80er-Jahren gar nicht so schlecht ist. Mit der Protokollbemerkung wird der Stadtrat gebeten, das Fördersystem anzuschauen. Es ist von Interesse, dass möglichst viele GEAK möglichst früh erstellt werden, damit der Gedankenprozess bei den Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern in Gang kommt. Die SP-Fraktion findet das absolut richtig und unterstützt deshalb die Protokollbemerkung.

**Jona Studhalter** möchte die SVP-Fraktion darauf hinweisen, dass es bei dieser Protokollbemerkung offen ist, ob es am Anfang mehr Geld geben soll oder später auch weniger. Dass die Gesamtsumme erhöht werden muss, ist nirgends festgesetzt. Dass deswegen eine Steuererhöhung erfolgen könnte, findet der Sprechende unglaublich.

#### **Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung**

**Es wird geprüft, ob mit Fördergeldern Anreiz geschaffen werden kann, einen GEAK Plus zeitnah umzusetzen.**

*Seite 115 W07 GEAK-Plus-Pflicht für bestehende Gebäude einführen sowie*

*Seite 139 9.2.5.1 Gebäudeenergieausweis GEAK Plus für bestehende Bauten (Art. 6a, neu)*

#### **Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission stellt folgenden Antrag:**

**In Art. 6a Abs. 5 des Energiereglements ist «innert 10 Jahren» zu «innert 6 Jahren» zu ändern.**

Dieser Antrag wurde mit 6 : 5 : 0 Stimmen angenommen. Das hätte zur Folge, dass man im Energiereglement den Art. 23b «Strafbestimmungen» ebenfalls anpassen müsste (siehe Seite 142 im Bericht und Antrag).

Der Stadtrat opponiert dem Antrag gemäss StB 23 nicht.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**. Sechs Jahre sind aus ihrer Sicht zu kurz. Es ist fraglich, ob aus logistischen Gründen überhaupt genügend GEAK-Plus-Zertifizierungen erstellt werden können. Aus Sicht der Fraktion sind zehn Jahre ausreichend.

**Lukas Bäurle:** Die Protokollbemerkung ist noch einmal ein halbes Jahr dringender geworden; wir müssen vorwärts machen. Die G/JG-Fraktion findet es überhaupt keine Zumutung, das Ausstiegsszenario aus «Gummistiefel verbrennen» jetzt anzugehen. Es wurde in der Diskussion der Fachkräftemangel genannt: Da braucht es möglicherweise noch eine Lernkurve bei den Planern – aber diese wird steil sein. Es wird auch innert nützlicher Frist klar sein, wo Wärmeverbunde erstellt werden. Die sechs Jahre scheinen der Fraktion zumutbar und notwendig.

**Nico van der Heiden** doppelt nach und sagt, dass es vor allem notwendig ist. Bei einer Frist von zehn Jahren muss man ehrlicherweise davon ausgehen, dass in den ersten acht Jahren nicht viel passieren wird; das Behindertengleichstellungsgesetz ist ihm dazu in schlechter Erinnerung. Aber auch als Hausbesitzer muss man sich fragen, was der Anreiz ist, vorwärts zu machen, ausser eben vielleicht mit der vorherigen Protokollbemerkung, dass man sagt, es gibt einen etwas höheren Zuschuss, wenn der Hausbesitzer die Sanierung bald angeht. Aber in den ersten acht Jahren wird nichts passieren. Das heisst, man ist dann im Jahr 2030 und der Hausbesitzer macht, weil die Frist näherkommt, den GEAK. Vielleicht erreicht ihn ein Schreiben von der Stadt, das ihn nochmals darauf hinweist. Bis im Jahr 2032 wird der GEAK gemacht sein. Nachdem er dann weiss, dass sein Gebäude in einer schlechten Energieklasse liegt, beginnt er sich zu überlegen, ob er sanieren soll,

er wird mit den Abklärungen beginnen und einen Architekten suchen. Vielleicht herrscht im Jahr 2032 immer noch ein Fachkräftemangel, sodass der Hausbesitzer die Sanierung vielleicht erst im Jahr 2034 auf den Weg bringen kann und das Gebäude im Jahr 2035 saniert ist. Das ist viel zu spät und nicht vereinbar mit dem Ziel aus der Klimastrategie. Deshalb: Sechs Jahre sind sicher ambitioniert, aber es ist nicht so, dass alle Gebäudebesitzerinnen und -besitzer dies innerhalb der nächsten zwei Jahre machen müssten. Sechs Jahre sind immer noch eine relativ lange Frist. Eher könnte man darüber diskutieren, ob die Sechs-Jahres-Frist nicht noch immer zu lang ist, weil auch so vielleicht noch drei, vier Jahre lang nichts passieren wird.

**Andreas Moser:** Nicht ganz überraschend lehnt die FDP-Fraktion die Protokollbemerkung ab. Es ist wieder ein Mosaiksteinchen mehr im Überladen und im Inseldenken. Die Frist von zehn Jahren ist völlig in Ordnung.

**Stefan Sägesser:** Die GLP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Verkürzung um vier Jahre nichts bringt. Das Spiel, das Nico van der Heiden vorhin darlegte, kann man für jedes Jahr durchziehen. Es ist eine willkürliche Verkürzung von zehn auf sechs Jahre, die nicht viel bringt, weil bereits zehn Jahre sehr ambitioniert sind. Diese Frist von zehn Jahren strebt die GLP-Fraktion aber an und sie hofft, dass diese, zusammen mit all den Massnahmen, auch erreicht wird. Die GLP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Der Stadtrat opponiert der Fristverkürzung nicht, weil er die Dringlichkeit des Anliegens und die Möglichkeit, das zu erreichen, sieht. Wenn es am Schluss auf ein konstruktives Referendum herausläuft, ist wieder ein Jahr verloren. Der Bericht und Antrag wurde im Juni 2021 vom Stadtrat verabschiedet. Eine Fristverkürzung ist sicher ein zweckmässiges Mittel, schneller vorwärts zu machen, nicht zuletzt, weil das Parlament in der letzten Debatte beschloss, den Zielwert, der bis 2030 erreicht werden soll, tiefer zu nehmen. In dem Sinn opponiert der Stadtrat dieser Fristverkürzung nicht, sondern er unterstützt sie.

**Stefan Sägesser** hört erstaunt, dass es ein konstruktives Referendum gibt. Das ist ihm so offiziell eine neue Information.

#### **Der Antrag der Baukommission**

In Art. 6a Abs. 5 des Energiereglements ist «innert 10 Jahren» zu «innert 6 Jahren» zu ändern.

wird angenommen.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission stellt folgenden Antrag:

Art. 6a Abs. 2 des Energiereglements wird wie folgt ergänzt:

Die GEAK-Plus-Pflicht gilt für alle Bauten mit einer fossilen Heizung, die älter als zehnjährig sind.

Dieser Antrag wurde einstimmig (11 : 0 : 0) angenommen.

Der Stadtrat opponiert diesem Antrag gemäss StB 23 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Somit ist der Antrag der Baukommission angenommen.**

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission stellt folgenden **Antrag:**

**Art. 6a Abs. 3 des Energiereglements wird wie folgt geändert:**

**Von der GEAK-Plus-Pflicht ausgenommen sind Gebäude, für die bereits ein gültiger GEAK Plus besteht oder die Gebäudetypen zugeordnet werden, für die kein GEAK Plus erstellt werden kann.**

Dieser Antrag wurde in der Kommission einstimmig (11 : 0 : 0) angenommen.

Der Stadtrat opponiert diesem Antrag gemäss StB 23 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Somit ist der Antrag der Baukommission angenommen.**

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission stellt folgenden **Antrag:**

**Art. 6a Abs. 4 des Energiereglements wird wie folgt geändert:**

**Für Gebäude mit schlechter Gesamtenergieeffizienz (GEAK Kategorien E–G) kann der Stadtrat eine Beratungspflicht einführen.**

Dieser Antrag wurde mit 9 : 2 : 0 Stimmen angenommen.

Der Stadtrat opponiert diesem Antrag gemäss StB 23 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Somit ist der Antrag der Baukommission angenommen.**

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission stellt folgenden **Antrag:**

**In Art. 6a des Energiereglements wird ein zusätzlicher Absatz eingefügt:**

**Für Gebäude, für die kein GEAK Plus erstellt werden kann, wird eine Gebäudeanalyse gemäss Pflichtenheft des BFE verlangt.**

Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 8 : 2 : 1 Stimmen angenommen.

Der Stadtrat opponiert dem Antrag gemäss StB 23 nicht.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**. Die Fraktion versteht diesen Antrag nicht. Der zusätzliche Text schafft nur unnötigen Aufwand und bringt nichts.



Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine weitere Wortmeldung.

#### **Der Antrag der Baukommission**

**In Art. 6a des Energiereglements wird ein zusätzlicher Absatz eingefügt:  
Für Gebäude, für die kein GEAK Plus erstellt werden kann, wird eine Gebäudeanalyse gemäss Pflichtenheft des BFE verlangt.**

wird angenommen.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission stellt folgende **Protokollbemerkung:**

**Der Stadtrat beobachtet die Entwicklung der Klimaschutzmassnahmen im Gebäudebereich auf kantonaler Ebene eng und setzt sich beim Kanton nach Möglichkeit für eine zeitnahe Umsetzung von Massnahmen ein, so beispielsweise für eine Sanierungspflicht von energetisch schlechten Gebäuden.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 6 : 4 : 1 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**. Es darf nicht sein, dass der Staat einem Privaten vorschreibt, was er mit seinem Eigentum macht. Die Fraktion kritisierte ähnliche Eingriffe in das Privateigentum im Zusammenhang mit den Bodum-Villen. Hier geht es noch einmal deutlicher und härter zur Sache. Das lehnt die Fraktion strikte ab. Das Eigentumsrecht ist eines der wichtigsten Güter in der Schweiz und soll unangetastet bleiben. Für die SVP-Fraktion handelt es sich da um eine allgemein formulierte, getarnte Sanierungspflicht, die sie ablehnt.

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab. Bereits in der Kommission tangierte dieser Aspekt die rote Linie. Es ist auf eine andere Art ein Versuch, die Sanierungspflicht hineinzubringen. Es wurde argumentiert, dass diese Massnahme in der Vorlage des Kantons zur Klimapolitik auch drin ist, aber auch im Kanton ist die Massnahme umstritten. Wie es Thomas Gfeller schon sagte: Es ist ein Schritt zu weit; es ist ein Eingriff in die Eigentumshoheit.

**Lukas Bäurle** fragt die Anwesenden, was wohl die jüngere Tochter sagen würde, wenn man sie anhielte, ihr Zimmer aufzuräumen. – Wahrscheinlich vermuten alle das Richtige: Sie würde sagen, die ältere Schwester muss auch nicht. Die G/JG-Fraktion will, dass alle freiwillig mitmachen, mit dem dezenten Hinweis, dass es irgendeinmal vielleicht zur Pflicht wird. Die Fraktion will, dass die Eigentümer ihre Verantwortung wahrnehmen. Falls es solche darunter hat, die sich nicht davon überzeugen lassen, soll langfristig solch ein dezentes Druckmittel zur Verfügung stehen. Man kann das ruhig schon mal erwähnen. Mehr ist es nicht. Es wird an dieser Stelle nun möglicherweise das Wort «Sanierungspflicht» im Bericht und Antrag stehen, analog der kantonalen Klimapolitik. Das ist alles. Es hat fast nur eine symbolische Wirkung. Wo eigenverantwortliches Aufräumen nicht hilft, sind «ultima ratio»-Vorschriften unumgänglich. Das weiss übrigens auch ein liberaler Regierungs-

rat aus dem Kanton Luzern. In der Debatte werden immer wieder die Argumente «Eigenverantwortung» und «mündiger Bürger» genannt. Der Sprechende kann dazu nur sagen: «Keine Freiheit ohne Verantwortung». Man sieht es zum Beispiel beim Bio-Fleisch. Dieses dümpelt bei einem Anteil von sechs Prozent bei den Bio-Produkten. Man sieht es bei den Rindfleischproduktionen, man sieht es beim PKW-Bestand. Dieser ist in den letzten zwanzig Jahren pro Kopf von 0,49 auf 0,55 Prozent gestiegen. Man sieht es bei den Flugdistanzen. Diese liegen zurzeit steigend bei 10'000 Kilometern pro Person und Jahr. Ist das ein Zeichen von wahrgenommener Eigenverantwortung oder von einem mündigen Bürger? Die Diskussion zur Sanierungspflicht empfand die G/JG-Fraktion als wichtig und sie dankt allen, die da mitgewirkt haben.

**Jona Studhalter:** Für die Jungen Grünen ist es unglaublich stossend, dass für die Sanierung so viel Geld gesprochen wird, aber die Leute nicht verpflichtet werden können, ihr Haus zu sanieren. Der Sprechende bereitet auch einen Exkurs zur Eigenverantwortung vor – Lukas Bäurle kam ihm jetzt aber zuvor, was auch gut ist. Wenn es so ist, wie Peter Gmür in seinem vorherigen Votum zu einer anderen Protokollbemerkung sagt, dass die Pflicht seitens Staat nicht nötig ist, weil das alle eigenverantwortlich machen, dann kann man die Protokollbemerkung ablehnen. Jona Studhalter glaubt aber, dass das ein sehr unrealistisches Szenario ist. Er vermutet, dass selbst Peter Gmür nicht daran glaubt.

**Andreas Moser** ist irritiert, wie salopp mit den Eigentumsrechten umgegangen wird. Er verlangt eine Abstimmung unter Namensaufruf.

**Jules Gut:** Die Protokollbemerkung ist wahrscheinlich etwas für die Galerie, denn in Art. 89 Abs. 4 der Bundesverfassung steht: «Für Massnahmen, die den Verbrauch von Energie in Gebäuden betreffen, sind vor allem die Kantone zuständig.» Der Fall ist klar. Die Zuständigkeit liegt beim Kanton. Wir diskutieren das hier nett und lieb miteinander, aber schlussendlich wird das der Kantonsrat beschliessen.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Dieser Protokollbemerkung ist eine lange Diskussion in der Kommission vorangegangen. Es war eine intensive Diskussion mit einem konsolidiert konstruktiven Ausgang. In der Diskussion wurde nicht die Sanierungspflicht durchgedrückt, sondern beschlossen, dass was der Kanton auch auf dem Radar hat, nämlich sich zu überlegen, ob man eine Sanierungspflicht für ganz schlechte Häuser einführen soll, der Stadtrat aktiv mit dem Kanton diskutieren soll. Wie Jules Gut erwähnte, ist der Kanton in erster Linie zuständig für Gebäudesanierungsmassnahmen. Es ist in diesem Sinn auch keine getarnte Sanierungspflicht, wie es Thomas Gfeller sagte, sondern es bleibt offen. Es ist eine weitere mögliche Massnahme, um den ganzen Prozess zu beschleunigen. Der Stadtrat sieht auch, dass die Umsetzung einer Sanierungspflicht extrem schwierig würde. Wie soll man eine Sanierung gegen den Willen der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer umsetzen? Aber offenbar sieht auch der Kanton diese Möglichkeit. Der Sprechende erinnert, dass eine Protokollbemerkung eine Anregung zu einem Bericht und Antrag des Parlaments ist. Daraus ergibt sich nicht eine staatspolitische Grundsatzdiskussion. Aber es ist Sache des Parlaments, diese Protokollbemerkung entsprechend zu gewichten.

**Nico van der Heiden** hat die Protokollbemerkung in der Zwischenzeit noch mindestens zehnmal durchgelesen. Er suchte irgendetwas, das in dieser versteckt sein könnte. Zum Beispiel, ob darin steht, dass dem Hausbesitzer das Haus weggenommen wird oder ob darin steht, dass es eine energetische Zwangsfassadenverkleidung gibt. Aber er findet das nicht und versteht deshalb nicht, weshalb hier von der roten Linie gesprochen wird. Das ist immer die gute Drohung. Aber im Endeffekt ist es eine Protokollbemerkung, die den Stadtrat bittet, das Thema mit dem Kanton dort, wo es angesiedelt ist, zu diskutieren. Das findet der Sprechende richtig und wichtig. Er sieht kein Problem mit der Bundesverfassung und der Eigentumsgarantie, wenn man diese Protokollbemerkung überweist.

**Vom Grossen Stadtrat unterstützen mindestens zehn Mitglieder den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf.**

## Abstimmung mit Namensaufruf

	JA	NEIN	Enthal- tung		JA	NEIN	Enthal- tung
Abele Martin	x			Lütolf-Aecherli Christina			
Albisser Adrian	x			Lütolf Daniel	x		
Baumann Marco		x		Lustenberger Marc		x	
Bäurle Lukas	x			Meyenberg Raphaela	x		
Bonzanigo Silvio		x		Moser Andreas		x	
Celato Tamara	x			Müller Marco	x		
<i>Döbeli Stirnemann Sonja</i>				Müller Regula	x		
Dommann Rieska		x		Pardini Gianluca	x		
Felder Andreas	x			Pilotto Maria	x		
Frey Selina	x			Rast Heidi	x		
Fries Mirjam	x			Reinhard Fabian		x	
Gauch Yannick	x			Rolla Christov	x		
Gfeller Thomas		x		Roth Simon	x		
Gmür Peter	x			Sägesser Stefan	x		
Gross Benjamin	x			Soldati Claudio	x		
Gut Jules	x			Sonderegger Roger	x		
Hafen Lena	x			Studhalter Irina	x		
Hauser Mike		x		Studhalter Jona	x		
Hochstrasser Christian	x			Stübi Mario	x		
Hunkeler Damian		x		van der Heiden Nico	x		
Irniger Barbara	x			Wenger Christa	x		
Keller-Bucher Agnes	x			Zanolla Lisa			
Krähenbühl Jörg		x		Zeier-Rast Michael	x		
Krummenacher Peter		x		Zibung Patrick*		x	

\*Telefonstimme

### Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

**Der Stadtrat beobachtet die Entwicklung der Klimaschutzmassnahmen im Gebäudebereich auf kantonaler Ebene eng und setzt sich beim Kanton nach Möglichkeit für eine zeitnahe Umsetzung von Massnahmen ein, so beispielsweise für eine Sanierungspflicht von energetisch schlechten Gebäuden.**

**mit 33 : 12 : 0 Stimmen [inkl. Telefonstimme].**

**Gianluca Pardini** findet es unangemessen, bei einer Protokollbemerkung eine Abstimmung mit Namensaufruf zu machen. Es treibt die Beratung eines so grossen Geschäfts zeitlich in die Länge.

PAUSE

**Fabian Reinhard** äussert sich zum Ratsbetrieb. Dieser hat ihn vor der Pause sehr beunruhigt. Der Stadtrat spekulierte plötzlich über konstruktive Referenden. Das ist nicht Sache des Stadtrates. Es gibt viele geschriebene Gesetze, und wahrscheinlich noch viel mehr ungeschriebene Gesetze im Ratsbetrieb. Teil der ungeschriebenen Gesetze ist sicher, dass man untereinander und miteinander Diskussionen führen kann. Teil der geschriebenen Gesetze ist, dass es keine Geheimnisverletzungen geben darf, wenn Kommunikationen stattfinden. Es geht nicht an und es beunruhigt den Sprechenden sehr, wenn ein Stadtrat irgendwelche Gerüchte verbreitet über den weiteren Ablauf, was politisch passieren wird. Das geht nicht. Fabian Reinhard erwartet eine Entschuldigung von Stadtrat Adrian Borgula.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** nimmt die Schelte entgegen und entschuldigt sich. Es war so nicht geplant. Es ist ihm im Feuer der Debatte zur Dringlichkeit und zu den Zeitplänen herausgerutscht. Das wollte er nicht und es tut ihm leid.

*Seite 116 W08 Förderprogramme für erneuerbare Energien*

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Auf Desinvestitionsbeiträge für den vorzeitigen Ersatz fossiler Anlagen wird verzichtet.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 5 : 2 : 4 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23.

**Nico van der Heiden:** Die SP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab, obwohl sie Verständnis für diese hat. Es ist tatsächlich störend, dass jemand finanziell belohnt wird, wenn er eine Gasheizung entfernt, die er zum Beispiel erst vor vier Jahren eingebaut hat. Dumm ist aber, dass die Desinvestitionsbeiträge funktionieren. Deshalb muss man in den sauren Apfel beißen. Zahlen aus Luzern und aus anderen Orten zeigen, dass die Massnahme greift. Deshalb lehnt die Fraktion die Protokollbemerkung ab.

**Roger Sonderegger:** Auch die Mitte-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab. Der Anreiz ist nicht falsch. Liegenschaftseigentümer wissen zum Zeitpunkt der Installation einer Heizung nicht immer, dass später ein Netz entsteht. Der Sprechende kann aus eigener Erfahrung berichten: Ihre siebenjährige Gasheizung versorgte ungefähr 35 Haushaltungen. Kostenpunkt zirka Fr. 40'000.–. Muss man als Liegenschaftseigentümer diese Heizung nach 10 Jahren herausnehmen, macht man es nicht, weil die Gasheizung ja noch weitere 10 Jahre funktionieren kann. Weshalb sollte man auch? Dann erfährt man, dass ein Netz gebaut wird. Soll man nun einen Anschluss vorsehen oder nicht? Die vorhin angesprochene Heizung ist vielleicht noch Fr. 20'000.– wert. Mit dem Desinvestitionsbeitrag kann die Stadt für Fr. 10'000.– Liegenschaftseigentümer von einer grossen Heizung massgeblich beeinflussen. Der Anschluss einer Liegenschaft an das Netz wird wahrscheinlicher. Eine junge Gasheizung, die technisch noch lange funktionieren würde, wird entfernt. Das ist eine effiziente Beschleunigungsmassnahme. Sie kostet nur dort Geld, wo sich die Liegenschaftseigentümer

gerade mit dem Thema auseinandersetzen. Deshalb ist es ein sehr effizienter Mitteleinsatz. Es ist auch ein sehr interessantes Instrument für die Betreiber eines Wärmenetzes, weil das die Dichte der Anschlüsse im Netzgebiet, das erschlossen wird, erhöht. Der Sprechende äusserte sich in einem vorangehenden Votum gegen eine Pflicht. Hier geht es um die positive Variante einer Pflicht, die denselben Effekt hat. Damit wird beschleunigt, dass Anlagen an das erneuerbare Energienetz kommen. Das ist eine Massnahme, die alle glücklich macht – die Verkäufer, die Eigentümer und das Klima. Deshalb muss die Protokollbemerkung unbedingt gestrichen werden.

**Stefan Sägesser** ist mit dem Votum seines Vorredners vollständig einverstanden. Es ist das effizienteste und effektivste Mittel, das die Stadt in der Hand hat, um möglichst schnell eine Umrüstung vorzunehmen. Die GLP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung deshalb ab.

**Silvio Bonzanigo** lehnt die Protokollbemerkung auch ab, mit dem Hinweis, dass es um 50 Prozent des Restwerts geht. Das heisst, die Eigentümerschaft schreibt auch 50 Prozent des Restwerts ab. Also ist es eine Lösung, die von allen Beteiligten einen gewissen Effort verlangt. Der Sprechende findet die Protokollbemerkung unnötig und lehnt sie ab.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Auch der Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung ab. Es ist auf den ersten Blick eine komische Massnahme, aber sie wirkt. Sie ist effizient. Im Austausch mit anderen Städten, mit anderen Organisationen, die sich mit dem Klimaschutz intensiv beschäftigen, erfuhr der Stadtrat, dass die Massnahme funktioniert. Deshalb will der Stadtrat die auf gewisse Fälle beschränkte, aber effiziente Massnahme gerne einsetzen.

#### **Die Protokollbemerkung**

**Auf Desinvestitionsbeiträge für den vorzeitigen Ersatz fossiler Anlagen wird verzichtet. wird abgelehnt.**

*Seite 117 W09 Förderprogramm Gebäudehüllensanierung*

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion stellt folgende **Protokollbemerkung:**

**Der GEAK wird nicht für die Bemessung der Fördergelder eingesetzt.**

Diese Protokollbemerkung richtet sich nicht grundsätzlich gegen den GEAK – es ist ein sinnvolles Instrument –, aber gegen die Verknüpfung mit den Fördergeldern. Der GEAK ist ein Instrument zur einfachen Erfassung und Darstellung der Energieeffizienz bestehender Gebäude. Die FDP-Fraktion beurteilt die Koppelung mit den Förderbeiträgen als kritisch. Der GEAK ist ein vergleichsweise ungenaues Instrument. Das Resultat hängt zu einem gewissen Grad von der Interpretation der GEAK-Expertinnen und -Experten ab. Das ist auch gut so, weil es in erster Linie darum geht, eine Basis zu haben, um zu wissen, wo ein Gebäude energetisch steht. Wenn man das aber präzise mit den Fördergeldern verknüpfen will, findet die Fraktion das gefährlich. Mit Fördergeldern umzugehen, bedingt einer Genauigkeit. Das kann und soll der GEAK nicht leisten. Deshalb erachtet die FDP-Fraktion die Verknüpfung als gefährlich und stellt den Antrag, auf die Bemessung von Fördergeldern über den GEAK zu verzichten.

**Nico van der Heiden:** Die Feststellung am GEAK ist richtig; das ist keine exakte Wissenschaft. Es ist auch richtig, dass Liegenschaftsbesitzerinnen oder -besitzer einen Anreiz haben, dass die erste Einstufung möglichst schlecht ausfällt. So erzielt man mit der Sanierung möglichst grosse Verbesserungen und erhält damit hohe Fördergelder. Mit dieser Kritik ist der Sprechende einverstanden. Seine ganz lapidare Rückfrage ist aber: Was ist die Alternative? Wir müssen die Fördergelder irgendwie am energetischen Sanierungsfortschritt festmachen. Der GEAK ist das beste Instrument, das Nico van der Heiden kennt. Wenn es andere gibt, lässt er sich gerne belehren. Eine Alternative, die er sich vorstellen könnte – von der er aber spontan denkt, dass die FDP-Fraktion keine Freude daran hätte – ist, dass die Stadt vor und nach der Sanierung selber den energetischen Zustand der Gebäude feststellen geht. Das wäre ein enormer Aufwand, auch angesichts der soeben beschlossenen Massnahme, dass sowieso alle den GEAK machen müssen. Deshalb würde der Sprechende den GEAK trotz seinen Schwächen zur Bemessung der Fördergelder verwenden.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion wurde in der Baukommission ebenfalls gestellt und mit 4 : 7 : 0 Stimmen abgelehnt. Der Sprechende erlaubt sich ausnahmsweise eine Bemerkung zum Votum von Nico van der Heiden: Es gibt seit vielen Jahren Fördergelder in diese Richtung und sie werden bisher erfolgreich, auch ohne GEAK, verteilt. Es gibt andere Methoden.

**Lukas Bäurle** liest aus dem Beschrieb der Massnahme zu W09 vor: «Denkbar sind zum Beispiel [...]» Die G/JG-Fraktion sieht nicht, dass es an dieser Stelle ein Denkverbot braucht. Die Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab.

#### **Die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion wird**

**Der GEAK wird nicht für die Bemessung der Fördergelder eingesetzt.  
abgelehnt.**

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion stellt folgende **Protokollbemerkung:**

**Die Stadt Luzern lanciert kein eigenes Förderprogramm zur Gebäudehüllensanierung.**

Mit voraussichtlichen Kosten von 364 Mio. Franken ist das der grösste Kostenteiler in diesem Bericht und Antrag. 364 Mio. Franken entsprechen etwa der Hälfte des städtischen Jahresbudgets. Zugegeben, rund 250 Mio. Franken müssen Dritte tragen – wer auch immer das sein mag. Dennoch bleiben rund 120 Mio. Franken bei der Stadt Luzern hängen. Das ist ein enorm hoher Betrag, für den Bürger und Bürgerinnen der Stadt Luzern lange arbeiten müssen. Für die SVP-Fraktion sind Zuwendungen in der Höhe von 120 Mio. Franken nicht hinnehmbar. Sie will deswegen keine höheren Steuern riskieren. Ein städtisches Vorpreschen hätte keine echten Auswirkungen auf das Klima, dafür aber auf die städtischen Finanzen. Für Subventionen sind die übergeordneten Staatsstellen zuständig. Deshalb stellt die SVP-Fraktion diese Protokollbemerkung. Die Massnahme soll gestrichen werden.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission ebenfalls gestellt und mit 2 : 9 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Andreas Moser:** Auch wenn die FDP-Fraktion zwischendurch hart kritisiert, hier kommt das klare Bekenntnis, das die Fraktion bereits beim Eintreten erwähnte: Die FDP-Fraktion unterstützt den Weg, den der Stadtrat vorschlägt.

**Lukas Bäurle:** Die Stadt Luzern gibt im Moment 177 Mio. Franken pro Jahr für fossile Energieträger (Heizöl, Benzin usw.) aus. Das kann man nachlesen im Vorgängerbericht zu diesem Bericht und Antrag. Davon fliessen 70 Prozent ins Ausland. Ein kleiner Betrag bleibt bei den bekannten Unternehmen in der Region hängen. Bei den Gebäuden alleine kommt man auf 50 Mio. Franken Mittelabfluss ins Ausland. Verschiedene Studien kommen zu ähnlichen Grössenordnungen, also zirka 100 Mio. Franken, inklusive Verkehr und mehr. Man sieht somit: Es ist nicht nur ausgegebenes Geld, sondern auch viel gespartes Geld.

#### **Die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion**

**Die Stadt Luzern lanciert kein eigenes Förderprogramm zur Gebäudehüllensanierung. wird abgelehnt.**

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Die Verwendung von biozidfreien Materialien an der Gebäudehülle wird zusätzlich gefördert.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 9 : 2 : 0 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert dieser Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung

**Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.**

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission stellt folgende weitere **Protokollbemerkung:**

**Der Stadtrat prüft eine separate Massnahme zur Förderung von Sanierungen anstelle von geplanten Ersatzneubauten.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 6 : 5 : 0 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Die Protokollbemerkung weist auf ein ganz wichtiges Thema hin: Auf das Verhältnis zwischen der grauen Energie, die man für einen Neubau einsetzt, und der Energie, die man zur Sanierung einsetzt. In vielen Fällen ist es richtig, dass es energetisch weniger aufwendig ist und sich langfristig auszahlen kann, wenn man Sanierungen statt Ersatzneubauten macht. Das ist dem Stadtrat bewusst. Der Stadtrat ist mit verschiedenen Massnahmen in dem Feld unterwegs. Aber im jetzigen Programm ist keine Massnahme vorgesehen, die das Thema spezifisch adressiert. Das Thema «graue Energie» ist sehr wichtig und wird



uns die nächsten Jahre begleiten. Wahrscheinlich findet auch ein gewisser Umschwung in die Richtung statt, dass man graue Energie besser einrechnet und man im einen oder anderen Fall zugunsten einer Sanierung auf einen Ersatzneubau verzichtet. Aber der Stadtrat muss opponieren, weil er dazu keine separate Massnahme vorgesehen hat und dies zusätzliche Mittel binden würde. Der Stadtrat wird das Thema aber sicher mit auf den weiteren Weg nehmen für die Klimastrategie und deren Umsetzung.

**Stefan Sägesser:** Die GLP-Fraktion erachtet diese Protokollbemerkung als eine Galerieprotokollbemerkung. Es steht: «Der Stadtrat prüft [...] eine Massnahme [...]» Grundsätzlich ist die graue Energie ein wichtiges Thema. Aus Sicht der Fraktion ist es aber wieder eine Güterabwägung: Macht eine Sanierung auf Biegen und Brechen Sinn, oder hat man nicht bessere Möglichkeiten mit einem Neubau, mit dem man verschiedene Ansprüche erfüllen kann? Stadtrat Adrian Borgula erwähnte beispielsweise das Thema der inneren Verdichtung in der Stadt Luzern. Die Protokollbemerkung per se nützt aus Sicht der GLP-Fraktion nicht sehr viel. Sie lehnt sie ab.

**Nico van der Heiden** dankt dem Stadtrat für die sehr gute Erläuterung, wieso man diese Protokollbemerkung überweisen sollte. In einer SIA-Zeitschrift fand er folgende Information: Ein Gebäude 30 Jahre lang mit Heizöl oder Kohlestrom zu versorgen, ergibt in der Summe etwa ein Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die für die Erstellung bilanziert werden müssen. Wie Stefan Sägesser sagte, ist es eine Güterabwägung, auch mit der Verdichtung, vielleicht auch mit den neuen Ansprüchen an Wohnraum. Wenn man die Ökobilanz zur Güterabwägung dazu nimmt, hat diese ein hohes Gewicht. Die Sanierung muss einem sehr gewichtigen Nachteil gegenüberstehen, damit ein Neubau wirklich gerechtfertigt ist. Im Stadtratsbeschluss las der Sprechende zudem, dass man erst davon erfährt, wenn es zu spät ist. Nico van der Heiden hofft, dass mit der Umstrukturierung des Ressorts «Baugesuche» das nicht mehr der Fall sein wird. Es wird eine Gruppe Kontakt/Beratung und eine Gruppe Beurteilung/Behandlung des Gesuchs geben. Bauherren und Baufrauen sollen frühzeitig dieses Ressort kontaktieren. Wenn jemand mit einem Abrissgesuch für eine Liegenschaft kommt, kann man mit ihm ins Gespräch kommen und eventuell Alternativen in Richtung einer Sanierung aufzeigen. In diese Richtung wünscht sich der Sprechende eine Massnahme – sie ist ökologisch sehr wertvoll.

**Peter Gmür:** Die Mitte-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab. Man stelle sich eine Genossenschaft vor, die ein 50-jähriges Gebäude hat, das saniert oder abgebrochen werden muss. Die Genossenschaft stimmt einem Abriss des Gebäudes zu. Die Genossenschaft geht zum Stadtrat, der ihnen mitteilt, dass das Gebäude nicht abgerissen werden darf, sondern saniert werden muss. Die daraus entstehenden Kosten sind nicht das Problem der Stadt, sondern der Genossenschaft. Demokratisch gesehen ist es komisch, wenn die Stadt der Genossenschaft sagt, dass sie das Gebäude nicht abreißen darf. Der energetische Aufwand ist recht gross, ein Gebäude aus den 50er-, 60er- oder 70er-Jahren für das 21. Jahrhundert aufzupimpen. Vielleicht muss ein Lift eingebaut werden oder es braucht einen neuen Lift, weil der alte zu klein ist. Vielleicht sind die Zimmer nicht rollstuhlgänglich oder die Leute, sie werden heutzutage zum Glück älter, benötigen einen Rollator und haben vielleicht Mühe, sich in den engen Wohnungen zu bewegen. Dazu kommt, dass das Ganze etwas marod ist. Jetzt kommt die Stadt und sagt, sorry, ihr dürft das Gebäude leider nicht

abreissen, ihr müsst eine Sanierung ins Auge fassen. Man darf nicht vergessen, dass es immer mehr Gebäude gibt, die recycelt werden. Das alte Baumaterial wird wiederverwendet. Wenn sich der Sprechende recht erinnert, ist es sogar vorgeschrieben oder zumindest angedacht, dass Baumaterialien eines Gebäudes, das man abreisst, weiterverwendet werden; es geht nicht alles verloren. Das Wohnen ist nicht mehr so wie in den 50er-, 60er- oder 70er-Jahren. Heute ist es anders. Deshalb bittet der Sprechende, die Protokollbemerkung abzulehnen.

**Jules Gut** ist nicht Fan von Förderprogrammen, vielleicht hat das die eine oder der andere schon bemerkt. Was hätte man beim Himmelrich für Fördergelder bezahlen müssen, um die Häuser zu behalten? Wenn man heute sieht, was dort entstanden ist, blutet sein liberales Herz schon, wenn man jetzt auch noch fördern will, dass man nicht neu bauen darf. Wenn man es im grösseren Kontext anschaut: Es gibt das Raumplanungsgesetz, es gibt eine klare Trennung zwischen Baugebiet und Nichtbaugebiet und wir haben stark steigende Immobilienpreise. Wenn man nun noch auf die innere Verdichtung verzichtet – so garantiert der Sprechende –, ist das ein grosser Treiber, dass es noch viel verrückter wird. Die Massnahmen sind erkannt, der Handlungsbedarf ist klar, aber das noch mit Fördergeldern zu unterstützen, davor hat der Sprechende grosse Bedenken.

**Lukas Bäurle** war auch erstaunt, wie gross der Effekt der grauen Energie bei einem Neubau ist. Er kam auf ähnliche Zahlen wie sie Nico van der Heiden vorhin erläuterte. Die G/JG-Fraktion sieht die Dringlichkeit; man muss diesem Aspekt noch mehr Rechnung tragen. Aus energetischer Sicht müssen wir sehr sorgfältig mit bestehenden Bausubstanzen umgehen, und zwar auch in anderen Bereichen. Wenn man sich umschaute, werden immer noch Velounterstände aus Beton gebaut und Mäuerchen betoniert. Da ist die Sensibilität vielleicht noch nicht vorhanden. Auch die Architektenschaft beispielsweise müsste sich dem noch mehr bewusst werden. Braucht es eine zusätzliche finanzielle Förderung? Die Protokollbemerkung lässt offen, wie hoch diese sein soll. Aber wenn es Richtung Sensibilisierung dieses Themas geht, dann ist das wichtig. Die G/JG-Fraktion stimmt der Protokollbemerkung zu.

**Jona Studhalter** hat, wie vorhin Nico van der Heiden, die Protokollbemerkung nochmals zehnmals durchgelesen und er muss sagen, dass darin nichts von einer Pflicht steht. Es geht nicht um eine Erhaltungspflicht, auch nicht um ein Abrissverbot, sondern alleine um die Förderung. Zu Peter Gmür gewandt, sagt der Sprechende, dass er in einem dieser besagten 50-jährigen Häuser wohnt, mit innerer Verdichtung, frisch saniert und er muss sagen, dass er es dort legendär super findet. Jules Gut sagte, dass der Handlungsbedarf erkannt ist, was stimmt, aber die GLP-Fraktion scheint nicht handeln zu wollen. Das erachtet der Sprechende als nicht weiter schlimm. Als angehender Psychologe ist er mit dieser Problematik sehr vertraut.

**Nico van der Heiden** stösst in dieselbe Richtung stossen. Auch er bittet, die Protokollbemerkungen genau zu lesen, damit man genau abstimmen kann. In Ergänzung zu Jona Studhalter sagt der Sprechende zu Jules Gut: Das Wort «Geld» kommt in dieser Formulierung nicht vor.

**Andreas Moser** plädiert dafür, ganzheitlich zu bleiben. Jeder Liegenschaftsbesitzer schaut das bei solchen Fragen ganzheitlich an. Die Energie ist ein Kriterium, ob man einen Ersatzbau oder einen

Neubau macht. Die Bemerkung von Jules Gut ist unnötig; das passiert eh, wenn man es ganzheitlich anschaut.

**Baudirektorin Manuela Jost:** Vorhin wurde Bezug auf die Leute in der Baudirektion genommen, die die Beratung machen. Die Teams werden dieses Jahr noch konkreter formiert. Aber eine Beratung besteht schon jetzt. Wie Andreas Moser es sagte, ist eine recht grosse Sensibilisierung da. Die Leute kommen nicht erst, wenn beispielsweise die Versammlung einer Wohnbaugenossenschaft entschieden hat, das Gebäude abzureissen. In der Regel kommen Private oder Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer in einer früheren Planungsphase zur Stadt. Die Diskussionen laufen in der Regel sehr gut und in diesem Zusammenhang werden die verschiedenen Möglichkeiten aufgezeigt. Dann geht es um ein abwägen, ob eine Sanierung oder ein Neubau im konkreten Fall mehr Sinn macht. Der Entscheid liegt letztlich bei den Privaten. Wenn ein Gebäude in einer Ortsbildschutzzone liegt oder wenn es sich um ein inventarisiertes Gebäude handelt, hat die Stadt den Auftrag, genauer hinzuschauen, vor allem wenn es sich um ein Abrissvorhaben handelt. Dann müssen gewisse Kriterien erfüllt sein. Auch bei Gebäuden, die nicht in der Ortsbildschutzzone liegen, finden Diskussionen statt. Die Sprechende würde den privaten Leuten nicht generell unterstellen, dass sie in diesem Bereich null Sensibilität haben. In der täglichen Erfahrung beobachten die Teams anderes. Diskussionen finden sehr wohl statt, und es ist ein Abwägen da.

**Silvio Bonzanigo** nimmt nicht Bezug auf das Votum der Baudirektorin, sondern er ist etwas untergegangen, als er sich vorhin zu Wort melden wollte. Es wurde verschiedentlich gesagt, dass sich der Entscheid bezüglich Ersatzneubau oder Renovation nach unterschiedlichsten Kriterien richtet. Würde die Protokollbemerkung überwiesen, bekäme das ein Gewicht, das es sachlich nicht hat. Man könnte andere Gewichtungen vornehmen, zum Beispiel könnte man aufgrund der beiden Optionen die Beschäftigungswirksamkeit messen, man könnte auch die Wertschöpfung messen und das zu einem neuen Hauptkriterium machen. Diese Vorschläge findet der Sprechende aber nicht richtig. Die Protokollbemerkung wird an einen Ort führen, der für die private Bauherrschaft einerseits kein Zusatzgewinn ist, und für die Stadt andererseits bedeutet, dass sie einen Dienst bereitstellen muss, der letztlich nicht entscheidend darauf Einfluss nehmen kann, ob ein Ersatzneubau oder eine Renovation realisiert wird.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Wenn die Protokollbemerkung überwiesen würde, müsste der Stadtrat diese auch nochmals zehnmal durchlesen. Er sieht da nicht primär Fördergelder (das wäre eine Möglichkeit), er sieht auch nicht ein Abrissverbot, sondern er sieht das, was er liest: «[...] eine separate Massnahme zur Förderung von Sanierungen [...]». Wenn diese Protokollbemerkung überwiesen würde, würde sich der Stadtrat überlegen, wie er diesem Anliegen gerecht werden kann. Fördergelder hätte man dann noch nicht; und das ist das, was der Stadtrat sagt: Wir haben weder Massnahmen noch entsprechende Ressourcen dafür.

Peter Gmür erwähnte das Recycling. Recyclingmaterial wird zunehmend eingesetzt. Aber die Kreislaufwirtschaft – ein Thema, das zunehmend wichtig wird – ist noch nicht so weit. Auf eidgenössischer Ebene ist eine Vernehmlassung zum Umweltschutzgesetz im Gang, die eine vermehrte Kreislaufwirtschaft verlangt. Der Stadtrat hat sich dazu positiv eingegeben. Aber es ist leider noch

nicht so weit. Immer noch ist ein sehr grosser Anteil von dem, was in der Renergia in Perlen verbrannt wird, Bauabfall. Die Trennung läuft noch nicht so gut. Aber es ist ein Thema, das erfasst ist. Zur ganzheitlichen Betrachtung, die Andreas Moser ins Feld führte, ist zu sagen, dass es extrem schwierig ist, eine saubere Ökobilanz durchzurechnen. Dessen muss man sich bewusst sein. Wo setzt man die Systemgrenze? Bei den Baumaterialien, bei der Beschäftigungswirkung, die auch angesprochen wurde, bei der grauen Energie? Selbstverständlich muss man beim Vergleich zwischen einer Sanierung und einem Ersatzneubau auch den energetischen Aufwand für die Sanierung einrechnen und abrechnen. Auch die Lebensdauer muss eingerechnet werden. Es ist ziemlich schwierig. Aber es sind sich in diesem Saal alle bewusst, dass das Gewicht der grauen Energie, die man für Neubauten einsetzt, versus weniger Energie, die man für Sanierungen einsetzt, in Zukunft ein wichtiger Faktor bei der Beurteilung sein wird. Jules Gut sprach es auch an: Verdichtung ist ein wichtiges Thema. Verdichtung kann auch mit Ergänzungsbauten geschaffen werden. Aber es wird sicher in dieser Gesamtabwägung eine wichtige Rolle spielen. Jetzt ist es am Parlament zu entscheiden, ob die Anregung, so wie sie formuliert ist, überwiesen wird.

#### **Die Protokollbemerkung der Baukommission**

**Der Stadtrat prüft eine separate Massnahme zur Förderung von Sanierungen anstelle von geplanten Ersatzneubauten.**

**wird überwiesen.**

*Seite 116 W08 Förderprogramme für erneuerbare Energien und*

*Seite 117 W09 Förderprogramm Gebäudehüllensanierung*

**Mario Stübi:** Die SP-Fraktion beantragt eine Protokollbemerkung, die sowohl W08 wie auch W09 ein Stück weit betreffen. Es geht um die KMU. Dem Sprechenden ist es ein Anliegen, dass die zur Debatte stehenden Fördergelder möglichst in die Schweizer Wirtschaft reinvestiert werden. Das sichert Arbeitsplätze und im Gegenzug wertvolle Unternehmenssteuern. Die **Protokollbemerkung** lautet deshalb wie folgt:

**Damit möglichst lokale Unternehmen von mit Fördergeldern subventionierten Aufträgen profitieren, werden entsprechende Informationen aufbereitet und Anreize geschaffen.**

Mit «möglichst lokal» meint der Sprechende, dass zum Beispiel Solarpanels eher von einer einheimischen Herstellerin bestellt werden als von China. Das aber nicht als Zwang, logischerweise, denn das ginge gar nicht. Jedoch wünscht sich Mario Stübi eine gute Informationsgrundlage über einheimische Herstellerinnen oder Anreize, damit sich eine Hauseigentümerin oder ein Hauseigentümer lieber für ein Produkt von einem Schweizer KMU entscheidet. Der Sprechende dankt für eine breite Unterstützung dieser Wirtschaftsförderungsmassnahme.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission auch diskutiert und mit 1 : 4 : 6 Stimmen abgelehnt.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Für den Staat wäre es extrem schwierig, selektiv Informationen aufzubereiten. Man kann vielleicht schon darauf hinweisen, dass die eine Firma

von da und die andere von dort ist. Die Stadt kann Listen auflegen und beraten, wo es diese Produkte gibt. Aber selektiv zu sagen, 50 Kilometer ist der Rayon, der noch als einheimisch beurteilt wird, möchte er vonseiten Staat nicht. Das ist ein sehr delikater Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Stadtrat Adrian Borgula sprach sich darüber nicht ab im Stadtrat, da es eine unterlegene Protokollbemerkung war und der Stadtrat genug mit den überwiesenen Protokollbemerkungen zu tun hatte. Deshalb bittet er, diese Aussagen als Äusserungen des Umwelt- und Mobilitätsdirektors zu nehmen.

**Andreas Moser:** Es ist schön, wenn Mario Stübi einmal Wirtschaftsförderung machen will. Aber es gibt ein Submissionsgesetz, damit sind bereits Grenzen gesetzt, und in der Privatwirtschaft überlegt sich jemand, der etwas investieren will und einigermaßen clever ist, sowieso, wen er berücksichtigen will. Wenn es Sinn macht, wird er einen Schweizer Hersteller beiziehen. Der Sprechende bittet, die Protokollbemerkung abzulehnen.

**Jules Gut:** Der Reichtum der Schweiz beruht auf ihrem Export. Die Schweiz ist so reich, weil viele andere Länder ihre produzierte Ware oder ihre Dienstleistungen kaufen. Die Schweiz hat viele Verträge, die das SECO auf nationaler Ebene aushandelt. Wenn beispielsweise eine Wärmepumpe in Riga – Lettland ist Mitglied der Europäischen Union – zugelassen ist, so ist diese auch in der Schweiz zugelassen. Das ist das Erfolgsmodell der Schweiz, dass wir einen offenen Markt, einen offenen Zugang zu Europa haben. Das Anliegen von Mario Stübi kann der Sprechende verstehen. Aber die GLP-Fraktion hat Mühe mit der Begründung, dass wir uns abschotten und nur noch für uns schauen sollen. Deshalb lehnt die Fraktion die Protokollbemerkung ab.

#### **Die Protokollbemerkung der SP-Fraktion**

**Damit möglichst lokale Unternehmen von mit Fördergeldern subventionierten Aufträgen profitieren, werden entsprechende Informationen aufbereitet und Anreize geschaffen.**  
wird abgelehnt.

Seite 120 W12 Stadteigene Liegenschaften im Verwaltungsvermögen fossilfrei bis 2030

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Die Stadt Luzern betreibt die fossilen Heizungen bis ans Ende ihrer Lebensdauer weiter, ohne festes Enddatum.**

Bereits in der Januar-Debatte zur Klima- und Energiestrategie hielt die SVP-Fraktion fest, dass bestehende Anlagen bis ans Ende ihrer Lebensdauer betrieben werden sollen. Das ist vor allem wirtschaftlich nachhaltig, oftmals aber auch ökologisch sinnvoll, da graue Energie verhindert wird. Der Stadtrat hat den Auftrag, mit dem Volksvermögen sorgsam umzugehen; daran möchte die Fraktion an dieser Stelle nochmals erinnern. Dazu gehört auch, dass man nicht ohne Nutzen bestehende Anlagen herausreisst und entsorgt und durch teure, neue Installationen ersetzt.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission ebenfalls diskutiert und mit 1 : 10 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Jona Studhalter** wendet sich an die SVP-Fraktion, die an der letzten Sitzung nicht zugehört zu haben scheint, als man darüber diskutierte: Ein vorzeitiges Herausreißen von Öl- und Gasheizungen ist ökologisch sinnvoll, denn diese sind Gasvernichtungsmaschinen. Die graue Energie ist dort nicht wirklich von Relevanz. Wieso man für die Erhaltung von bestehenden Gebäuden und gegen das Abreißen gestimmt hat, scheint da nicht sehr stringent. Die G/JG-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab.

#### **Die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion**

**Die Stadt Luzern betreibt die fossilen Heizungen bis ans Ende ihrer Lebensdauer weiter, ohne festes Enddatum.**

**wird abgelehnt.**

**Thomas Gfeller** beantragt namens der SVP-Fraktion eine weitere **Protokollbemerkung:**

**Die Stadt Luzern bevorzugt bei Investitionen im Wärmebereich Anlagen, die möglichst tiefe Betriebskosten verursachen.**

Für die SVP-Fraktion gehört es dazu, bei der Beschaffung von neuen Anlagen auch die Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen. Wenn verschiedene Anlagen zur Auswahl stehen, insbesondere wenn sie gleich wenig CO<sub>2</sub> emittieren, soll die Anlage mit dem besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis den Vorzug erhalten.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission auch diskutiert und mit 1 : 10 : 0 Stimmen abgelehnt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

#### **Die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion**

**Die Stadt Luzern bevorzugt bei Investitionen im Wärmebereich Anlagen, die möglichst tiefe Betriebskosten verursachen.**

**wird abgelehnt.**

*Seite 121 ff. 9.2.3 Sektor «Mobilität»*

*Seite 121 M01 Bewirtschaftung der Parkplätze von Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben*

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion stellt folgenden **Antrag:**

**Auf die Massnahme M01 wird verzichtet.**

Die Fraktion findet diese Massnahme unsinnig. Die Vorschriften zur zulässigen Anzahl Parkplätze wurden erst noch verschärft im Zusammenhang mit dem Parkplatzreglement, das seit September 2021 gültig ist. Keine Firma baut unnötig viele Parkplätze, die sie dann ihren Mitarbeitern gratis zur Verfügung stellt.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Dieser Antrag wurde in der Baukommission nicht gestellt.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion beantragt folgende **Protokollbemerkung** zu M01:

**Auf Vorschriften bezüglich Bewirtschaftung von Parkplätzen von Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben wird verzichtet.**

Im Eintreten zu diesem Geschäft sagte die SVP-Fraktion, dass auf unnötige Vorschriften verzichtet werden soll. Genau solche Vorschriften, wie sie mit M01 gefordert werden, sind damit gemeint. Sie nützen nichts. Im schlimmsten Fall gehen sie auf Kosten von einigen Wenigen, sodass sie eh keinen Einfluss auf die Allgemeinheit haben. Zudem sind sie leicht zu umgehen. Wenn ein Arbeitgeber seinen Mitarbeitern den Parkplatz bezahlen möchte, macht er das, auch wenn er dafür Geld verlangen muss. Die Möglichkeiten, wie er den Betrag rückvergüten kann, sind vielfältig. Solche Vorgaben schaden auch der Standortattraktivität. Zudem handelt es sich hier wieder um einen Eingriff in das Eigentum. Auf solche Massnahmen ist zu verzichten.

**Andreas Moser:** Im Dschungel der vielen Anträge ist ihm ein Fehler unterlaufen, wofür er sich entschuldigt. Andreas Moser **zieht den Antrag der FDP-Fraktion** zugunsten der Protokollbemerkung der SVP-Fraktion **zurück** und unterstützt diese.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion wurde in der Baukommission behandelt und mit 4 : 7 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion**

**Auf Vorschriften bezüglich Bewirtschaftung von Parkplätzen von Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben wird verzichtet.**

**wird abgelehnt.**

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Die Bewirtschaftungspflicht wird auf Firmen mit mehr als 10 Mitarbeitenden-Parkplätzen beschränkt.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 6 : 5 : 0 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert dieser Protokollbemerkung gemäss StB 23.

**Lukas Bäurle:** Vorneweg, die G/JG-Fraktion hält nicht an dieser Protokollbemerkung fest. Sie sieht ein, dass zwei Drittel des Effekts mit den grösseren Firmen erreicht wird, mit 20 Prozent des Aufwands. Der Sprechende arbeitete selber lange Zeit in KMU, wo für die autofahrenden Kollegen Gratisparkplätze zur Verfügung standen. Die Unternehmung kostete das Grössenordnung Fr. 1'000.– im Jahr, und er als ÖV-Benutzer subventionierte das quasi quer. Die KMU hatten jeweils zehn bis zwanzig Parkplätze und werden das auch weiterhin so handhaben können. Es ist einfach ein zu heisses Eisen, die eigene Belegschaft zu verärgern. Bei den Parkplätzen gehen die

Emotionen hoch. Eine Pflicht hätte auch hier den Entscheidungsträgern in den KMU geholfen und faire Lösungen erleichtert – für das Klima, aber auch für innerhalb der Firmen. Der Sprechende ist sicher, dass das kein bürokratisches Monster hätte werden müssen – eine App mehr auf dem Handy und gut ist. Im Städtevergleich hat Basel 336 Autos auf 1'000 Einwohner, Luzern 456. Das ist Schweizer Rekord. Bern ist zu 57 Prozent autofrei bei den Haushalten, Luzern liegt bei 44 Prozent. Luzern ist ein wenig eine Autohochburg. Klar macht der Pendlerverkehr nur 13 Prozent aus, aber das zu Spitzenzeiten, was dazu führt, dass die Busse überall stecken bleiben. Es muss etwas getan werden.

**Thomas Gfeller:** Auch bei dieser Protokollbemerkung liegt es in der Sache der Natur, dass die SVP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag** stellt. Die Fraktion findet die Bewirtschaftungspflicht schlecht. Sie lehnt die Protokollbemerkung auch aus Gründen, die der Sprechende im vorherigen Votum aufzählte, ab.

**Nico van der Heiden:** Nach intensiven Diskussionen innerhalb der Fraktion werden nur zwei Personen, falls sie sich noch daran erinnern, dass sie es so gesagt haben, dem Antrag zustimmen. Der Grossteil der SP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung aber nicht ab, weil sie nicht sinnvoll wäre. Eigentlich müsste man sagen – nur schon aus Fairnessgründen –, dass alle Firmenparkplätze in der Stadt Luzern bewirtschaftet werden müssen. Es gibt keinen Grund, kleine und grosse Firmen ungleich zu behandeln. Aber aus pragmatischen Gründen sieht die SP-Fraktion das so: Der Effekt auf das Klima ist relativ gering, der Aufwand für die Stadtverwaltung aber, das im Dialog bei den Firmen durchzusetzen, relativ gross. Deshalb lautet das Fazit der SP-Fraktion: Konzentrieren wir uns besser auf andere Massnahmen beim Verkehr, die für das Klima mehr bringen.

**Jona Studhalter:** Thomas Gfeller sagte, dass es in der Natur der SVP-Fraktion liegt, diese Protokollbemerkung abzulehnen. Es liegt im Sinn der Natur, dieser Protokollbemerkung zuzustimmen – für mehr Klimaschutz.

**Stefan Sägesser:** Es gibt Voten von Nico van der Heiden, die die GLP-Fraktion eins zu eins unterstützen kann. Nicht, dass das immer der Fall wäre, aber dieses Votum unterstützt die GLP-Fraktion voll und ganz. Die Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab.

#### **Die Protokollbemerkung der Baukommission**

**Die Bewirtschaftungspflicht wird auf Firmen mit mehr als 10 Mitarbeitenden-Parkplätzen beschränkt.**

**wird abgelehnt.**

*Seite 122 M02 Reduktion öffentliches Parkplatzangebot*

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Auf die Umsetzung der Massnahme M02 wird verzichtet.**



Der Rat überarbeitete vor Kurzem das öffentliche Parkplatzreglement und es gab dazu ein konstruktives Referendum. Das Volk stimmte ab und deshalb ist es für die FDP-Fraktion ein No-Go, in diesem Bereich bereits jetzt wieder den Finger draufzulegen. Im Zusammenhang mit dem Konzept wurde festgehalten, dass Anwohnerinnen und Anwohner in Zukunft vermehrt auf privatem Grund parkieren sollen. Ziel der Massnahme ist, dass der private Parkplatzbedarf grundsätzlich zuerst auf privatem Grund gedeckt wird und die Strassenparkplätze, insbesondere diejenigen im Zentrum, primär für die Erledigung des Quartiers und für das Gewerbe zur Verfügung stehen. Aus Sicht der FDP-Fraktion schafft man mit der Massnahme M02 die frei gewordenen Parkplätze gleich wieder ab. Deshalb beantragt die Fraktion, auf diese Massnahme zu verzichten.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission ebenfalls diskutiert und mit 4 : 7 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Thomas Gfeller:** Auch die SVP-Fraktion unterstützt die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion. Die Massnahme hat nichts mit dem Klimaschutz zu tun, denn der Zeithorizont ist bis 2040 gesetzt. Bis dahin wird ein Grossteil, wenn nicht alle Fahrzeuge, klimaneutral unterwegs sein. Die Elektrofahrzeuge werden bis dann in der Mehrheit sein und für den Verbrenner wird es einen CO<sub>2</sub>-neutralen Treibstoff geben. Die Massnahme ist rein ideologisch getrieben – vom Groll gegen das Auto. Ein solch unverhältnismässiger Parkplatzabbau von 50 Prozent ist für die SVP-Fraktion nicht akzeptabel. Die Städte würden massiv an Attraktivität verlieren, noch mehr Betriebe würden wegziehen, Steuereinnahmen würden wegbrechen, denn auch gute Steuerzahler sind auf das Auto angewiesen. Da fragt sich die Fraktion erst recht, wer das Ganze finanzieren soll. Will die linke Ratshälfte ein Scheitern an der Urne verhindern, so sollte sie die Streichung dieser Massnahme unterstützen. Sonst könnte eventuell ein ähnliches Debakel entstehen wie in den vergangenen paar Abstimmungen. Die Bevölkerung sprach sich letztes Jahr klar gegen die massive Verschärfung im Parkplatzbereich aus. Das soll auch so umgesetzt werden.

**Stefan Sägesser:** Die GLP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab. Sogar der Kanton, unter Federführung eines FDP-Regierungsrats, sagt, dass wir zu viel Auto fahren, dass es zu viele Autos gibt und dass die Verlagerung auf den ÖV und auf den Langsam- oder Veloverkehr, wobei man den Veloverkehr unterdessen nicht mehr als Langsamverkehr bezeichnen kann, vorangetrieben werden soll. Die Massnahme macht Sinn und der Sprechende sieht nicht ein, warum sie mit sehr schlechten Prognosen behaftet werden soll. Es gibt sehr viele Städte, die die Massnahme durchziehen. Es gibt sogar ein paar Grossstädte, in denen die ganze Schweiz drin wohnen könnte, wie z. B. Paris. Diese Grossstadt plant Massnahmen, und Barcelona hat zum Beispiel bereits gewisse Massnahmen umgesetzt. Wenn das dort möglich ist, dann muss der Sprechende sagen, dass das auch bei uns möglich sein müsste. In Anbetracht dessen, dass der grösste Teil der Parkplätze in der Stadt Luzern sowieso private Parkplätze sind, lehnt die GLP-Fraktion die Protokollbemerkung ab und unterstützt somit die Massnahme.

**Nico van der Heiden:** Auch die SP-Fraktion unterstützt die Massnahme. Es ist eine Massnahme mit Substanz; minus 50 Prozent Parkplätze auf öffentlichem Grund tönt nach extrem viel. In Bezug auf alle Parkplätze, die es in der Stadt Luzern gibt, sind es aber nicht einmal fünf Prozent. Das wird

aus Sicht der Fraktion nicht reichen, um die Klimaziele zu erreichen. Der Sprechende hat den Eindruck, dass das an der letzten Ratssitzung bereits mehrmals erwähnt worden ist und er weiss nicht, ob es politische Differenz ist oder ob man es nicht wahrnehmen will: Man kann den Autoverkehr zu hundert Prozent auf elektrisch umstellen, aber das wird nicht reichen, um die Klimaziele zu erreichen. Die Energie muss zu hundert Prozent erneuerbar sein und der Verbrauch muss sinken. Es ist nicht ein «oder», sondern ein «und». Deshalb muss man beim motorisierten Individualverkehr, in Anlehnung an die Aussage eines FDP-Regierungsrats, etwas machen. Ein Verzicht auf die Massnahme ist für die SP-Fraktion nicht denkbar. Sie hat eher darüber diskutiert, ob die Massnahme verschärft werden soll, wenn man sieht, welche fantastischen Sachen für die lokale Bevölkerung entstehen können, wenn man Parkplätze freispielt. Ehrlicherweise muss gesagt sein, dass es zu einem grossen Teil nicht Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Luzern sind, die viele der öffentlichen Parkplätze belegen. Eine formelle Korrektur möchte der Sprechende als Abstimmungsverlierer noch anbringen: Das Volk lehnte nicht eine Verschärfung des Parkplatzreglements ab, sondern hat, aus Sicht der Bürgerlichen, die von zwei Verschärfungen weniger schlimme Variante gewählt.

**Jona Studhalter:** Die Massnahme M02 sollte sehr viel Euphorie bei den bürgerlichen Ratskolleginnen und -kollegen auslösen, weil es nichts anderes als ein Parkplatzkompromiss ist. Die Jungen Grünen stellten in der Kommission den Antrag, dass die Massnahme zehn Jahre früher, bereits im Jahr 2030, umgesetzt würde. Die Kommission lehnte den Antrag ab. Es wurde auch ein Antrag gestellt, auf die Massnahme ganz zu verzichten. Auch diesen Antrag lehnte die Kommission ab. Schlussendlich entschied man sich für den Parkplatzkompromiss, auf die Beibehaltung von M02 – sehr zur Unlust des Sprechenden.

**Fabian Reinhard:** Das ist jetzt die sogenannte rote Linie für die FDP-Fraktion. Erstens bringt die Massnahme inhaltlich nicht viel. Sobald alle Autos mit E-Motoren ausgestattet sind und diese keine Emissionen mehr ausstossen, muss man in dieser Klimadiskussion nicht wieder den ewigen – es scheint etwas lieb gewonnenen – Streit über Autos oder nicht Autos führen. Zweitens gibt es demokratische Gepflogenheiten. Letztes Jahr wurde über den Parkplatzkompromiss abgestimmt. Im Vorfeld zur Abstimmung fand eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung dazu statt. Ein halbes Jahr später kann der Rat nicht schon wieder darüber diskutieren, und ein Jahr später darüber abstimmen. Wenn es eine Abstimmung zu einem Thema gegeben hat – und dort ging es genau um diese Frage, inhaltlich wurde das diskutiert –, muss man es einmal zehn Jahre gut sein lassen, auch wenn man inhaltlich damit nicht ganz zufrieden ist. Wir können wieder darüber abstimmen, und zwar im Jahr 2031.

**Lukas Bäurle:** Die G/JG-Fraktion ist selbstverständlich nicht für die Streichung dieser Massnahme. In der Stadt Luzern beträgt der Anteil des MIV am CO<sub>2</sub>-Ausstoss 22 Prozent. Es fahren aber nur etwa die Hälfte der Leute regelmässig Auto (44 Prozent der Haushalte haben gar kein Auto). Nach Adam Riese trägt bei den Autofahrenden das Auto 40 Prozent zu den Emissionen bei. Das heisst auch, dass Autofahrende das Klima etwa 50 Prozent mehr belasten als Nicht-Autofahrende. Der Beitrag des Autos ist substanziell – das zur Tragweite der Massnahme. Bei den Parkplätzen, das ist klar, kann die Stadt als Kommune anknüpfen. Zur elektrischen Energie: Das ist

nicht einmal so eine Glaubensfrage. Die elektrische Energie ist derzeit schöngerechnet. Der Schweizer Strommix ist tief im CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Deshalb stehen die E-Autos relativ gut da, aber sie stehen nicht eine Grössenordnung besser da. Das kann man überall nachlesen. Betrachtet man die Umweltbelastung, schneidet das E-Auto nicht besser ab; E-Autos sind diesbezüglich sehr vergleichbar mit Verbrenner-Autos. Der Sprechende bittet, das Elektroauto nicht zu glorifizieren.

**Andreas Moser:** Das war genau wieder der Punkt des leicht Belehrenden, was man machen soll und was man nicht machen soll. Der viel bemühte kantonale Baudirektor wird im KMU-Magazin am Schluss mit einem Satz zitiert, der auch etwas die Haltung der FDP-Fraktion abbildet: «Unterschiedliche Menschen haben unterschiedliche Bedürfnisse. In der Mobilität genauso wie in anderen Lebensbereichen. Dem sollten wir stets Rechnung tragen.» Mehr muss man dazu nicht sagen.

**Peter Gmür:** Es wurde bereits gesagt: Wir haben ein Parkplatzreglement, über das haben wir abgestimmt, und ein paar Monate später soll das mehr oder weniger wieder aufgehoben werden. Das findet die Fraktion nicht gut. Vor allem werden wieder einmal mehr Parkplätze am Rand der Stadt Luzern abgebaut. Das ist auch nicht gut, da sind die ÖV-Verbindungen nicht so gut. Deshalb ist die Mitte-Fraktion mit Sicherheit gegen die Massnahme M02. Es ist wichtig, dass die Klimastrategie, dass der Bericht und Antrag durchkommt. Diese Massnahme ist vielleicht ein Puzzlestein zu viel für gewisse Leute. Der Sprechende sagt bewusst vielleicht, aber darauf muss man auch achten.

**Martin Abele:** Andreas Moser sagte, dass verschiedene Menschen verschiedene Bedürfnisse haben. Aber hier wird über die Klima- und Energiestrategie gesprochen. Wir müssen schauen, dass wir uns dort verbessern. Das Klima wartet nicht. Man kann nicht einen Teil aus dem Ganzen herausnehmen und sagen, dass die Leute in dem Teil machen dürfen, was sie wollen. Lukas Bäurle sagte, dass die Mobilität ein ganz wichtiger Treiber von CO<sub>2</sub>-Emissionen ist. Der Sprechende verweist hierzu auf eine ZHAW-Studie, die aufzeigt, dass man bezüglich CO<sub>2</sub>-Emissionen mit Elektrofahrzeugen – im Vergleich zu Verbrennermotoren – rund die Hälfte bis vielleicht etwas mehr als ein Drittel besser werden kann. Das ist aber im Vergleich immer noch zehnmal schlechter als beim Zug oder beim Velo. Wenn man die Energiebilanz anschaut, das sagte Lukas Bäurle auch richtig, macht es praktisch gar nichts aus, weil die Herstellung von Elektroautos sehr energieverschleissend ist. Deshalb ist es so wichtig, was wir hier im Rat machen. Der Sprechende bittet die bürgerliche Ratshälfte, sich nicht aus dieser Verantwortung herauszunehmen.

**Jules Gut:** Bei der Massnahme M02 steht: «Diese Flächen sollen gemäss dem Willen des Grossen Stadtrates gezielt genutzt werden, um einerseits den Fuss-, Velo- oder öffentlichen Verkehr zu fördern, [...]» Am vergangenen Wochenende stimmten wir über die Velostation ab und die Luzerner Zeitung half tatkräftig mit bei dieser Diskussion. Robert Knobel schrieb einen Tag nach der Abstimmung in der Zeitung, Zitat: «Die Velopolitik der Stadt Luzern hat vor allem die *Veloparkierung* im Fokus [...]. In Sachen *Veloverkehr* hingegen ist seit der Eröffnung des Freigleis 2016 nicht viel passiert. Für Kinder und Senioren ist die Stadt noch immer viel zu gefährlich. Daran hätte auch die Velostation nichts geändert. Dabei ist es das, was Velofahrende aus Stadt und Agglo dringender brauchen, als neue, sehr teure Parkings: Sichere, schnelle und komfortable Velorouten.»

**Nico van der Heiden** schliesst sich inhaltlich der Aussage an, dass der Autoverkehr seinen Beitrag leisten muss. Der Sprechende schaute in der Zwischenzeit nach, über was letztes Jahr abgestimmt wurde. Es ging um zwei Reglemente. Einerseits um das Reglement über die privaten Fahrzeugabstellplätze; man erinnert sich, die Frage war: Wie viele Parkplätze dürfen Private bauen? Und andererseits um das Reglement über Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren. Auch dort obsiegte das konstruktive Referendum der Bürgerlichen. Bei der Abstimmung ging es aber letztes Jahr nicht um die Anzahl der öffentlichen Parkplätze.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** dachte sich schon, dass bei der Thematik Parkierung viel diskutiert werden würde. Zum Vorausschicken: Die Mobilität muss einen wichtigen Beitrag leisten. Der Stadtrat wird verschiedene Ansätze verfolgen. Er ist daran, die Mobilitätsstrategie, die zuletzt vor vier Jahren aufgelegt wurde, neu aufzubereiten und dem Parlament zur Diskussion zu bringen. Wie die Abstimmung vom letzten Jahr zu deuten ist, darüber gibt es verschiedene Ansätze. Fakt ist: Wir haben über das Parkkartenreglement abgestimmt und über die Berechnung der privaten Parkierung. Als Grundlage war durch den Stadtrat zu diesem Zeitpunkt gesetzt, dass die Strassenparkplätze ungefähr im gleichen Mass zur Verfügung stehen würden. In der Stadt Luzern gibt es auf 82'000 Einwohnerinnen und Einwohner und 82'000 Arbeitsplätze insgesamt 67'000 Parkplätze (private und öffentliche Parkplätze und öffentliche Parkhäuser). Das ist auch im Städtevergleich relativ viel. Von diesen sind 15'000 öffentlich zugänglich, etwa die Hälfte in Parkhäusern und die andere Hälfte als Strassenparkplätze. Bei der Massnahme M02 liegt der Fokus auf dem Jahr 2040. Bis im Jahr 2025 soll ein Vorgehensvorschlag erarbeitet werden, der aufzeigen soll, wie man die Anzahl der Strassenparkplätze auf die Hälfte reduzieren könnte. Das heisst, es sind rund 3'750 Parkplätze, die in einem Zeitraum von 15 Jahren (bis im Jahr 2040) zur Reduktion vorgeschlagen werden. Der Stadtrat ist überzeugt, dass wir im Bereich Mobilität Massnahmen treffen müssen. Es ist Fakt, dass die Automobilität – weniger die E-Mobilität, aber die fossile Mobilität – eine erhebliche Belastung verursacht, nicht nur im energetischen Bereich, sondern auch im Flächenbedarf, in der Verkehrssicherheit und beim Lärm. Beim letzten Punkt ist die E-Mobilität wieder im Vorteil, weil die E-Mobilität beim Lärm eine Entlastung bringen wird. Punkto Energiebedarf bringt die E-Mobilität etwas, aber sie löst das Problem nicht, das wurde schon mehrmals erwähnt. Die E-Mobilität löst auch das Problem der engen Flächen nicht, die man überall im öffentlichen Grund hat. Wir haben in der Stadt Luzern extrem hohe Nutzungskonflikte. In der Innenstadt hat es verschiedene Nutzungen, die einander in Konkurrenz geraten. Da muss man auch auf lange Frist über eine kleine Veränderung der Flächenzuteilung zumindest diskutieren können. Auch der Kanton schlägt in der Vernehmlassung zur Zukunft Mobilität im Kanton Luzern (ZuMoLu) vor, weniger Automobilität in den urbanen Zentren anzustreben. Ein Mittel dazu ist, das steht schon seit dem Jahr 2010 im Reglement zur nachhaltigen städtischen Mobilität, das Parkplatzangebot zu reduzieren, beziehungsweise es steht im Reglement, dass das Parkplatzangebot entscheidend dazu beiträgt, wie viele Fahrten generiert werden. Letztes Jahr konnte ein Teil der Strassenparkplätze durch den Berechtigungsnachweis, den die Stadt von den Anwohnenden verlangt, freigespielt werden. Das Freispiel von Kapazitäten wie auch die Verkürzung der Parkdauer führen, wenn man nicht ein Stück weit Parkplätze reduziert, zu mehr Verkehr. Dem muss man sich bewusst sein. Wenn es gelingt, den Grundsatz zu verfolgen, dass die private Parkierung privat sichergestellt wird, führt das dazu, dass mehr Strassenparkplätze genutzt werden können. Das war auch das Ziel. Der

Fokus liegt auf dem Jahr 2040. Da darf man sich durchaus überlegen, wie man die Strassenflächen neu aufteilt. Die 67'000 Parkplätze entsprechen überschlagsmässig gerechnet etwa 100 Fussballfeldern. Das sind grosse Flächen. Auch die 7'500 Autos, die im öffentlichen Raum stehen, belegen Flächen, die eigentlich öffentlicher Raum sind, allen gehören und für alle verfügbar sind. In diesem Bereich muss man sich wahrscheinlich etwas weiterbewegen, man hat es im letzten und auch im vorletzten Jahr gesehen: Der Stadtrat ging so weit, dass er 30 der rund 7'500 Strassenparkplätze für die Boulevardgastronomie zur Verfügung stellte. Seines Wissens ist die Luzerner Wirtschaft deswegen nicht zusammengebrochen. Selbstverständlich wird es immer einen Teil der Automobilität in Zukunft geben müssen. Es ist wichtig, dass man jetzt über die Klima- und Energiestrategie diskutiert, und dass man nicht probiert, alle Gräben im Bereich der Parkierung aufzureissen. Nebst dem Beitrag zum Klimaschutz und dem effizienten Umgang mit Energie ist eine gewisse Reduktion der Strassenparkplätze ein Beitrag zur Lebensqualität, ein Beitrag zur Verkehrssicherheit, ein Beitrag zur alternativen Nutzung, zum Beispiel für gastronomische Zwecke oder für eine zusätzliche Begrünung, die man im Rahmen der Klimaanpassungsstrategie auch anstrebt. Deshalb bittet der Stadtrat, die Massnahme M02 im Paket drin zu lassen.

**Benjamin Gross** möchte kurz auf ein Votum aus bürgerlicher Richtung zurückkommen. Man hat nun viel von der Energieeffizienz gesprochen. Das ist wichtig, weil es hier um das Klima geht. Aber schlussendlich geht es auch um den Platz, den man in dieser Stadt einnimmt. Als die Baukommission über das Velonetz diskutierte, fragte er sich, wo man dieses in dieser engen Stadt, die zum Teil aus dem Mittelalter ist, bauen will. Als er sich herumschaute stellte er fest, dass es in der Stadt oft zwei Autospuren und daneben sogar noch eine Spur Parkplätze hat. Auf dem restlichen Platz, der verbleibt, zerfleischen sich unterdessen die Velofahrer und Fussgänger, ob sie darauf fahren oder laufen dürfen. Mit der Massnahme M02 kann man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Es soll nicht jetzt etwas zementiert werden, das in den letzten Jahrzehnten ausgebaut wurde, nämlich das Auto in der Stadt zu parkieren. Man muss da reduzieren, man muss zurück an den Punkt vor ein paar Jahrzehnten gelangen, als es noch genug Platz für alle hatte. Durch das wird auch gleich eine sinnvolle Klimaförderung gemacht, weil viel mehr Leute Lust zum Velofahren haben. Der Sprechende würde dann auch seine Kinder endlich mal alleine über den Bundesplatz zur Turnhalle fahren lassen, quer durch die Stadt. Das ist etwas, das er bis jetzt noch nicht macht, obwohl sie schon 11- und 13-jährig sind.

**Marco Baumann:** Stadtrat Adrian Borgula sagte es, es geht um die Klima- und Energiestrategie. Der Sprechende denkt, dass das Parlament grossmehrheitlich daran interessiert ist, eine Vorlage durchzubringen, die auch bei der Stimmbevölkerung durchkommt, denn im Klimabereich müssen wir wirklich vorwärts machen. Man kann natürlich spekulieren und etwas pokern, wie das Nico van der Heiden vorhin machte, als er sagte, dass die Stimmbevölkerung nicht zu dem Nein sagte – die Stimmbevölkerung habe das konstruktive Referendum nicht deswegen unterstützt. Es wirkt leicht anmassend, wenn man das als Abstimmungsgegner so sagt. Die Bürgerlichen waren vielleicht in diesem Bereich etwas näher an der Bevölkerung und konnten deshalb auch das konstruktive Referendum für sich gewinnen. Marco Baumann sagt warnend, dass der Grosse Stadtrat mit solchen Massnahmen etwas mit dem Feuer spielt und dabei riskiert, dass die ganze Vorlage bachab geht.

Das will die FDP-Fraktion verhindern. Der Sprechende empfiehlt deshalb den Anwesenden, dem Antrag der FDP-Fraktion zu folgen und auf die Massnahme zu verzichten.

**Andreas Moser** ergänzt zum Votum seines Fraktionschefs: Die FDP-Fraktion stört sich daran, dass es eine Vermengung zwischen der Flächendiskussion (zum Thema, wie viel Platz das Auto in der Stadt braucht) und der energetischen oder klimatischen Diskussion gibt. In der Wahrnehmung der FDP-Fraktion bringt eine E-Mobilität, mindestens auf die nächsten 15 Jahre gesehen, eine grosse Reduktion des CO<sub>2</sub> auf dem Weg zu 2050 oder 2040. Die Flächendiskussion muss man ganzheitlich führen, auch unter dem Aspekt, dass die Stadt Luzern immer noch eine Kantonshauptstadt ist. Wir befinden uns bei diesem Thema bereits auf dem Weg. Der Autoverkehr ist am Abnehmen, die Zahl der Parkplätze ging retour. Man soll nicht so tun, als ob nichts passiert wäre. Vonseiten der Bürgerlichen wurden bereits einige Kompromisse gemacht. Es geht jetzt nur darum, das Fuder nicht zu überladen und dass man sich auf das Klima fokussiert. Wie Marco Baumann vorhin sagte: Wenn man es zu fest verknüpft und zu viel in die einzige Richtung will, kommt es nicht gut.

**Fabian Reinhard:** Der Stadtrat Borgula zitierte das berühmte Reglement über die nachhaltige städtische Mobilität und wollte so quasi implizieren, dass darin etwas von einer Reduktion von Parkplätzen steht. Er weiss selber, dass es darin anders steht. Dort drin steht unter Art. 6, dass es um eine konsequente Anwendung des Parkplatzreglements geht. Es steht darin nichts von einer Reduktion von Parkplätzen. Dort drin steht auch – das ist interessant und hat der Sprechende von Stadtrat Borgula noch nie gehört –, dass im innerstädtischen Raum Parkhäuser Priorität haben. Man kann also wieder einmal über Parkhäuser sprechen, sei das für Gefährte mit vier Rädern, mit drei Rädern oder auch mit zwei Rädern, denn diese lösen einen Teil des Flächenproblems.

**Stefan Sägesser** findet es erstaunlich, dass das Auto offenbar nach wie vor das Thema ist, mit dem wir uns im Leben am meisten auseinandersetzen können. Das Auto nahm in den letzten 50 Jahren in der Stadt Luzern massiv Platz ein – im wahrsten Sinne des Wortes. Mit dem angenommenen Parkplatzreglement sagen wir, dass wir den öffentlichen Grund zurückerobern wollen, indem wir über die privaten Parkplätze gehen. Das bedeutet, dass in der Regel öffentlich genutzte Parkplätze frei werden. Diese Flächen kann man der Bevölkerung zurückspielen, ob fürs Velo, weil wir Not an Velospuren haben, oder für was auch immer – es spielt keine Rolle. Wir sagten auch, dass wir nicht mehr Verkehr in der Stadt Luzern haben wollen, weil da tatsächlich eine andere urbane Struktur vorhanden ist. Trotzdem müssen wir erreichbar sein. Das alles wollen wir erreichen. Wir haben Hubs im ÖV, wir haben einen Busverkehr, der rund um Luzern geplant ist, man spricht von einem Bypass, ob einem dieser passt oder nicht, der das Stadtzentrum entlasten soll, man spricht von einem Durchgangsbahnhof, der die Frequenzen der Besucherinnen und Besucher und vor allem des Berufsverkehrs verdoppeln wird. Der Sprechende sieht nicht ein, weshalb wir uns weiterhin unter einer bestimmten Anzahl von Parkplätzen fixieren müssen und sagen, das sei das non plus ultra. Wir bringen die Mobilität nie mehr weg. Es wird nie mehr so sein wie im Jahr 1905. Niemand von uns hat Lust, auf null Mobilität zurückzugehen. Die Frage ist, was in Städten machbar ist und was nicht. Der Sprechende weiss nicht, weshalb wir Luzernerinnen und Luzerner dermassen ein Problem damit haben, wenn man mal einen Parkplatz abbaut. Das ist in Weltstädten

möglich, die in dieser Beziehung sehr grosse Probleme haben. Wir haben eigentlich auch ein grosses Problem, weil unsere Stadt recht zugepflastert ist. Das muss nicht so sein. In dem Sinn sieht der Sprechende eine Entwicklungsmöglichkeit, gerade in Anbetracht dessen, was die Halbierung tatsächlich auf die Gesamtsituation ausmachen kann. Die GLP-Fraktion findet die Massnahme grosso modo, über das Ganze gesehen, total berechtigt.

**Martin Abele** sagt zu Marco Baumann: Ob es anmassend ist, dass die linke Ratshälfte denkt zu wissen, was gut für die Bevölkerung ist oder ob es anmassend ist, dass die rechte Ratshälfte das Gleiche denkt, soll dahingestellt sein. Wir wissen aber alle, dass wir mit guten Argumenten zur Bevölkerung gehen und sie davon überzeugen können, dass wir eine wirkungsvolle Klima- und Energiestrategie brauchen. Wir wissen alle, dass die Mobilität, insbesondere auch die individuelle Mobilität mit dem Auto, ein sehr wichtiger Teil dazu beitragen kann. Die FDP-Fraktion nimmt sich dort aus der Verantwortung, indem sie sagt, die Leute brauchen das Auto oder in dem Andreas Moser sagt, die Elektromobilität nütze schon etwas. Es nützt eben nicht genug. Im Verkehr ist der Autoverkehr absolut dominierend. Wir können nicht einfach sagen, es darf immer gleichbleiben, weil es die Bevölkerung so will. Wir müssen die Bevölkerung davon überzeugen, damit sich auch dort etwas ändert. Und da haben wir alle eine Verantwortung. Auch die Bürgerlichen können etwas dazu beitragen, indem sie hingehen und die Bevölkerung von der Wichtigkeit dieser Massnahmen überzeugen. Dann stimmt die Bevölkerung auch zu. Die Bürgerlichen können nicht einfach sagen, die Bevölkerung sei anderer Meinung. Auch die FDP-Fraktion kann mithelfen.

**Silvio Bonzanigo** möchte auf einen Aspekt fokussieren, und zwar auf die Rechtssicherheit und die Glaubwürdigkeit politischer Behörden. Es wurde verschiedentlich erwähnt, dass wir Reglemente haben, die seit kürzester Frist in Kraft sind. Wenn wir dazu beitragen, den Eindruck zu erwecken, dass die in Luzern, sei das der Stadtrat oder der Grosse Stadtrat, gleich immer wieder alles nach ihrem Gusto auf den Kopf stellen, dann tragen wir zur Zersetzung des politischen Vertrauens in der Bevölkerung bei. Das würden wir machen, wenn wir kurzfristig wieder eine Änderung in den Reglementen erwirken. Der Sprechende bittet, das sehr zu berücksichtigen, weil der Rat heute Nachmittag genau eine solche Diskussion führen wird, wo es um die Glaubwürdigkeit bezüglich behördlicher Aussagen geht. Der Sprechende bittet, das nicht weiter zu befeuern.

**Jona Studhalter:** Die FDP-Fraktion sagte, dass wir mit dem Feuer spielen würden. Das ist tatsächlich so, wir haben eine Klimakrise und die FDP-Fraktion scheint da gerne weiterzusehen und die Klimakrise nicht richtig angehen zu wollen. Es wurde auch gesagt, wir sollten das Fuder nicht überladen. Diese Terminologie hörte der Sprechende nun schon ein paar Mal. Aber in Wirklichkeit wird hier das Fuder bis zum Gehnichtmehr abgeladen. Das Parlament überwies die Motion «Netto Null 2030»; auch die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion stimmten ihr zu. Der Stadtrat kommt aber mit «Netto Null 2040»; die Motion «Netto Null 2030» wurde abgeladen. In der Kommission wurde Vieles besprochen; im Moment ist das Parlament wieder am Herauskippen von Protokollbemerkungen und Anträgen, die die Kommission überwiesen hat. Wir müssen schon schauen, wie viel wir noch abladen wollen. Die Jungen Grünen sind aktuell mit dem Vorgehen nicht einverstanden. Sie sind unsicher, ob sie dem Parlament noch folgen können. Zur Aussage von Silvio

Bonzanigo, dass man das Vertrauen zersetzen würde, meint Jona Studhalter, dass er das Vertrauen seiner Wählerinnen und Wähler von seiner Partei untergraben würde, wenn er hier im Rat nicht richtigen Klimaschutz machen würde. Das wäre ein Zersetzen des Vertrauens.

**Stefan Sägesser** findet die Drohungen, wer was macht, total irrelevant. Es wird sowieso eine Abstimmung geben. Dort muss man mit Argumenten überzeugen. Aber jetzt hier im Rat zu drohen, von wegen, ihr werdet sehen, so wird es scheitern, findet er eine total irrelevante Diskussion und bringt nichts. Und die Aussage, das letzte Mal haben wir gewonnen und das vordere Mal die anderen, bringt übrigens auch nichts. Am Schluss geht es um die Massnahmen. Das Einzige, was etwas bringt, sind die Massnahmen. Deshalb kommt der Sprechende nochmals auf die Parkplätze zurück. M02 ist eine effiziente Massnahme. Man wird sehen, was effektiv an der Urne passiert. Aber mit der Urne zu drohen, wenn man sowieso eine Abstimmung hat, hat keinen Wert. Von daher bittet der Sprechende alle, ihn inklusive, sich diesbezüglich in Zukunft zu mässigen.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** wollte nicht noch einmal zur Reglementsdiskussion Stellung nehmen. Aber wegen des Votums von Silvio Bonzanigo macht er es jetzt doch. Mit der vorgeschlagenen Massnahme M02, Fokus 2040, werden die Reglemente nicht tangiert. Es steht ein sehr langer Weg bevor. Wir haben über die private Parkierung, über das Parkplatzreglement – über die Parkgebühren wurde nicht abgestimmt, das Parlament war mit der Erhöhung der Parkgebühren einverstanden – und über die Zonen abgestimmt. Aber in der Abstimmung ging es nie über die Anzahl der Parkplätze im öffentlichen Raum. Aber, und das erwähnte der Sprechende vorhin auch als Replik auf das Votum von Fabian Reinhard, im Jahr 2017, als man am Start des Autoparkierungskonzepts stand, das mit einem partizipativen Prozess sehr breit angelegt war, sagte der Stadtrat, dass er davon ausgehe, dass die öffentliche Parkierungszahl etwa gleichbleiben würde. Auf das kann man sich berufen. Das war im Jahr 2017. In der Debatte jedoch wurde die Zahl der öffentlichen Parkplätze im öffentlichen Raum seines Wissens weder irgendwie bestimmt noch stand sie total im Fokus. Hier geht es um die 7'500 Parkplätze im öffentlichen Raum. Das ist die Massnahme. Es wird deswegen kein Reglement geändert.

Zum Votum von Fabian Reinhard, der die Priorität der Parkhäuser ansprach, sagt Stadtrat Borgula: Aus diesem Grund will der Stadtrat bei den Strassenparkplätzen reduzieren – und nicht in den Parkhäusern. Das Parlament wird im Zusammenhang mit dem Durchgangsbahnhof Gelegenheit haben, über ein Parkhaus zu diskutieren; sonst steht das Parkhaus aber nicht im Fokus. Die Massnahme zur Erhöhung der Parkgebühr im öffentlichen Raum und zur Verkürzung der Parkdauer sollen bewirken, dass länger dauernde Parkierungen in den Parkhäusern abgewickelt werden. So wird der öffentliche Raum geschont. Das ist ein Ziel aus dem Reglement. Und ein letzter Gedanke, der sich allerdings auf ein vorheriges Votum von Thomas Gfeller bezieht, ist: Gute Steuerzahler sind diejenigen, die korrekt nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zahlen und nicht die, die viel zahlen.

#### **Die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion**

**Auf die Umsetzung der Massnahme M02 wird verzichtet.  
wird abgelehnt.**



MITTAGSPAUSE 11.40 Uhr – 14.00 Uhr

**Die Fortsetzung der Detailberatung des B+A 22/2021: «Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern», ab Seite 122, findet nach dem Gastreferat und den zwei als dringlich beschlossenen Interpellationen statt.**

– **Gast-Input Journalismus:  
Flurina Valsecchi, Chefredaktorin Bote der Urschweiz AG**

Auf Einladung von Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann gibt Flurina Valsecchi, Chefredaktorin Bote der Urschweiz AG, Einblick in ihre Arbeit. Ihre Power-Point-Präsentation ist diesem Protokoll am Schluss angehängt.

– **Dringliche Interpellation 159, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2022:  
Wortbruch des Stadtrates beim Inseli**

**Fabian Reinhard** beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

**Fabian Reinhard:** Der Sachverhalt ist klar und unbestritten: Der Stadtrat hat vor der Abstimmung falsche Versprechungen gemacht. Damit hat er potenziell oder tatsächlich die Stimmbevölkerung getäuscht. Das Ergebnis ist bekannt: Die Inseli-Initiative wurde ganz knapp mit 51,6 Prozent angenommen. Was waren die zwei Versprechungen des Stadtrates? Erstens: Die Määs kann ohne Einschränkungen auf dem Inseli bleiben. Zweitens: Es gibt Anhaltokanten für Reiseocars. Die FDP der Stadt Luzern, das ist bekannt, war gegen die Inseli-Initiative. Genau zu diesen Punkten wurde eine sehr intensive inhaltliche Diskussion geführt. Das kann man im Detail in der Zeitung und in den Onlinemedien nachlesen, das kann man im Radio nachhören. Es ging um diese ganz konkreten Fragen. Die FDP hat damals argumentiert, dass es, wenn die Initiative angenommen wird, nicht möglich sein werde, dass die Määs dort weiterhin so stattfindet. Es gibt Zeitungsberichte, in welchen sich der ehemalige Stadtschreiber zur rechtlichen Ausgangslage äussert; es gibt einen Stadtrat, der im Abstimmungsbüchlein zusagt und die Versprechung macht, dass die Määs auf dem Inseli bleiben kann. Die FDP wandte schon damals ein, dass das schwierig würde; ein Schotterplatz ist nicht grün. Ein damaliger Initiant und heutiger Grosstadtrat sagte wörtlich, dass die Initiantinnen und Initianten auch mit einem Schotterplatz gut leben könnten. Der Sprechende will nicht die ganze damalige Diskussion inhaltlich noch einmal aufrollen, er will einfach festhalten, dass diese Diskussion im Detail geführt wurde. Und jetzt, ein paar Jahre später, informiert der

Stadtrat, es sei gar nicht möglich, und beginnt zu argumentieren und sich herauszureden, die Ausgangslage sei anders geworden. Das ist doch einfach nicht wahr. Auch der Durchgangsbahnhof war damals schon Bestandteil der politischen Diskussion, wie auch das Stadtklima, das der Stadtrat jetzt irgendwie bemüht herbeizieht. Der Stadtrat versucht die Sache kleinzureden und sich herauszureden; seine Fehler gesteht er nicht ein. Der Stadtrat hat Versprechungen gemacht. In der Medienmitteilung und jetzt in der Antwort auf die Interpellation ist die Rede davon, dass die «damals gemachten Aussagen nicht eingelöst werden können» – der Sprechende betont «Aussagen»: Es waren doch Versprechungen und nicht einfach nur Aussagen. Wenn der Stadtrat jetzt von einem Sachzwang spricht und so tut, als wäre die Mäas auf dem Inseli nicht mehr möglich, dann sieht er es nicht einfach nur nicht ein, sondern er will es nicht einsehen. Denn die Machbarkeitsstudie, die der Stadtrat in Auftrag gab, zeigt, dass es Varianten gibt, bei welchen die Mäas auf dem Inseli hätte bleiben können. Genau diese Machbarkeitsstudie wollte der Stadtrat offenbar nicht so recht veröffentlichen. Er argumentiert jetzt in der Antwort, sie sei irgendwo auf der Website der Stadt. Das mag ja stimmen, aber der Link dazu fehlte, als die Medienmitteilung öffentlich gemacht wurde. Natürlich hätten die Interpellanten diese Machbarkeitsstudie sehen wollen.

Der Stadtrat hat falsche Versprechungen gemacht, das ist schlimm genug. Aber es geht noch weiter. Am 18. August 2017 schrieb der Stadtrat den Marktfahrenden und Schaustellenden einen Brief, in welchem steht, die Aussage des Gegenkomitees der Initiative, dass die Mäas nicht mehr auf dem Inseli stattfinden könne, dass die Mäas auf dem Inseli gefährdet sei, sei falsch. Der Sprechende zitiert wörtlich: «Diese Aussage ist falsch.» Unterzeichnet wurde der Brief von Stadtrat Adrian Borgula. Der Stadtrat hat das Gegenkomitee der Falschaussage bezichtigt. Das ist inakzeptabel.

Volksinitiativen und Volksabstimmungen sind ein Privileg, sie sind ein Alleinstellungsmerkmal unserer direkten Demokratie. Dazu müssen wir Sorge tragen. Der Stadtrat gefährdet mit seinen falschen Versprechungen nicht nur seine Glaubwürdigkeit, sondern er schadet der direkten Demokratie. In einer Abstimmung muss für alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger klar sein, um was es geht, die Fakten müssen klar sein, man muss wissen, was für Konsequenzen eine Abstimmungsfrage, eine Initiative hat. Wenn das nicht mehr klar ist, wenn man falsche Versprechungen macht, funktioniert das System der Demokratie nicht. Falsche Versprechungen produzieren Politikverdrossenheit. Die Leute erhalten dann den Eindruck, dass die Politiker sowieso machen, was sie wollen. Sie versprechen vor den Wahlen oder Abstimmungen irgendetwas und machen nachher etwas völlig anderes. Die FDP-Fraktion fordert, dass der Stadtrat seine Versprechungen einhält, nicht mehr und nicht weniger. Es geht um mehr als nur um das Inseli und um die Mäas, es geht um die Glaubwürdigkeit des Stadtrates.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion dankt der FDP-Fraktion für die kritischen Fragen zum Fall Inseli. Die Fragen sind berechtigt, aktuell und von grossem Interesse. In den letzten Wochen und Tagen war die SVP-Fraktion aktiv mit einer Standaktion in den Gassen von Luzern unterwegs und hatte somit in diversen Gesprächen die Möglichkeit, den Puls der Bevölkerung auch zur Thematik Inseli zu fühlen und zu erspüren. Die Bevölkerung ist konsterniert und enttäuscht, sie versteht die Art der Kommunikation in keiner Weise. Vielfach war die Aussage zu hören, dass die betreffenden Personen sicher nicht Ja gestimmt hätten, wenn sie das gewusst hätten. Bei einem so knappen

Entscheid ist sehr wohl von Bedeutung, was für Aussagen damals seitens des Stadtrates und seitens des Komitees gemacht wurden. Wenn die Argumentation von damals plötzlich nicht mehr von Bedeutung sein oder, wie der Stadtrat schreibt, eine untergeordnete Rolle spielen soll, stellt sich wirklich die Frage, ob das noch das gleiche Spiel wie damals ist oder nicht. Wenn der Stadtrat zur Erkenntnis kommt, dass neue Aspekte – Zitat: «Erkenntnisse aus der Diskussion rund um das Stadtklima» – eine übergeordnete Rolle einnehmen sollen, hätte er das dem Grossen Stadtrat oder zumindest den Kommissionen zu kommunizieren. Die damaligen Befürchtungen der Gegner sind genau so eingetroffen, wie sie vorausgesagt wurden. Die Gegner hat man damals als Fake-News-Verbreiter bezeichnet. Der Stadtrat hat mehrmals betont und zudem in einem Brief an die Schau-stellenden versichert, dass die Mäas und der Lunapark auf dem Inseli bleiben; es bestehe sogar die Möglichkeit, die Infrastruktur wesentlich zu verbessern, und die Haltekanten für die Cars seien nicht in Gefahr. Was soll man davon halten, wenn der gleiche Stadtrat fünf Jahre später mit einer Medienmitteilung bekannt gibt, es tue ihm leid, er könne seine damaligen Aussagen nicht umsetzen? Die Bevölkerung hat darauf vertraut, dass man sich auf die Aussagen sowohl des Komitees als auch des Stadtrates verlassen kann und das Inseli so umgestaltet würde. Die Stimmbewölkung will, dass die Mäas mit ihrem Lunapark dortbleibt und dass die Haltekanten so gebaut werden. Zusätzlich soll die Begrünung möglich sein. In der Frage 7 wird von den Interpellanten die Glaubwürdigkeit des Stadtrates hinterfragt. Der Stadtrat beantwortet die Frage, indem er ausführt, seine Glaubwürdigkeit bestehe darin, «neue Erkenntnisse im Laufe des Projekts transparent aufzuzeigen und den richtigen Entscheid zum gegebenen Zeitpunkt zu treffen». In diesem speziellen Fall wurde weder der richtige Entscheid getroffen noch der richtige Zeitpunkt gewählt, um ihn zu kommunizieren.

**Andreas Felder** dankt den Interpellanten, dass sie dieses Thema umgehend in den Grossen Stadtrat gebracht haben. Für viele Ratsmitglieder haben sich aufgrund der Medienmitteilung vom 18. Januar 2022 einige Fragen gestellt; sie haben sich einige Gedanken gemacht, erfreuliche oder weniger erfreuliche, je nachdem, aus welcher politischen Ecke man kommt. Für den Sprechenden waren es vor allem folgende Fragen, die jetzt mit der vorliegenden Stellungnahme des Stadtrates auch beantwortet werden.

1. Der Stadtrat hat doch versprochen, dass die Mäas auf dem Inseli bleibt und dass es weiterhin Anhaltekannten für Cars gibt? – Ja, das hat er, und das wird zum Glück auch nicht bestritten. Aber nicht nur der Stadtrat, sondern auch die Initianten haben klar gesagt, die Mäas bleibe auf dem Inseli. Der Sprechende zitiert aus einem Artikel in zentralplus vom 24. September 2017, also nach der Abstimmung, in welchem sich das Ja-Komitee «Lebendiges Inseli» wie folgt äussert: «Wir sind froh, dass die Angst- und Fake-News-Kampagne der GegnerInnen von der Bevölkerung nicht goutiert wurde.»
2. Hat der Stadtrat die Bevölkerung also angelogen oder haben sich die Verhältnisse geändert? – Zuerst möchte der Sprechende dem Stadtrat seinen Dank aussprechen: Man muss auch einmal die Grösse haben hinzustehen und zuzugeben, dass man die Lage falsch eingeschätzt hat. Der Sprechende ist gutgläubig genug, dass er dem Stadtrat das abkauft. Allerdings muss man auch ehrlich darauf hinweisen, dass dieses Zugeständnis nicht gerade ein gutes Bild auf den Stadtrat beziehungsweise auf die Vorabklärungen wirft, die er im Zusammenhang mit der Initiative gemacht hat. Der Sprechende würde da empfehlen, dringend noch einmal über die

Bücher zu gehen.

Nicht einverstanden ist der Sprechende mit der Aussage des Stadtrates, dass zwischenzeitlich neue Erkenntnisse dazugekommen seien. Mit Verlaub: Das Projekt Durchgangsbahnhof samt den Details war wirklich bereits vor der Abstimmung 2017 bekannt, diese Erkenntnisse sind nicht plötzlich irgendwie aus dem Blauen heraus dazugekommen. Und auch beim Thema Stadtklima kann man nicht ernsthaft behaupten, es sei erst im September 2017 als wichtiger Punkt auf die Agenda der Stadtpolitik gekommen, gerade wenn man sieht, von welchen zwei Mitgliedern des Stadtrates dieses Thema jetzt behandelt wird. Es wäre wohl eher eine persönliche Beleidigung für diese beiden Personen, wenn man sagen würde, sie hätten sich erst so spät mit diesem Thema befasst.

3. Darf der Stadtrat auf seine damaligen Aussagen zurückkommen? – Die formelle Antwort lautet: Ja, natürlich darf er das. Formell ist der Zug für eine Stimmrechtsbeschwerde schon lange abgefahren. Klar, es war ein sehr knappes Resultat: 13'840 zu 12'976 Stimmen. Und natürlich hatten die Aussagen des Stadtrates einen Einfluss auf das Stimmverhalten. Aber für die Mitte-Fraktion ist klar, dass die Initiative angenommen wurde: Die Carparkplätze dort verschwinden und das Inseli wird begrünt.

Jetzt kommt der Sprechende zum politischen Aspekt. Der Stadtrat ist gehalten, den Entscheid der Bevölkerung umzusetzen. Und wie der Sprechende der Antwort auf die Interpellation entnimmt, weigert er sich, das zu tun, obwohl Varianten vorliegen, die es ermöglichen würden. Vielmehr versucht er sich sogar aus der Verantwortung zu stellen, indem er sagt, er werde einen B+A vorlegen, den das Parlament ja dann abweisen könne, wenn es mit ihm nicht einverstanden ist. Diese Chuzpe muss man zuerst schon noch haben, dass man seine eigenen Wahlversprechen einfach so schnell zur Seite schiebt, obwohl Alternativen vorhanden sind, welche die Umsetzung möglich machen. Das gilt natürlich umso mehr, wenn man dazu noch den Druck aus der Bevölkerung zu spüren bekommt. Die Mitte-Fraktion hat zusammen mit anderen Parteien und Organisationen eine Onlinepetition mit 3'300 Stimmen eingereicht, die sich für das Inseli als Standort für die Mäas stark macht.

Zusammengefasst: Die Mitte-Fraktion ist von der Haltung des Stadtrates massiv enttäuscht, sie wird sich weiterhin für den Mäas-Standort Inseli und auch für eine angemessene Anzahl Caranhaltenden einsetzen. In welcher Form, wird sich noch weisen.

**Yannick Gauch:** Die SP-Fraktion hat sich immer klar zur Mäas bekannt und in der Ratsdebatte vom April 2017, im Rahmen der Behandlung des B+A zum Inseli, auch klar gesagt, dass die Mäas wenn immer möglich an ihrem heutigen Standort auf dem Inseli bleiben soll. Die SP-Fraktion und auch die Initiantinnen und Initianten stützten sich im anschliessenden Abstimmungskampf mit ihren Argumenten auf die vom Stadtrat genannten Zielsetzungen und verliessen sich darauf, dass der heutige Mäasstandort durch eine Umsetzung der Inseli-Initiative nicht gefährdet ist. Dass die damals gemachten Versprechen jetzt nicht gehalten werden können, hat einen grossen Teil der SP-Fraktion vor den Kopf gestossen und berechtigterweise zu einem grossen medialen Aufschrei geführt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf die Aussagen des Stadtrates und die Facheinschätzungen der Verwaltung verlassen können, um ihre Abstimmungsentscheidung adäquat fällen zu können. Besonders müssen sie sich auf das offizielle Abstimmungsbüchlein verlassen können, in welchem ebenfalls stand, dass der Mäasstandort durch die JUSO-Initiative nicht gefährdet ist.

Dass der Stadtrat 2017 Versprechen gemacht hat, die er heute nicht halten kann, enttäuscht nicht nur die Schaustellerinnen und Schausteller, sondern auch einen grossen Teil der Luzerner Bevölkerung. Gleichzeitig ist der SP-Fraktion aber auch bewusst, dass sich die Ausgangslage im Vergleich zum Abstimmungskampf 2017 in wesentlichen Punkten geändert hat. So war es damals noch nicht klar, was für konkrete Folgen der Bau des Durchgangsbahnhofs auf das direkte Gebiet rund um den Bahnhof haben wird. Dass man für die Mäas so oder so Zwischenlösungen von mindestens zehn Jahren finden muss, war damals zumindest in diesem Ausmass noch niemandem bewusst und war auch nie Teil der Debatte hier im Grossen Stadtrat.

Dass der Stadtrat auf sich verändernde Parameter Rücksicht nimmt, ist aus Sicht der SP-Fraktion richtig. Dass er es hinterfragt, die Umgestaltung des Inseli zu einem grossen Teil auf eine Mäas auszulegen, von welcher nicht klar ist, ob sie ab 2040 auch tatsächlich wieder am heutigen Standort stattfinden will und wird, ist richtig und zeugt von verantwortungsbewusstem politischem Handeln. Die SP-Fraktion kann auch nachvollziehen, dass der Stadtrat in der Variante «Grünes Inseli» das grösste Potenzial in den Bereichen Stadtklima und Aufenthaltsqualität sieht. Tatsächlich hätte diese Variante ganzjährig gesehen definitiv den grössten Output für die Luzerner Bevölkerung und unsere Gäste.

Wirklich enttäuscht war die SP-Fraktion vor allem von der städtischen Kommunikation am 18. Januar. Dass man etwas falsch einschätzt und sich zu einem gemachten Fehler bekennen muss, ist zwar unschön, aber das kann es einmal geben. Für die SP-Fraktion ist jedoch unverständlich, dass der Stadtrat mit der Hiobsbotschaft an die Öffentlichkeit gelangte, ohne alternative Standortideen für die Mäas zu kommunizieren. Es ist jetzt zwar in der Antwort zur vorliegenden Interpellation nachzulesen, dass der Stadtrat begonnen hat, Alternativen zu prüfen. Bis heute kann aber kein konkreter Lösungsvorschlag vorgewiesen werden. Das ist nicht zufriedenstellend.

Aber zum Glück kann man sich auch in einem solchen Moment auf die SP-Fraktion verlassen, die sehr schnell mit der Erarbeitung von alternativen Lösungen startete. Der Sprechende verweist da auf das Postulat 163: «Frohburgstrasse und Inseliquai als Freiraum für alle», und er dankt schon heute für die Zustimmung der Mitglieder des Grossen Stadtrates zur Sicherstellung des Mäasstandorts beim Inseli.

Aber ob Inseliquai oder ein anderer passender Standort: Für die SP-Fraktion ist klar, dass es ab 2027 eine sinnvolle und für alle Seiten zufriedenstellende Lösung für die Mäas wie auch für die sechs Halteketten in der Nähe des Bahnhofs geben muss. Gespannt erwartet die Fraktion den B+A Inseli, der dem Grossen Stadtrat noch vor dem Sommer vorgelegt werden soll. Es ist klar, dass bis dann Lösungsvorschläge auf dem Tisch liegen müssen. Die SP-Fraktion ist gern bereit, mit allen Parteien nach einer mehrheitsfähigen Lösung zu suchen, die keinen Verlierer zurücklässt, weder die Bevölkerung noch die Initiantinnen und Initianten oder die Schaustellerinnen und Schausteller.

Trotz der momentan unglücklichen Ausgangslage ist die SP-Fraktion zuversichtlich, dass gemeinsam eine gute Lösung für die Mäas gefunden werden kann und dass der dringend nötige Grün- und Naherholungsraum Inseli, wie von der Bevölkerung gewünscht, nach wie vor erfolgreich aufgewertet und ausgebaut werden kann.

**Christian Hochstrasser:** Das grüne Inseli ist der G/JG-Fraktion und grundsätzlich auch der Bevölkerung ein sehr wichtiges Anliegen. Gerade wenn es in Zukunft rund um den Bahnhof besonders

laut, eng und hektisch wird, kann man den Wert eines solchen erweiterten Erholungsraums am See nicht genug hoch einschätzen. Das Inseli als vergrößerter Grün- und Lebensraum ist für die G/JG-Fraktion nicht verhandelbar. Auch die Mäas ist für die G/JG-Fraktion ein wichtiger Anlass. Aber für die Fraktion ist klar, dass jährlich 52 Wochen grünes Inseli gegenüber zwei Wochen Mäas in der Gesamtauslegung ein höheres Gewicht haben, gerade während der Bauzeit des Durchgangsbahnhofs.

Was der Stadtrat aber hier plant, kann nicht gut gehen. Versprechen des Abstimmungskampfs einfach entschuldigend wegwischen, vertrösten auf allfällige spätere Lösungen, erachtet die G/JG-Fraktion als höchst unsensibel. Immerhin – das darf man dem Stadtrat zugutehalten – hat der Grosse Stadtrat heute die Möglichkeit, jetzt schon darüber zu diskutieren und nicht erst mit dem B+A im Sommer. Der Stadtrat hat mit seiner Kommunikation die Debatte, die der Grosse Stadtrat heute führt, überhaupt ermöglicht.

Weil die G/JG-Fraktion den Rückhalt für das wichtige Projekt Inseli auf keinen Fall gefährden will, wird sie den nächsten Schritten für die Entwicklung des Inseli erst zustimmen, wenn für die Zukunft der Mäas eine breit akzeptierte Lösung vorliegt. Konkret erwartet die Fraktion, dass der Stadtrat zuerst die Fragen des Mäasstandorts klärt, bevor der B+A Inseli hier auf den Tisch kommt. Sonst wird er mindestens bei der G/JG-Fraktion keine Zustimmung finden. Der Stadtrat muss, wenn er im Grossen Stadtrat nicht auflaufen will, jetzt zuerst einmal über die Bücher.

Die G/JG-Fraktion erwartet sowohl von den Verantwortlichen der Mäas wie auch vom Stadtrat, dass gemeinsam alle möglichen Optionen geprüft werden. Das kann einerseits eine reduzierte Mäas ohne schwere Fahrgeschäfte auf dem Inseli sein, allenfalls ergänzt mit grösseren Fahrgeschäften an dezentraleren Orten, bis andererseits hin zu einem anderen geeigneten Standort. Da die Zeit fürs Inseli auch wegen des Durchgangsbahnhofs drängt, erwartet die Fraktion von allen Beteiligten konstruktive, verbindliche Diskussionen.

**Jules Gut:** Die GLP-Fraktion betrachtet das Ganze pragmatisch und sachorientiert, sie steigt nicht in diesen Grabenkampf ein. Dem Stadtrat wird vonseiten des Grossen Stadtrates vielfach vorgeworfen, er sei führungsschwach, er lamentiere nur und entscheide nicht. Jetzt hat der Stadtrat entschieden und gehandelt, er hat abgeklärt, er hat klar Stellung bezogen. Das findet die GLP-Fraktion gut. Wer ein Unternehmen führt, muss entscheiden. Ab und an erweist sich eine Entscheidung im Nachhinein als falsch. Chapeau, allen Respekt vor dem Stadtrat, dass er auch einmal einen Fehler einsehen kann. Fehler erkennt man erst im Nachhinein. Die Aussagen von 2017 sind Vergangenheit, jetzt müssen wir doch in die Zukunft schauen. Warum krallen wir uns so daran fest, wer wann was gesagt hat? Es gibt eine neue Ausgangslage, es gibt neue Fakten, man muss offenbar noch andere Aspekte berücksichtigen. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates vertreten das Volk, sie können jetzt selber entscheiden, wie es weitergeht. Es wird einen neuen Projektierungskredit geben. Der Grosse Stadtrat hat die Möglichkeit, ihn dem obligatorischen Referendum zu unterstellen und damit auch die demokratische Legitimation zu gewährleisten.

**Silvio Bonzanigo** beginnt mit einem Intro, mit dem Interview, das Herbert Fischer mit Yannick Gauch auf [lu-wahlen.ch](http://lu-wahlen.ch) führte und bei welchem man nie wusste, ob es überhaupt je fertig wird. Mit in verschiedensten Varianten gestellten Fragen versuchte Herbert Fischer eine Stellungnahme zur Aussage, dass der Stadtrat sein Wort gebrochen habe, zu erhalten, aber Yannick Gauch wollte

sich nicht darauf einlassen. Unterdessen wurde das Postulat 163 von Mario Stübi eingereicht; in diesem heisst es, der Stadtrat habe sein Versprechen gebrochen. Offenbar wurde der fragliche Punkt also fraktionsintern bereinigt, die Einsicht ist eingekehrt, dass der Stadtrat sein Wort gebrochen hat. Weiter hat Yannick Gauch im erwähnten Interview auch darum herumparaphrasiert, dass die FDP-Fraktion ihre Interpellation nur eingereicht habe, um im Hinblick auf die Abstimmung betreffend Velostation Stimmung zu machen. Das hat der Sprechende sachlich nicht gerade als zielführend betrachtet, und der Souverän hat allem Anschein nach die richtige Antwort darauf gegeben. Damit ist Intro beendet.

Um was geht es hier? Es geht um zwei Motive, die der Stadtrat vorbringt oder vorschiebt, um jetzt eine andere Haltung einzunehmen. Einerseits ist es das zusätzlich erkannte verstärkte ökologische Erfordernis, andererseits der Durchgangsbahnhof. Der Sprechende äussert sich nur zu Letzterem. Für ihn ist diese Begründung absolut unglaubwürdig. Sie ist auch fachlich enttäuschend. Wer sich mit Bauen ein bisschen auskennt, weiss, dass ein solches Megavorhaben wie der Durchgangsbahnhof auch eine gewaltige, umfassende Baustelleninstallation braucht. Den möglichen Standort dafür hätte man sich schon lange überlegen können, die Antwort wäre immer die gleiche gewesen: Für diese Bauinstallation braucht es das Inseli. Dass das eine neue Erkenntnis wäre, zieht der Sprechende also stark in Zweifel, denn jedes grosse Bauwerk – da kann man über die gotischen Sakralbauten noch weit zurückgehen – braucht gewaltige Installationsflächen. Es hätte daher schon sehr viel früher die Einsicht reifen können, dass man das Inseli innerhalb der Planung des Durchgangsbahnhofs zwingend braucht. Insofern scheint es dem Sprechenden nicht angebracht, den Durchgangsbahnhof jetzt als Argument anzuführen, um angeblich zu einem neuen Entscheid kommen zu müssen.

**Baudirektorin Manuela Jost** betont als Erstes, dass die Mäas auch dem Stadtrat wie den Mitgliedern des Grossen Stadtrates sehr am Herzen liegt: Die Mäas stellt eine Tradition dar, sie gehört zur Stadt Luzern. Der Punkt ist nicht die Wertschätzung für die Mäas; die Frage, über welche diskutiert werden muss, lautet, welches aus langfristiger Optik der richtige Standort für die Mäas ist, der auch während der Bauzeit und nach der Fertigstellung des Durchgangsbahnhofs funktioniert. Wenn man das als Wortbruch bezeichnen will, nimmt der Stadtrat das so zur Kenntnis. Die Sprechende will auch gar nichts schönreden. Vor fünf Jahren, im Jahr 2017, hat der Stadtrat Aussagen und – wenn man so will – Versprechen gemacht, die er jetzt nicht einhalten kann. Der Stadtrat hat für die Kritik und die Emotionen, die mit dieser Kritik einhergehen, Verständnis, er bedauert unter diesem Aspekt die Entwicklung. Die Sprechende will aber trotzdem versuchen zu erklären, wie der Stadtrat zu seinen jetzigen Aussagen gekommen ist. Man könnte aus einem Teil der Voten, die jetzt gehalten wurden, den Eindruck erhalten, der Stadtrat habe seinen Entscheid leichthin, einfach so gefällt. Das ist überhaupt nicht der Fall, es war ein langer Entscheidungsprozess, der Stadtrat führte diese Diskussion intensiv und kontrovers, er hat alle neuen Fakten sowie die Interessen der verschiedenen Gruppierungen einbezogen und abgewogen. Letztlich war es ihm wichtig, eine langfristige Lösung zu finden. Und da zeigte sich eben, dass eine langfristige Lösung wahrscheinlich nicht mit dem zu vereinbaren ist, was man 2017 sagte. Dem Stadtrat wird jetzt vorgeworfen, er hätte alles, jedes Detail konkret schon im Jahr 2017 wissen können. Tatsache ist, dass gerade bei solchen grossen Bauvorhaben wie dem Durchgangsbahnhof einiges zu einem so frühen Zeitpunkt noch nicht gewusst werden kann. Abgesehen davon wurde auch der Projektierungskredit erst 2019

in Bern gesprochen. Der Stadtrat wusste nicht genau, wann man mit dem Bau des Durchgangsbahnhofs starten würde, wann diese Baustellen entstehen, wie lange die Bauzeit dauert, was für Auswirkungen auf alle Nutzungen rund um den Bahnhof dieser Bau hat. Damals lag noch keine Testplanung vor, die inzwischen auch neue Erkenntnisse gebracht hat.

Selbstverständlich war die Bedeutung der Klimastrategie schon damals bekannt, aber wie man den Baumschutz gewichten würde, welche Bedeutung der Erhalt der Baumlinie dem Inseliquai entlang hat, ist inzwischen als neue Erkenntnis dazugekommen. Man kann diese Bäume nicht einfach fällen, um dort etwas anderes zu ermöglichen.

Man kann dem Stadtrat vielleicht vorwerfen, dass er damals schon andere Punkte hätte klären können, mehr technische, fachliche Punkte. Da spielte aber auch der Zeitfaktor eine Rolle. Der Stadtrat hatte den Auftrag, die Initiative innerhalb einer bestimmten Frist zu beantworten und zur Volksabstimmung zu bringen. Man hätte z. B. abklären können, welche Art von Untergrund es für die Mäas braucht und wie stark befestigt die Fläche sein muss, um 100-Tonnen-Fahrgeschäfte hinstellen zu können. Damals gingen alle von der Annahme aus, dass Rasengittersteine oder ein Schotterplatz für die Mäas genügen würden, aber effektiv im Detail abgeklärt wurde das damals noch nicht, das geschah jetzt im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie. Dabei hat sich gezeigt, dass ein schweres Fahrgeschäft von 100 Tonnen dort nicht ohne befestigten Betonuntergrund aufgestellt werden kann. Dann wäre keine Baumbepflanzung mehr möglich. Das ist einfach eine Tatsache. Natürlich kann man sich für die Variante 1, die sogenannte Multifunktionsfläche entscheiden. Man könnte auch sagen, man wolle nur die Hälfte davon so gestalten. Mit dem Entwicklungskonzept für das linke Seeufer hat sich abgezeichnet, dass es schwierig sein wird, alle Interessen und dazu noch die Umsetzung der Initiative miteinander zu vereinbaren. Darum hat der Stadtrat einen Marschhalt angeordnet, er wollte das in einer Machbarkeitsstudie, bei welcher notabene auch die verschiedenen Interessengruppierungen involviert waren, genauer abklären. Die Machbarkeitsstudie sollte alle Themen, auch jene, die neu dazugekommen waren, umfassen. Und aufgrund dieser Machbarkeitsstudie musste der Stadtrat dann feststellen, dass es keine Bestlösung gibt. Jede Lösung war für bestimmte Gruppierungen unbefriedigend. Der Stadtrat hat sich für eine Kompromissvariante entschieden, die seiner Ansicht nach das erfüllt, was die Mehrheit wahrscheinlich will. Sie erfüllt es nicht für morgen und übermorgen, sondern für die Zeit in 10, 20 oder 30 Jahren. Es ist Aufgabe des Stadtrates, wenn er solche Entscheide fällen muss, den Standpunkt einer langfristigen Optik einzunehmen. Aus einer langfristigen Optik zu entscheiden bedeutet in diesem Fall, die Auswirkungen des Durchgangsbahnhofs miteinzubeziehen: Wie funktioniert der Raum um den Durchgangsbahnhof herum, wenn sich die Personenströme verdoppeln, wenn der Nutzungsdruck durch die vielen neuen Nutzungen steigt, wenn die Verdichtung zunimmt? Diese Fragen musste sich der Stadtrat stellen, das ist seine Verantwortung. Diese Fragen hat man sich 2017 effektiv nicht in gleicher Weise überlegt, und deshalb hat der Stadtrat damals auch etwas anderes gesagt.

Aufgrund all dieser Überlegungen hat sich der Stadtrat jetzt für die Variante «Grünes Inseli» entschieden. Das ist ein Arbeitstitel, er bedeutet nicht, dass dann alles grün sein muss. Nach Ansicht des Stadtrates funktioniert diese Variante am besten, und sie funktioniert eben auch während der zehnjährigen Bauzeit. Warum kann während dieser Bauzeit die Mäas und der Lunapark nicht auf dem Inseli stattfinden? Während der Bauzeit sind um den Bahnhof herum nur Funktionen zugelassen, die absolut zwingend sind. Also auch der Teil des Lunaparks auf dem Bahnhofplatz oder auf



dem Europaplatz kann nicht stattfinden. Das wusste der Stadtrat 2017 auch noch nicht. Wenn es darum geht, die Bauphase stadtverträglich zu gestalten, liegt die erste Priorität darin, dass die Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof trotz der Grossbaustelle immer funktioniert. In diesem Punkt wird der Grosse Stadtrat dem Stadtrat wohl zustimmen. Dass die Mobilitätsdrehscheibe auch während der Bauphase durchgehend funktioniert, ist nicht möglich, wenn gleichzeitig ein zweiwöchiger Anlass mit Tausenden von Leuten stattfindet, auch wenn dieser Anlass der Stadt noch so sehr am Herzen liegt. Dass es für den Bau des Durchgangsbahnhofs Installationsplätze braucht, wusste der Stadtrat. Aber wo und wie sie angeordnet werden, weiss man nicht einmal heute genau. Sie müssen in der Nähe sein, sie müssen gut erschlossen sein. Es braucht Anlegestellen, Umschlagplätze, Zufahrten – z. B. über den Inseliquai. Daher wäre es nicht zu verantworten, während der Bauzeit einen solch grossen zweiwöchigen Anlass stattfinden zu lassen. Das ist der Grund, weshalb die Mäas während der Bauphase des Durchgangsbahnhofs nicht auf dem Inseli stattfinden kann. Und wie wird es sein, wenn der Durchgangsbahnhof eröffnet wird? Die Sprechende hat bereits auf die völlig andere Konstellation hingewiesen, die sich dort mit dem Durchgangsbahnhof ergibt. Für die Stadt ist es wichtig, dass sie aufgrund der Verdichtung und des Nutzungsdrucks zum Freiraum in Bahnhofsnähe Sorge trägt. Der Stadtrat hat diesen Freiraum sehr stark gewichtet, es braucht einen qualitativ hochstehenden Freiraum, der Lebensqualität in dieses Gebiet hineinbringt, nicht nur für die Stadtbevölkerung, sondern auch für die vielen Leute, die neu in diesem Gebiet arbeiten werden und die vor, zwischen und nach der Arbeit einen gewissen Freiraum brauchen. Über die Kompromissvariante konnte man lesen, auch im Zusammenhang mit der Petition, sie sei die richtige Variante. Aber auch die Kompromissvariante lässt es nicht zu, auf dem südlichen Teil Richtung Werft grosse Fahrgeschäfte aufzustellen. Denn das Problem dort liegt darin, dass die Ein- und Ausfahrten nicht funktionieren und somit die Erschliessung nicht möglich ist. Das war selbstverständlich auch die Rückmeldung der Schaustellenden. Man könnte diese Ein- und Ausfahrten nur ermöglichen, indem man die ganze Baumreihe fällt. Aber auch dann wäre der Lunapark reduziert. Wenn man den Lunapark so will, wie er bisher war, wie er Tradition hat, kann die Kompromissvariante nicht infrage kommen. Deshalb hat die Sprechende auch Rückmeldungen von vielen Leuten erhalten, diese Variante sei für sie keine Option, sie wollen die Mäas so, wie sie bisher war. Und wenn man die Variante mit der Multifunktionsfläche wählt, müsste man ohnehin Alternativstandorte für das restliche Fahrgeschäft finden. Als neues Thema sind auch die Auswirkungen des Gewässerschutzabstands dazugekommen, den die Stadt einzuhalten hat. Das heisst, dass der Spielplatz verschoben werden muss. Die Frage, die sich dann stellt, ist, wo er in Zukunft z. B. bei der Variante «Grünes Inseli» platziert werden soll. Auch bei der Buvette wird es Änderungen geben; Tische und Stühle können vielleicht dort bleiben, wo sie jetzt sind, aber eine fest installierte Buvette darf aufgrund des Gewässerschutzes nicht mehr am bisherigen Standort sein, auch für sie muss ein neuer Standort gefunden werden. Es waren 2017 einfach nicht alle Fakten auf dem Tisch, und die Themen, die neu dazugekommen sind, haben den Stadtrat zu der Lösung bewegt, wie er sie kommuniziert hat. Zur Frage der Glaubwürdigkeit: Wenn man einfach vergleicht, was der Stadtrat im Jahr 2017 sagte und was er heute sagt, kann man ihm vorwerfen, er sei nicht glaubwürdig. Aber Glaubwürdigkeit hat, wie der Stadtrat auch in der Antwort auf die Interpellation schreibt, auch damit zu tun, dass man sich neuen Erkenntnissen nicht verschliesst. Es sind neue Fakten dazugekommen. Aus Sicht

des Stadtrates verhält er sich glaubwürdiger, wenn er alle Fakten auf den Tisch legt und die Situation transparent aufzeigt, warum er jetzt zu einer anderen Entscheidung kommt. Er verhält sich glaubwürdiger, wenn er auch den Mut hat, diese Entscheidung jetzt zu fällen. Der Stadtrat hat das nicht einfach «im stillen Kämmerlein» gemacht. Es war ihm bewusst, dass er viele Leute enttäuschen würde, dass es ein Problem gäbe, weil er 2017 von anderen Voraussetzungen ausging. Die Situation ist auch für den Stadtrat nicht angenehm.

Zum weiteren Vorgehen: Die Entscheidung, die der Stadtrat jetzt gefällt hat, kann man selbstverständlich weiterdiskutieren. Der Stadtrat sieht folgendes Vorgehen vor: Beruhend auf seiner Entscheidung wird er als Nächstes einen B+A mit dem Projektierungskredit ausarbeiten lassen und dem Parlament vorlegen. Parallel soll auch aufgezeigt werden, wie es bezüglich Caranhalteanlagen und Standort Mäas weitergeht. Zu den Caranhalteanlagen läuft ein separates Projekt; die Sprechende ist zuversichtlich, dass sich eine gewisse Anzahl auch im Gebiet des Bahnhofs realisieren lässt. Und auch im Zusammenhang mit einem alternativen Standort Mäas wird ein Projekt gestartet.

Christian Hochstrasser hat gesagt, die G/JG-Fraktion sei nicht bereit, den nächsten Schritten für die Entwicklung des Inseli zuzustimmen, wenn für die Zukunft der Mäas nicht eine breit akzeptierte Lösung vorliege. Aber die Suche nach einer solchen Lösung braucht auch ihre Zeit, einen solchen alternativen Standort in drei Monaten zu finden ist unmöglich, denn selbstverständlich wird es ein partizipativer Prozess sein, vor allem mit den Schaustellenden und der Vertretung der Mäas. Der Stadtrat möchte nicht so lange zuwarten, bis er einen Projektierungskredit für das Inseli beantragt, denn er will bereit sein, um den Wettbewerb zu starten, der auch wieder seine Zeit braucht, bis es zur Umsetzung kommt. Der Stadtrat hat das Ziel, vor dem Bau des Durchgangsbahnhofs 2030 bereit zu sein. Das sind die zeitlichen Abhängigkeiten. Deshalb ist es praktisch unmöglich, bereits vor der Sommerpause – der Stadtrat möchte ja diesen B+A noch vor der Sommerpause in den Grossen Stadtrat bringen – schon die definitive Lösung für die Mäas zu haben.

Mit dem erwähnten B+A wird auch die Möglichkeit der demokratischen Legitimation erneut gegeben sein: Der Grosse Stadtrat kann den Projektierungskredit, der dem fakultativen Referendum untersteht, dem obligatorischen Referendum unterstellen und das Thema so noch einmal zur Abstimmung bringen. Das kann der Stadtrat von sich aus nicht tun. Dann wird man sehen, ob die Stimmbürger unter Berücksichtigung der Erkenntnisse, die neu dazugekommen sind, und der Fakten, die man einfach miteinzubeziehen hat, immer noch damit einverstanden ist, dass die Initiative im Sinn eines grünen Inseli umgesetzt wird. Somit würde die demokratische Legitimation zur Umsetzung der Initiative wiederhergestellt. Der Stadtrat wird dieses Vorgehen empfehlen. Er hofft, dass mit dem angekündigten B+A eine gute Diskussion in der Kommission, im Grossen Stadtrat, aber auch in der Bevölkerung angestossen wird.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** möchte ein paar Ergänzungen machen. Er wurde ja vorhin in einem Votum direkt angesprochen und ist natürlich federführend beteiligt bei den Themen Mäas, Caranhalteanlagen und Baumschutz. Er versteht die Kritik, die der Stadtrat nimmt, diese Kritik wirklich entgegen. Geteilte Hiebe sind halbe Hiebe, deshalb hilft der Sprechende dabei, den Kopf hinzuhalten. Die Feststellung, dass der jetzt getroffene Entscheid an der Glaubwürdigkeit des Stadtrates kratzt, ist richtig, das ist nicht wegzudiskutieren. Dem Stadtrat ist bewusst, dass ein grosser Teil der Bevölkerung konsterniert ist. Es ist dem Sprechenden wichtig, den Mitgliedern des

Grossen Stadtrates nahezubringen, dass sich der Stadtrat diesen Entscheid überhaupt nicht einfach gemacht hat. Darum dauerte es auch so lange. In der Kommunikation wurde sicher auch der Fehler gemacht, dass der Stadtrat zu wenig zeigte, was er alles schon mit Machbarkeitsstudien prüfen liess. Deren Ergebnisse wurden einfach der bekannten Machbarkeitsstudie als Beilage angefügt. Der Sprechende denkt, dass bereits alle Vorschläge aus dem Postulat 163 geprüft wurden. Selbstverständlich hat sich der Stadtrat schon intensiv und sehr ausführlich überlegt, ob man den Europaplatz, den vorderen Teil der Robert-Zünd-Strasse, den Inseliquai, den Platz beim Radisson, den Landenbergplatz oder den Schotterplatz am Alpenquai als Standorte für die Mäas integrieren könnte und ob eine dezentrale Form der Mäas möglich wäre. Der Stadtrat kam nicht leichtfertig zu seinem Entscheid. Auch zu den bis zu sechs Caranhalteketten gab es externe Studien, die selbstverständlich noch veröffentlicht werden können. Man versuchte, sie am Inseliquai unterzubringen, aber irgendwann musste man sich eingestehen, dass es aus Verkehrssicherheitsgründen keine befriedigende Lösung gibt. Wenn man die Baumreihe fällen würde, hätte man natürlich mehr Platz, aber damit würde auch wieder ein anderer Grundgedanke dieses Volksanliegens verletzt, nämlich das Inseli grüner zu gestalten. Der Stadtrat befand sich in einer extremen Zwickmühle. Die Kompromissvariante dient nach Ansicht des Stadtrates eigentlich niemandem, sie wird dem hohen Nutzungsdruck nur halbwegs gerecht. Dem Sprechenden ist auch wichtig zu betonen, dass die Fakten zum Teil tatsächlich neu sind. Natürlich wurde die Klimadiskussion bereits damals geführt, aber inzwischen wurde auch die Stadtklima-Initiative behandelt und der Gegenvorschlag des Stadtrates angenommen. Das Thema hat dadurch sicher an Kraft gewonnen, es wurden auch Untersuchungen zum Stadtklima und zur Aufwärmung in der Stadt gemacht. Aber nicht das Thema Stadtklima ist im Zusammenhang mit der vorliegenden Interpellation der zentrale Punkt, sondern der Durchgangsbahnhof. 2016, als die Stadt die Vorlage für die Abstimmung zur Inseli-Initiative erarbeitete, haben Stadt und Kanton in Bern noch darum gekämpft, dass der Durchgangsbahnhof überhaupt in die FABI-Vorlage hineingenommen wird. Das war noch nicht gesichert. Erst 2019 fiel dieser Entscheid, und man konnte mit der Planung offiziell beginnen. Natürlich hoffte die Stadt schon vorher darauf, dass das Projekt dereinst umgesetzt würde, aber wann sich dieses Zeitfenster öffnen und wie es mit der Realisation aussehen würde, war noch nicht bekannt. Dieses Zeitfenster ist ganz entscheidend auch für die Beurteilung der Gestaltung des Inseli. Wenn die Stadt die Variante «Grosser Platz» wählen würde, mit welcher die Mäas, wie sie heute ist, fast vollständig möglich wäre, hätte man für die Mäas für zwei Jahre oder, wenn sich der Durchgangsbahnhof verzögert, für ein paar Jahre mehr eine Lösung, aber diese wäre danach für zehn Jahre nicht mehr verfügbar. Bei dieser Unverhältnismässigkeit hat sich der Stadtrat gefragt, ob es sinnvoll ist, wegen zwei Jahren so stark auf die Mäasnutzung abzustützen, die dann während zehn Jahren doch nicht dort stattfinden könnte. Und nach der Realisierung des Durchgangsbahnhofs ist die Situation ohnehin eine andere. Da wäre es z. B. denkbar, dass für die Mäas der Bahnhofplatz Nord, Ost und West kombiniert genutzt werden könnte, dass dann mehr Fläche vorhanden wäre, die für eine solche Nutzung zur Verfügung stünde. Aber das weiss man jetzt noch nicht. Andreas Felder hat kritisiert, der Stadtrat habe zu wenig Vorabklärungen getroffen. Es ist richtig, dass der Stadtrat falsche Einschätzungen und als Folge daraus auch falsche Versprechen gemacht hat. Dem Sprechenden ist es jedoch wichtig zu betonen, dass der Stadtrat nie gelogen hat. Der Sprechende war vollkommen überzeugt, dass die Mäas auch bei einer Annahme der Initiative realisierbar sei, und deshalb bezeichnete er es damals als Falschaussage, die Mäas sei bei Annahme der Initiative gefährdet. Der

Stadtrat hat nie gelogen, er war wirklich überzeugt, die Mäas werde weiterhin auf dem Inseli stattfinden können. Aber er hatte nicht genug Zeit, um alles abzuklären, er musste sich an die Fristen bei der Behandlung einer Initiative halten. Eine Initiative wird vielleicht angenommen, vielleicht abgelehnt. Wenn die Stadt bei solchen Abklärungen immer noch alles einbeziehen wollte, was an Projekten eventuell auch noch einen Bezug dazu hat, würde sie sich selber total lähmen. So könnte sie irgendwann gar nichts mehr realisieren. Sie müsste unter solchen Voraussetzungen z. B. jetzt auch mit der Bahnhofstrasse noch weiter zuwarten, weil dann dereinst beim Theater ein neues Projekt umgesetzt wird. Die Stadt ist ständig im Wandel. Dieser Aspekt war für den Stadtrat wichtig beim Entscheid, den er jetzt kommuniziert hat. Es war unangenehm, diesen Entscheid so zu fällen und zu kommunizieren, und er kratzt an der Glaubwürdigkeit des Stadtrates. Diese Kritik nimmt der Stadtrat entgegen. Irgendwann muss man einfach den Mut haben hinzustehen und einzuräumen, dass es keine Lösung gibt, bei welcher sich alles unter einen Hut bringen lässt. Als Letztes kommt der Sprechende zum Punkt, den Christian Hochstrasser kritisiert hat, dass der Stadtrat keine Alternative kommunizierte. Hätte der Stadtrat schon vor der Medienmitteilung begonnen, einen alternativen Standort für die Mäas zu suchen, so hätte er dabei alle Anspruchsgruppen miteinbeziehen müssen. Und irgendwann wäre publik geworden, dass man nach einem alternativen Standort für die Mäas suche, weil sie nun doch nicht mehr auf dem Inseli durchgeführt werden könne. Das wollte der Stadtrat verhindern, und deshalb kam er zum Schluss, dass er jetzt hinzustehen und kommunizieren müsse. Und er wird nun selbstverständlich Alternativen für die Mäas prüfen, über das hinaus, was er diesbezüglich schon unternommen hat, und dabei werden alle Beteiligten und Betroffenen miteinbezogen. Es wird wohl kaum möglich sein, bis zum Sommer eine Lösung für die Mäas ab 2027 zu finden, aber diese Diskussion wird man jetzt in der Öffentlichkeit führen können.

**Christian Hochstrasser** schliesst sich einer Aussage aus dem Votum von Jules Gut an, die er nachvollziehen kann, nämlich dass man jetzt in die Zukunft schauen muss. Aus den Voten vonseiten der Mitglieder des Stadtrates folgert er, dass der Stadtrat die Stimmung in der Bevölkerung offenbar völlig anders wahrnimmt als die Mehrheit des Grossen Stadtrates. Glaubt der Stadtrat wirklich, dass er eine solche Vorlage, wie er sie in Aussicht stellt, bei der Bevölkerung irgendwie durchbringen könnte, wenn er keine Lösung für die Mäas hat? Dem Sprechenden ist dieser Punkt darum wichtig, weil die G/JG-Fraktion um jeden Preis verhindern will, dass man am Schluss erneut vor einem Scherbenhaufen steht. Der Sprechende möchte das dem Stadtrat als Denkaufgabe mit auf den Weg geben; er ist sehr skeptisch, dass der Stadtrat mit dem Vorgehen, wie er es vorhat, das gewünschte Ziel erreicht.

**Mike Hauser** dankt für die teilweise sehr emotionalen, teilweise schwer verständlichen Statements der letzten paar Minuten. Besten Dank auch für die Statements vonseiten des Stadtrates und die Antwort auf die Interpellation. Auf die Definition von Lüge will der Sprechende nicht eingehen. Was gerade vonseiten des Stadtrates zu hören und in der Antwort auf die Interpellation zu lesen war, erscheint ihm als Schönrederei. Er will auch gleich festhalten, dass das, was er jetzt sagt, nicht mit der Fraktion abgesprochen ist, aber er musste sich, nach allem, was er vorhin hörte, zu Wort melden. Der Stadtrat hat den Gegnern der Initiative vorgeworfen, sie würden Fake News, falsche Infor-

mationen verbreiten, sie würden lügen, um die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Er hat das notabene nicht nur gesagt, sondern auch in Schriftstücken festgehalten. Wenn solche Aussagen gemacht werden, sollten sie einen stichhaltigen Hintergrund haben, der auf Untersuchungen beruht. Das war, wie die Mitglieder des Grossen Stadtrates jetzt gehört und gelesen haben, nicht der Fall. Den Gegnern der Initiative wurde ja unterstellt, dass sie sich mit Unwahrheiten einen Vorteil zu verschaffen versuchten. Vor diesem Hintergrund fragt sich der Sprechende einmal mehr – und das ist auch ein Grund, warum er sich zu Wort gemeldet hat –, warum man sich vehement gegen eine Koordination der vielen grossen Baustellen in der Stadt Luzern wehrt. Geschieht das absichtlich aus dem Grund, dass man machen kann, was man will? Falls sich diese Ansicht in der Politik und in der Bevölkerung breitmacht, sieht der Sprechende für die nächsten Jahre nichts Gutes voraus. Die Projekte, die in den nächsten Jahren wegweisend für die Stadt sind, haben es nicht verdient, dass man sie so angeht, sie haben es auch nicht verdient, mit relativ saloppen Entschuldigungen abgeschmettert zu werden. Wenn das Volk aufgrund von Aussagen des Stadtrates etwas entscheidet, muss es auch vertrauen können, dass der Entscheid so ausgeführt wird.

Eine Bemerkung zu Jules Gut kann sich der Sprechende nicht verkneifen: Wenn die Politiker heute einfach sagen können, was sie wollen, und morgen das Gegenteil davon machen, wäre das der Anfang einer Jekami-Politik. Der Sprechende hofft, dass sich die Stadt Luzern nicht am Anfang dieses Wegs befindet.

**Yannick Gauch** möchte zum Votum von Mike Hauser etwas klarstellen. Er wüsste nicht, dass der Stadtrat im Abstimmungskampf je von Fake News gesprochen hätte, er kann aber dazu stehen, dass die Initiantinnen und Initianten im Abstimmungskampf den Begriff Fake News benützt haben, und zwar aus dem Grund, weil sie sich in ihrer Argumentation auf die Informationen verliessen, die zum damaligen Zeitpunkt vorhanden waren. Diese Informationen lauteten, dass die Mäas weiterhin auf dem Inseli stattfinden könne. Die Gegnerinnen und Gegner der Initiative haben dem widersprochen und behauptet, die Mäas werde nicht mehr dort stattfinden können. Die Initiantinnen und Initianten haben sie daraufhin der Verbreitung von Fake News bezichtigt, denn damals war keine andere Information vorhanden als jene, dass die Mäas weiterhin auf dem Inseli stattfinden können werde. Es waren also die Initiantinnen und Initianten, die von Fake News gesprochen haben, und nicht der Stadtrat.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** kann einen Punkt aus dem Votum von Mike Hauser nicht so stehen lassen. Der Stadtrat will eine Koordination der Baustellen. Der Sprechende weist die Unterstellung zurück, der Stadtrat lasse es darauf hinauslaufen, dass man so machen könne, was man wolle. Wir sind hier im Grossen Stadtrat; Stadtrat und Grosser Stadtrat arbeiten zusammen; es ist nicht das Ziel, dass einer den anderen irgendwie über den Tisch zieht. Aber es ist richtig, dass der Sprechende damals in einem Brief schrieb: «Diese Aussage ist falsch.» Dieser Satz ist aus heutiger Sicht falsch, das gesteht der Sprechende ein. Aber damals war er davon überzeugt, dass der Satz stimmt. Das ist unschön, aber jetzt müssen wir weiterkommen und in die Zukunft schauen. «Gouverner, c'est prévoir», mais c'est parfois difficile, oder eigentlich nicht nur manchmal, sondern immer.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann** schliesst das Traktandum mit dem Hinweis, dass der Grosse Stadtrat ja wieder Gelegenheit haben wird, über das Thema zu sprechen, wenn der B+A zum Inseli vorliegt.

**Die Dringliche Interpellation 159 ist somit erledigt.**

– **Dringliche Interpellation 160, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion vom 27. Januar 2022:  
Service-Portal – wie weiter in der Stadt Luzern?**

**Mirjam Fries** wünscht eine kurze Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

**Mirjam Fries:** Als die Mitte-Fraktion die vorliegende Interpellation einreichte, stand das Projekt der Schuladministrationssoftware Educase auf der Kippe. Mittlerweile hat der Kanton Luzern bekanntlich den Stecker gezogen.

Auch beim Service-Portal häuften sich die Meldungen, dass es Probleme gibt. Auch dieses Projekt ist ins Stocken geraten. Den Medien konnte man entnehmen, dass insbesondere die K5-Gemeinden die Verantwortlichkeiten, Organisationsstruktur, Meilensteine, Resultate und Kosten bemängeln. Darum prüfen sie sogar, ihre Projektbeiträge im Rahmen der paritätischen Finanzierung zwischen Gemeinden und Kanton nur noch auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Für die Mitte-Fraktion ist es darum höchste Zeit, diesen Informationen auf den Grund zu gehen.

Die Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche und offene Antwort auf ihre Interpellation. Die Antworten bestätigen leider, dass es ein grösseres organisatorisches Problem gibt. Es fehlt insbesondere an der übergeordneten Steuerung des Projekts. Die Aufteilung in zwei Projekte – «Digitaler Kanton» und «Digitale Gemeinde» – erschwert die Definition von klaren Verantwortlichkeiten. Aktuell gibt es aus Sicht der Stadt keine Projektplanung mit klaren Meilensteinen über das gesamte Projekt. Das ist sehr ernüchternd und tönt wenig professionell.

Die Mitte-Fraktion wurde definitiv hellhörig bei der Aussage, dass das Projekt «Digitale Gemeinde» für grössere Gemeinden gar nicht den erwünschten Mehrwert bringt. Das sei seit Längerem erkannt, konnte man lesen. Das gestartete Vorhaben verspreche nicht den gewünschten Mehrwert. Wenn das Ziel einer gemeinsamen Plattform mit entsprechenden Synergien weiterverfolgt werden soll, sei ein Marschhalt zwingend.

Es gibt aus Sicht der Mitte-Fraktion – da ist sie mit dem Stadtrat einig – nur eines: Das Projekt muss extern analysiert werden. So will die Mitte-Fraktion nicht weiterfahren. Die Rollen sind klar zu definieren. Für die grösseren Gemeinden ist ein Vorgehen festzulegen, das auch ihre Bedürfnisse berücksichtigt.

Aktuell gibt es gemäss Stadtrat keine weiteren potenziellen Risikoprojekte in der Konstellation Kanton und VLG. Das ist doch schon beruhigend. Die Lehren aus den beiden Projekten Educase und «Digitale Gemeinde» müssen jetzt aber zwingend gezogen werden. Es ist dabei sicher ein Vorteil,

dass sich die Stadt dank ihrem Beitritt in den VLG mit ihrem Know-how direkt einbringen kann. Eines ist klar: Solche Projekte will die Mitte-Fraktion nicht noch einmal sehen.

**Lena Hafen:** Nach der ausführlichen Schelte wegen des Inselis gibt es jetzt vonseiten der SP-Fraktion Lob. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine prompte und sehr deutliche Antwort auf die Interpellation. Es sieht so aus, als würde nach der Schuladministrationssoftware schon das nächste kantonale Softwareprojekt zu einem Problem für die Gemeinden. Die praktisch gleichen Fragen, wie sie die Mitte-Fraktion in der vorliegenden Interpellation stellt, wurden per Dringliche Anfrage auch von der SP-Fraktion an den Regierungsrat gestellt. Die SP-Fraktion hätte sehr gern heute schon auch die ausführlichen Antworten des Kantons gehabt, aber leider wurde die Dringlichkeit im Kantonsrat abgelehnt.

Eigentlich begrüsst es die SP sehr, dass ein solches Service-Portal für Onlinedienstleistungen von den Gemeinden und dem Kanton zusammen aufgebaut wird. Es ist sicher ein Projekt, das unbedingt vorangetrieben werden sollte, weil es der Bevölkerung einen direkten Nutzen bietet. Aber offenbar steckt bereits jetzt der Wurm drin und der Nutzen, den die Stadt Luzern als grösste Gemeinde daraus ziehen wird, ist gemäss der vorliegenden Antwort des Stadtrates sehr fraglich. Der Stadtrat bemängelt gleich einiges: fehlende übergeordnete Strukturen mit negativen Auswirkungen besonders auf den Projektteil «Digitale Gemeinde», fehlende klare Verantwortlichkeiten, unter anderem seien die Rollen von Entscheidungstragenden und Leistungsbeziehenden nicht klar abgegrenzt – darüber konnte man auch in der LZ lesen; es geht um eine Person, die ziemlich viele Hüte trägt und auch hier in der Antwort des Stadtrates mehrfach vorkommt –; fehlende Klarheit über Meilensteine und Projektplanung, fehlende Kommunikation, Unklarheit über den Einsatz der geleisteten Mittel.

Die Kritik der K5-Gemeinden und des Stadtrates in der vorliegenden Antwort ist doch sehr umfassend und beunruhigend. Die SP-Fraktion begrüsst darum das Vorgehen der Stadt, über die K5-Gemeinden proaktiv tätig zu werden, die notwendige Transparenz, eine externe Analyse und die Reorganisation zu fordern und wenn notwendig ihre Beiträge auf ein Sperrkonto zu überweisen. Es ist zwar sehr ärgerlich, dass es so wahrscheinlich zu Verzögerungen kommt, aber die SP-Fraktion will auf keinen Fall mit offenen Augen in den nächsten Hammer laufen. Das Vertrauen in derartige IT-Projekte hat durch das Debakel Educase sehr gelitten, es wäre verheerend, wenn jetzt schon wieder die nächste Pleite folgen würde. Darum waren die Stadt und die anderen unzufriedenen Gemeinden sicher sehr gut beraten, früh einzugreifen, und man darf der Stadt an dieser Stelle ein Lob aussprechen.

Die SP-Fraktion erwartet, dass man, wie es die Stadt tut, wirklich genau hinschaut, wenn es um Interessenkonflikte geht. Es kann nicht sein, dass entscheidungstragende oder in Entscheidungsprozesse involvierte Personen nachher in einer anderen Funktion auch Leistungen erbringen. Es störte die SP-Fraktion auch, dass es vonseiten des Regierungsrates hiess, die Gemeinden seien ja via VLG informiert worden, notabene zu einem Zeitpunkt, zu welchem zumindest die grösste Gemeinde gar noch nicht Mitglied des VLG war. Einmal mehr zeigt sich, dass der VLG offenbar nicht ein unproblematisches Gebilde ist und sich nicht dazu eignet, einziges Sprachrohr und Ansprechpartner für die Gemeinden zu sein. Das Vorgehen und die Kritik der K5-Gemeinden machen das exemplarisch deutlich.

**Heidi Rast:** Die Antwort des Stadtrates ist aufschlussreich und sehr ernüchternd. Die Aussicht, dass man noch meilenweit vom geplanten kantonalen und gemeindeübergreifenden Service-Portal entfernt ist, ist einfach frustrierend. In der Antwort wird deutlich aufgezeigt, wo es hapert. Da fragt man sich dann, was genau dahintersteckt. Aber darauf muss die Sprechende nicht noch weiter eingehen. Erfreulich ist, dass sich der Stadtrat trotz dieser schwierigen Umstände nicht lähmen lässt und selber die Initiative ergriffen hat. Doch dass der Kanton da nicht wirklich den Lead übernimmt und gemeinsam mit den anderen Gemeinden vorwärtsmacht, hinterlässt schon ein grosses Unbehagen. Man fragt sich sogar, ob das ganze geplante Service-Portal überhaupt einmal zu laufen kommen wird. Es ist gut, wenn die Stadt da genau hinschaut und auch entsprechend handelt.

**Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub** erklärt zuerst, warum sie vonseiten des Stadtrates zu diesem Thema spricht. Der Hinweis findet sich auch in der Antwort auf die Frage 6: Konkret ist die Abteilung Digital mit ihrem Chief Digital Officer (CDO) Stefan Metzger beim Stadtpräsidium angesiedelt, aber im Mai letzten Jahres wurde die Sprechende angefragt, ob sie für das stadtinterne Projekt Service-Portal die Rolle als Auftraggeberin übernehmen würde. Das zeigt, dass die Digitalisierung eine übergreifende Querschnittsmaterie ist. Umso wichtiger ist es, die Rollen und Zuständigkeiten klar festzulegen. Das erreichen die Direktionen mittels einer guten Kommunikation.

Zum Thema der Interpellation muss die Sprechende wohl nicht mehr viel ausführen. Die Erkenntnis ist das eine; im Moment ist ein Stück weit eine Hilflosigkeit vorhanden, wie man weiterfahren soll. Beim Kanton sind zwei Vorstösse pendent, die Sprechende ist gespannt, was die Antworten dazu ergeben werden. Vermutlich werden sie sich auf das Teilprojekt «Digitaler Kanton» konzentrieren, bei welchem der Kanton selber bestimmen kann, wie es weiterläuft. Der Kanton hat jetzt auch eine Reorganisation des ganzen Bereichs E-Government und die diesbezügliche Zusammenarbeit mit dem VLG und den Gemeinden in Angriff genommen. Die Sprechende wird dort künftig in der politischen Steuerung mitarbeiten.

Beim VLG läuft das Assessment, die unabhängige Beurteilung. Im Nachgang zur Geschichte mit der Schuladministrationssoftware sieht auch der VLG, dass diese Verzögerung zwar ärgerlich ist und auch Geld kostet, aber dass man wahrscheinlich nicht darum herunkommt, eine unabhängige Sicht auf das Ganze gewinnen zu müssen. Die Stadt ist offen für diese Beurteilung; der Stadtrat muss sich da, wie bei anderen Geschäften auch, auf die Fachleute verlassen, die näher in die Materie hineinsehen und eine Systemarchitektur beurteilen können. Darum ist die Stadt froh, dass der VLG bereit ist, ein solches unabhängiges Assessment in Auftrag zu geben.

Bei den K5-Gemeinden gibt es verschiedene Handlungsfelder; die Sprechende leitet z. B. den Bereich K5-Finzen. Solche Bereiche gibt es auch für die Bildung, Mobilität usw. Bei den Diskussionen im letzten halben Jahr wurde festgestellt, dass der Bereich Digitales in den K5-Gemeinden sehr unterschiedlich angesiedelt ist. In der Stadt gehören die Zentralen Informatikdienste mit Hardware und Software zur Finanzdirektion, aber diese machen eben nicht den Bereich Digitales aus. Die K5-Gemeinden haben jetzt ein neues Handlungsfeld Digital geschaffen und die strategisch zuständigen Personen definiert. In Bezug auf das Service-Portal sind zwar die Lösungen noch nicht gefunden, aber immerhin ist eine gewisse Erkenntnis vorhanden und es gibt ein neues Set-up. Die Sprechende wird die GKP auf dem Laufenden halten.

**Die Dringliche Interpellation 160 ist somit erledigt.**



**Fortsetzung der Detailberatung des B+A 22/2021: «Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern», ab Seite 122:**

*Rückkommen*

*Seite 82 f. 6.8.1 Langfristige Zielsetzungen*

**Nico van der Heiden** kommt auf eine **Protokollbemerkung** zurück, die an der letzten Ratssitzung überwiesen wurde (Protokollbemerkung 2):

**Auch stadteigene Liegenschaften im Finanzvermögen werden bis 2035 auf Wärmeversorgung mit 100 Prozent erneuerbare Energie umgestellt.**

Es gibt dazu noch eine Pendenz. Grossmehrheitlich war sich das Parlament einig, dass die Stadt auch bei den Liegenschaften im Finanzvermögen eine Vorbildrolle einnehmen soll und dass man diese Liegenschaften energetisch auf den neusten Stand bringen will. Gestern Abend, etwas spät, verschickte der Stadtrat ein E-Mail – nicht einen Stadtratsbeschluss – zu diesem Thema, wofür er sich bedankt. Der Sprechende ist aber nicht ganz sicher, ob er die Antwort des Stadtrates richtig verstanden hat. Der Sprechende hätte gesagt, wenn das Parlament das möchte, bräuchte es einen Sonderkredit von 5,16 Mio. Franken. Im erwähnten E-Mail sind aber zwei Zahlen aufgeführt, weshalb er froh um eine kurze Erläuterung ist. Falls er recht hätte, würde er den **Antrag** stellen, Ziffer II im Beschlusstext um den Punkt 8 mit folgendem Wortlaut zu ergänzen:

**Für die erforderlichen Personalmittel für die Umsetzung der Klima- und Energiestrategie im Finanzvermögen, wird ein Sonderkredit von 5,16 Mio. Franken gesprochen.**

Es wäre sinnvoll, das gleich unter diesem Kapitel zu bereinigen. Im Beschlusstext hat das Parlament dann genug andere Sorgen, meint der Sprechende.

**Baudirektorin Manuela Jost** dankt für die Rückfrage. Vielleicht wurde am Schluss des E-Mails das Fazit nicht deutlich gezogen. Damit die Massnahme bereits bis im Jahr 2035 umgesetzt werden kann, braucht es zusätzliche Mittel und Stellenprozente. Es wurde versucht, innert kurzer Zeit zusammenzustellen, was das finanziell bedeuten würde. Die im E-Mail erwähnten 1,72 Mio. Franken sind auf die Beschleunigung zurückzuführen. Was es aber als Gesamtes braucht, sind die 5,16 Mio. Franken bis 2034. Eine Finanzliegenschaft ist eine Anlage. Die Kompetenz für die Bewilligung von zusätzlichen Mitteln zur Sanierung von Finanzliegenschaften ergibt sich aus Art. 65 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern. Die Entscheidbefugnis dafür liegt ausschliesslich bei der Finanzdirektion. In dem Sinn kann das Parlament die zusätzlichen Mittel für den Sonderkredit gar nicht bewilligen. Das hat man als Fazit vielleicht vergessen im E-Mail zu schreiben. Aber in dem Sinn braucht es den zusätzlichen Beschluss nicht.

**Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub:** Es ist tatsächlich eine weitere Querschnittmaterie und die Antwort war nicht ganz einfach. Seit der letzten Ratssitzung probierte man intern die Fragestellung zu lösen. Das ist mit ein Grund, weshalb es dazu noch keinen klaren Stadtratsbeschluss gibt, sondern einfach mal eine Information. Was die Sprechende sagen kann: Der Auftrag ist verstanden. Das Ziel ist ganz klar, bis 2035 sollen auch die Immobilien im Finanzvermögen energetisch saniert sein, den Vorgaben entsprechend. Der Stadtrat kann hinter all dem stehen. Für die Immobilien gibt es zwei Globalbudgets. Eines für die Immobilien im Verwaltungsvermögen und eines für

die Immobilien im Finanzvermögen. Die Leute arbeiten alle in der Baudirektion. Die Zuständigkeit für die Finanzimmobilien ist aber bei der Finanzdirektion. Bei der letzten Reorganisation 2017 wollte man das einmal ändern, das Parlament fand das aber keine gute Idee. Die Immobilien im Finanz- und Verwaltungsvermögen folgen unterschiedlichen Regeln. Sie werden unterschiedlich bewertet. Diejenigen im Verwaltungsvermögen laufen über die Investitionsrechnung, die Immobilien im Finanzvermögen sind Anlagen. Dort könnte man zusätzlichen Personalaufwand aktivieren. Wie im E-Mail geschrieben, geht der Stadtrat davon aus, Wertberichtigungen machen zu müssen. Die Rendite wird sicher reduziert. Aber trotzdem müssen Finanzliegenschaften immer noch eine Rendite abwerfen. Die Frage stellt sich zu den personellen Mitteln, da beide ein Globalbudget haben: Würden wir die Mittel mit einer Ausgabe erhöhen mittels Sonderkredits, damit man das zusätzliche Personal einstellen kann, oder machen wir das wie in anderen Bereichen, dass die Projektmitarbeitenden sozusagen für die Projekte/Objekte arbeiten und die Löhne auf den Objekten aktiviert werden? Der Stadtrat ist sich noch nicht sicher, wie er es machen will. Wenn man es mit einer Ausgabe machen würde, gäbe es einen separaten Beschluss. Dann könnte man zuerst eine Auslegeordnung (Prioritäten, Zeithorizont) von den vielen Finanzliegenschaften machen, man würde das Ausmass sehen und könnte aufzeigen, wie man das angehen möchte. Aber voraussichtlich wird man es eher nach der Finanzanlagemethode machen, weil es dann nicht über die Investitionsrechnung läuft. Weil der gesamte Bereich in der Baudirektion personell wachsen wird und die Leute vom Verwaltungsvermögen aufgrund der wachsenden Aufgaben weniger Ressourcen für die Bewirtschaftung der Finanzliegenschaften haben werden, um die bisherigen Synergien nutzen zu können, hat das fast einen kleinen, zusätzlichen Reorganisationscharakter. Das ist der Hintergrund. Aber der Auftrag ist verstanden.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Das Thema wurde in der Kommission ausführlich diskutiert. Was etwas Verwirrung stiftete, war der Stadtratsbeschluss 23. Darin steht ausdrücklich: «Für die Umsetzung der Protokollbemerkung 2 wären ab 1. Januar 2023 bis Ende 2031 zusätzlich 460 Stellenprozent erforderlich. Deren Bewilligung fällt in die Kompetenz des Grossen Stadtrates». Das war die Information, bis Stand heute. Deshalb stellte Nico van der Heiden folgerichtig den Antrag, und so wurde es in der Baukommission auch diskutiert. Jetzt hört man heute, dass das offenbar nicht nötig ist, was auch in Ordnung ist. Die Kommissionsmitglieder stützten sich aber auf die Informationen aus dem Stadtratsbeschluss 23. Dort lauteten diese anders.

**Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub:** Es ist richtig, der Stadtratsbeschluss bezieht sich auf überwiesene Protokollbemerkungen aus der Kommission. Der Stadtrat gibt jeweils seine Haltung ab, ob er mit der jeweiligen Protokollbemerkung einverstanden ist oder ob er opponiert. Zu der besagten Protokollbemerkung 2 gab es selbstverständlich eine Begründung. Die Sprechende betont, dass es die zusätzlichen Stellen braucht. Aber es ist tatsächlich so, dass der Stadtrat in der kurzen Zeit, in der auch er eine Materie aufarbeiten muss, die Frage, ob man es über einen Sonderkredit macht oder aktiviert, noch nicht klären konnte. Es sind immer noch beide Wege offen. Aber das muss jetzt nicht in diesem Bericht und Antrag sein.

**Stefan Sägesser:** Die zweite Erläuterung von Stadträtin Bitzi hat seine Frage gerade vorweggenommen. Er meint zu spüren, dass man sich zwischen den Direktionen noch nicht ganz einig ist,

wie man es tatsächlich machen will. Das würde heissen – davon geht der Sprechende aus –, dass die Baukommission beispielsweise in absehbarer Zeit nochmals eine Rückmeldung erhält, wie das Vorgehen sein könnte, oder dass die Information mit dem nächsten Stadtratsbeschluss kommt.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Der Stadtrat kann die Information der Baukommission zukommen lassen. Er versteht, dass eine Verwirrung bestand mit dem ersten Stadtratsbeschluss. Wenn man etwas aufgrund der Kommissionsberatung sehr schnell bearbeiten muss, kann es manchmal noch nicht in der gewünschten Tiefe gemacht werden. Jetzt, wo der Stadtrat nochmals Gelegenheit dazu hatte, schaute die Baudirektion das genau an und brach es auf quasi jedes Objekt herunter. So stellte man fest – und das trägt vielleicht auch zur Verwirrung bei –, dass es sowieso mehr Ressourcen für die energetische Sanierung der Finanzliegenschaften braucht. Um zu beschleunigen, braucht es zirka 1,72 Mio. Franken. Das ist ungefähr ein Drittel.

**Nico van der Heiden:** Mit einem gewissen Stolz, so behauptet er jetzt einfach mal, hat er die Ausführungen von Finanzdirektorin Bitzi verstanden und er dankt dafür. Ohne Rücksprache mit der Fraktion geht er davon aus, dass beide Wege für die SP-Fraktion denkbar sind. Man ist sich über das Ziel einig, man landet dort. Nun möchte er nur noch den Wunsch mitgeben, dass man das zeitnah klärt. Der eine Weg führt wahrscheinlich zu einem Bericht und Antrag ans Parlament, der andere nicht. **Insofern zieht der Sprechende seinen Antrag offiziell zurück.**

*Seite 122 M02 Reduktion öffentliches Parkplatzangebot*

**Nico van der Heiden:** Die SP-Fraktion beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Die Stadt Luzern bringt ihre Beteiligungen an Parkhäusern in Einklang mit der städtischen Klimastrategie.**

Der Sprechende nimmt an, dass man ihm nachher vorwerfen wird, er schlage damit vor, dass die Stadt alle ihre Beteiligungen an Parkhäusern abtossen soll. Das ist aber nicht die Forderung dieser Protokollbemerkung. Er war einfach überrascht, in diesem Bericht und Antrag nichts zu diesem Thema zu finden. Er findet, dass die Beteiligung an Parkhäusern – genauso wie die Beteiligung an der städtischen Pensionskasse, der Viva Luzern AG, der ewl – eine Sache ist, die zu einer Klimastrategie gehört. Es ist letzten Endes eine Anlagestrategie, ein Anlageentscheid der Stadt Luzern, dass sie sich mit ihrem Finanzvermögen zu einem Teil an Parkhäusern beteiligt. Luzern ist nicht die einzige Stadt in der Schweiz, die das macht. Aber es gibt sehr viele Städte, die ganz explizit auf so ein Finanzengagement verzichten. Ob das sinnvoll ist oder nicht, sollte man einmal überprüfen, findet Nico van der Heiden. Vielleicht macht es Sinn, sich auf weniger Parkhäuser zu beschränken, dort allenfalls stärker zu investieren. Der Sprechende möchte das dem Stadtrat als Prüfauftrag mitgeben.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission ebenfalls diskutiert und mit 5 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

### **Die Protokollbemerkung der SP-Fraktion**

**Die Stadt Luzern bringt ihre Beteiligungen an Parkhäusern in Einklang mit der städtischen Klimastrategie.**

**wird überwiesen.**

*Seite 123 f. M03 Reduktion privates Parkplatzangebot*

### **Baukommissionspräsident Rieska Dommann beantragt folgende Protokollbemerkung:**

**Es werden Möglichkeiten geprüft, Liegenschaftsbesitzende mit im Vergleich zur heutigen Bewilligungspraxis bei Neubauten zu hoher Parkplatzanzahl von einer Anpassung zu überzeugen, beispielsweise durch Anreize oder Information.**

Die Baukommission stellt sich mit dieser Protokollbemerkung gegen den Vorschlag des Stadtrates, der gesetzliche Vorschriften erlassen möchte, um altrechtlich bewilligte Parkplätze abbauen zu können. Die Protokollbemerkung wurde mit 8 : 3 : 0 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

**Lukas Bäurle:** Wir haben es gehört: Die Diskussion in der Kommission war sehr intensiv. Es ging um Eigentumsgarantie, Bestandesgarantie – da will man nichts einschränken. Aber: Es gibt auch noch verfassungsmässig garantierte Freiheitsrechte bei uns in der Bundesverfassung. Diese werden eingeschränkt, wenn wir ungenügenden Klimaschutz betreiben. Das sagt nicht der Sprechende, das sagt das deutsche Bundesverfassungsgericht und stuft das deutsche Klimaschutzgesetz zum Teil als verfassungswidrig ein. Warum? Weil es zu wenig griffig ist und das Löschen des brennenden Hauses auf später verschiebt. Was ist uns wichtiger? Freiheitsrechte von kommenden Generationen oder Eigentumsrechte der abtretenden oder derzeitigen? Wir haben jetzt lange zugehört, ob es die freiwillige Feuerwehr oder anders gesagt die eigenverantwortliche Feuerwehr richtet. Viel länger will die G/JG-Fraktion nicht mehr zuschauen. Trotzdem schaut sie noch zu – und bietet Hand zu einer tragfähigen Lösung, die heisst: Anreize statt Vorschriften. Das ist doch das Minimum: Eigentümerschaften sensibilisieren, nett fragen, Briefe schreiben. Der Sprechende bittet die Ratsmitglieder, das weiterhin mitzutragen.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion beantragt, die Protokollbemerkung zu streichen. Das Parkplatzreglement wurde letztes Jahr überarbeitet. Das Volk will keine neuen, strengeren Vorgaben. Bereits heute werden Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, systematisch aus dieser Stadt vertrieben, indem man ihnen verunmöglicht, ein Fahrzeug zu besitzen beziehungsweise parkieren zu können. Die SVP-Fraktion will, dass die Stadt für alle Personen attraktiv bleibt und beantragt deshalb die Streichung der Protokollbemerkung. Da muss erwähnt sein, dass es sich wieder um eine rein ideologische Massnahme handeln würde, die keine Auswirkung auf das Klima hätte. Deshalb gehört sie aus Sicht der Fraktion nicht in diesen Bericht und Antrag.

**Jona Studhalter:** Es ist ein weiteres Beispiel, dass das Parlament das Fuder ablädt, dass es wieder Massnahmen streicht. Man hat heute viel über Lernkurven gesprochen. Der Sprechende

möchte der SVP-Fraktion auf den Weg geben, dass sie bei ihrer Lernkurve, dass Autos auch in Zukunft nicht CO<sub>2</sub>-neutral betrieben beziehungsweise hergestellt werden, nochmals einen Gang zulegen sollte.

**Roger Sonderegger:** In der Wertvorstellung der Mitte-Fraktion hat der Artikel in der Bundesverfassung einen sehr hohen Stellenwert. Ein wichtiger Teil des Wohlstands in der Schweiz gründet darauf, dass man sich darauf verlassen kann, dass einem das Eigentum auch tatsächlich langfristig zugesichert ist. In diesem Fall hat man es mit Parkplätzen zu tun. Aber im Grossen ist das eine grosse Errungenschaft in unserem Staat; das Eigentum ist garantiert. Deshalb ist es der Fraktion auch sehr wichtig, dass diese Garantie nicht angekratzt wird. Der Baukommissionspräsident sagte, es sei eine Art ein Gegenantrag von der Baukommission zur Massnahme M03. Falls die Protokollbemerkung der Baukommission nicht überwiesen wird – das hält der Sprechende ausdrücklich fest –, möchte die Mitte-Fraktion über M03 sprechen. Diese Massnahme ist in ihrer Vorstellung nicht in Einklang mit der Eigentumsgarantie zu bringen. Die Parkplätze, über die wir hier diskutieren, wurden einmal als Baubewilligungsbestandteil vom Staat gesprochen. Derselbe Staat kann später nicht kommen und locker sagen, man rede wieder einmal über die Parkplätze, die er bewilligt hat. Die überwiegende Mehrheit der Mitte-Fraktion sieht die Massnahme M03 und auch das, was aus der Baukommission gekommen ist, genau aus diesen Überlegungen kritisch. Das aufsuchende Coaching wurde heute schon angesprochen. In der Beurteilung der Mitte-Fraktion ist das aufsuchende Coaching eine relativ ineffiziente Massnahme. Dass man auf Liegenschaftsbesitzer zugeht und sie versucht dazu zu gewinnen, bestehende Parkplätze abzubauen, wird in wenigen Fällen erfolgreich sein; in ganz vielen Fällen wird das nicht erfolgreich sein. Eine kleine Minderheit der Fraktion behauptet, es gäbe Möglichkeiten, z. B. bei grossen Sanierungen, wenn man sowieso im Prozess mit einer Bauherrschaft ist, dass man in Form einer Beratung auf das hinweisen kann. Die Protokollbemerkung kann verschieden interpretiert werden. Es heisst, «es werden Möglichkeiten geprüft» und weiter unten heisst es «zu überzeugen, [...] durch Anreize oder Information». Man kann die Protokollbemerkung relativ harmlos verstehen oder man kann sie relativ griffig verstehen. Die grosse Mehrheit der Mitte-Fraktion lehnt sie ab.

**Andreas Moser:** Auch die FDP-Fraktion ist sehr kritisch gegenüber der Protokollbemerkung der Baukommission und setzt sogar noch eins drauf, indem sie die in der Kommission abgelehnte **Protokollbemerkung** nochmals bringt:

**Auf die Umsetzung der Massnahme M03 wird verzichtet.**

Die Begründung dazu ist eine ähnliche wie die, die zwei Vorredner bereits erwähnt haben: Die Massnahme M03 greift zu stark in die Eigentumsrechte von altrechtlichen Parkplätzen ein. Das kann die FDP-Fraktion nicht unterstützen.

**Simon Roth** geht auf die nun mehrmals genannten Eigentumsrechte ein. Natürlich sind diese in der Bundesverfassung hoch gewichtet, aber sie sind nicht absolut gewichtet. Wie viele aneinanderhängende Strassenstücke hätten wir, wenn wir für Strassenbauten nicht Land hätten enteignen

können? Man hätte vielleicht 100 Meter fahren können und dann wäre die Strasse wieder fertig gewesen. Zu diesem Zweck musste ständig enteignet werden. Ist der Zweck genug wichtig, ist das möglich. Klimaschutz sollte diese Möglichkeit nicht ganz ausschliessen.

**Fabian Reinhard:** Die FDP-Fraktion sprach heute Morgen die Reglementsanpassung an. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Borgula nahm es dann noch locker und sagte, es gehe dabei gar nicht um das Reglement. Bei der Massnahme M03 geht es aber um das Reglement. Mit M03 will man eine Reglementsrevision von genau dem Reglement anstossen, über das vor weniger als einem Jahr abgestimmt wurde. Inhaltlich kann man über Eigentumsrecht und Besitzstandsgarantie argumentieren; das ist die eine Argumentation. Die andere Argumentation, auch mit einem höheren Rechtsprinzip, ist die Rechtssicherheit. Wir können nicht all Jahr oder all halb Jahr über Reglemente abstimmen. Wenn man einmal über ein Reglement abgestimmt hat, dann gilt das für 10 Jahre. Wohl steht nirgends drin, dass es für 10 Jahre gelte. Aber wenn sich nicht etwas ganz Grundsätzliches ändert, dann gilt es einfach mal für eine gewisse Zeit und man kann es nicht gleich wieder anpassen. Das hat man als Stadtrat zu akzeptieren, das hat man auch als Parlament zu akzeptieren. Wir können wieder über das Reglement abstimmen, das ist logisch und das sagte Fabian Reinhard bereits am Vormittag – etwa im Jahr 2031.

**Stefan Sägesser:** Für die GLP-Fraktion geht die Massnahme M03, so wie sie im Bericht und Antrag steht, per se nicht. Aber die Protokollbemerkung der Baukommission und so wie die Diskussionen dazu stattgefunden haben, wären für die GLP-Fraktion in Ordnung. Die Protokollbemerkung ist dafür gedacht, dass wenn gemäss heutigem Parkplatzreglement in einem bestimmten Perimeter zu viele Parkplätze bestehen, könnte man mit den Leuten, die dort neu bauen oder etwas machen, das Gespräch suchen, um zu sagen, dass das sonst am Schluss nicht aufgeht. Gemäss Roger Sonderegger ginge die GLP-Fraktion also von der harmlosen Variante aus. Die GLP-Fraktion stimmt der Protokollbemerkung der Baukommission unter diesem Aspekt zu. Alles andere wird sich im Verlauf der Diskussion zeigen.

**Marco Baumann:** Vor dem Mittag war das konstruktive Referendum wegen des Parkplatzkompromisses ein Thema. Nach dem Mittag sprach man hier über Glaubwürdigkeit. Jetzt sind wir bei einem Reglement, über das mit einem konstruktiven Referendum abgestimmt wurde. Im Abstimmungskampf wurde gesagt, dass die Bestandesgarantie gilt: Private Parkplätze seien nicht betroffen. Dieses Argument hörte der Sprechende sehr häufig von den Befürwortern der Vorlage. Nun schlägt der Stadtrat eine Massnahme (M03) vor, die die Bestandesgarantie aufweichen will. Mit genau solchen Massnahmen verspielt man die Glaubwürdigkeit. Bereits bei der Massnahme M02 war das der Fall: Den KMU und dem Gewerbe hat man mehr öffentliche Parkplätze versprochen und nun soll die Hälfte abgebaut werden. Der Sprechende appelliert an die Ratsmitglieder und bittet sie, die Vorlage nicht zu überladen. Diese würde sonst bachab geschickt, auch wenn die GLP-Fraktion gemäss vorherigem Votum in dieser Beziehung sehr optimistisch ist.

**Nico van der Heiden** scheint es etwas ein Sturm im Wasserglas zu sein. Wahrscheinlich sind sich im Rat alle einig, dass die Massnahme M03 gestrichen werden soll; sie macht keinen Sinn. Sie ist rechtlich nicht umsetzbar, es lohnt sich nicht, in diese Energie zu investieren. Die SP-Fraktion hätte

diese Massnahme gerne gehabt, aber es geht nicht. Von daher sieht der Sprechende die Aufregung in dieser Diskussion nicht. Die Protokollbemerkung der Baukommission, welche das Resultat zäher Verhandlungen ist, betrachtet der Sprechende als relativ harmlos. Es hat sehr viele harmlose Wörter drin. Nico van der Heiden stellte sich die Umsetzbarkeit dieser Protokollbemerkung ehrlicherweise ganz banal vor. Doch manchmal, so sagt er selbstkritisch, stellt er sich Sachen banal vor, die dann schwieriger umsetzbar sind. Aber er hat das Beispiel der beschlossenen Entsiegelungsstrategie vor Augen, bei der pragmatisch gesagt wird, dass jeder Quadratmeter, der entsiegelt wird, mit einem Frankenbetrag vergütet wird. So banal stellt es sich Nico van der Heiden auch vor, wenn eine Baugenossenschaft eine Totalsanierung macht und sagt, sie benötige die halbe Tiefgarage nicht mehr. Dann würde pro Parkplatz, der aufgehoben wird, von der Stadt ein Frankenbetrag ausbezahlt. Vielleicht ist das nicht ganz so einfach handhabbar, aber in seiner Logik wäre das ein Anreiz, um den Leuten zu sagen, dass sie bei einer Totalsanierung auf einen Teil der Parkplätze, die sie vielleicht sowieso nicht mehr brauchen oder leer stehen würden, verzichten. Der Sprechende bittet, der Protokollbemerkung der Baukommission zuzustimmen. Es ist ein Auftrag an den Stadtrat, eine Alternative zu prüfen. So wie der Stadtrat M03 ursprünglich andachte, ist es tatsächlich nicht möglich. Mit der Diskussion über die politische Glaubwürdigkeit ist er einverstanden. Aber bei der Diskussion zur Bestandesgarantie – der Sprechende ist kein Jurist – meint er, dass die Gesetze eine solche nicht per se haben. Eine Bestandesgarantie gibt es bei der BZO bezüglich Festlegung der Zonen. Auf nationaler Ebene gibt es sehr viele Gesetze, die jedes Jahr revidiert und wieder angepasst werden. Es ist nicht per se so, dass wenn man ein Gesetz macht – sei das auf kommunaler, kantonaler oder eidgenössischer Ebene –, dieses dann 10 Jahre lang nicht mehr anfassen darf. Das hat auch nichts damit zu tun, ob dies das Volk, das Parlament oder bei einer Verordnung allenfalls sogar die Exekutive beschlossen hat.

**Christian Hochstrasser:** Was ist das für eine Show! Wir wissen alle ganz genau, dass wir die Massnahme M03 gemeinsam streichen. Fabian Reinhard wies richtigerweise darauf hin, dass es demokratisch keine saubere Sache ist, wenn man eine Abstimmung, die stattgefunden hat, quasi kurz darauf negiert. Bei M03 stimmt der Vorwurf. Bei M02, die vor dem Mittag behandelt wurde, stimmte es überhaupt nicht. Aber man kann es natürlich auch in diesem Zusammenhang sagen. Die Bürgerlichen werfen den Linken hier vor, sie würden das Fuder überladen, sie würden eine schlechte Vorlage machen, im Wissen, dass die linke Ratshälfte bei diesem Punkt schon lange eingelenkt hat. Sie ist schon lange bereit, auf das einzugehen und die Massnahme M03 aus der Vorlage herauszunehmen. Hier findet jetzt aber eine Grundsatzdiskussion über die Eigentumsgarantie statt. In dem Zusammenhang scheint es dem Sprechenden als Miteigentümer oder als Mitgenossenschaftler dieser Welt schon auch wichtig, unser Vermögen in die Zukunft zu retten. Aber beim Thema M03, das sowieso gestrichen wird, ist das irgendwie völlig absurd.

**Marco Baumann** dankt für die Klärung. Vielleicht liegt es daran, dass das Vertrauen etwas gelitten hat? Aber es ist so, es liegt ein Bericht und Antrag vor, in dem das klar drinsteht. Protokollbemerkungen sind Prüfaufträge, dem muss man sich bewusst sein. Solange wir das nicht klar als Parlament ausdrücken, wird das im Raum stehen bleiben. Sonst hätte es diese Massnahme gar nicht in den Bericht und Antrag geschafft. Der Sprechende ist froh, dass die SP- wie die G/JG-Fraktion die Haltung bezüglich M03 teilen. Deshalb ist es für die FDP-Fraktion in Ordnung, wenn man nun die

Massnahme M03 streicht. Falls es eine Gegenüberstellung der beiden Protokollbemerkungen gibt, macht man es auf diesem Weg, falls nicht, kann das Parlament der Protokollbemerkung der FDP-Fraktion zustimmen.

**Jona Studhalter** bittet Marco Baumann, sich mit Rieska Dommann von seiner Fraktion besser auszutauschen. Vielleicht sollte das Postulat 124 fraktionsintern umgesetzt werden. Die Protokollbemerkung ist als Gegenvorschlag der Kommission gemeint. Das sagte der Präsident so und das war die Diskussion. Der Sprechende bittet, wenn sie schon nicht zuzuhören scheinen, die ganze Sache nicht herauszuschieben.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Der Stadtrat wollte mit der Massnahme M03, die notabene unter Umständen sehr viel Auswirkung aufs Klima hat, zuerst prüfen, ob sie rechtlich möglich ist. Der Stadtrat ist sich darin noch nicht sicher. Wenn man auf diesen Weg gegangen wäre, hätte man mit grosser Wahrscheinlichkeit eine lange Übergangsfrist eingeräumt, um nicht zu stark in die Eigentumsrechte eingreifen zu müssen. Das hätte der Stadtrat bei M03 als ersten Schritt gemacht. Der zweite Schritt wäre dann die Umsetzung gewesen, falls es sich gezeigt hätte, dass es möglich ist. Die Protokollbemerkung der Baukommission ist ein guter Kompromiss, man geht etwas von der Forderung zurück, aber der Stadtrat ist damit einverstanden. Zu Marco Baumanns Äusserung, dass man in der Abstimmung gesagt habe, es gehe nicht um private Parkplätze, meint der Sprechende, dass es beim Parkplatzreglement immer auch um private Parkplätze ging. Man stimmte über diejenigen Parkplätze ab, die neu oder bei einer Totalsanierung erstellt werden. Die Massnahme M02, die am Vormittag behandelt wurde, hat nichts mit der letzten Abstimmung zum Parkplatzreglement zu tun. Die Massnahme M03 hingegen, die nun diskutiert wird, schon. Eines ist noch wichtig zu sagen: Man kann immer die Glaubwürdigkeitsfrage ins Spiel bringen. Mit dem Inseli öffnete sich in diesem Hinblick durchaus eine öffentliche Diskussion. Aber im Moment hat Stadtrat Adrian Borgula den Eindruck, dass ein systematischer Vorwurf geschürt wird. Das gefällt ihm nicht. Der Stadtrat versucht immer gut mit dem Parlament zusammenzuarbeiten und die Bevölkerung wahrzunehmen. Es kann aber einmal einen Fall geben wie jetzt beispielsweise beim Inseli. Dann muss man das kommunizieren, offenlegen und in der Öffentlichkeit ansprechen können. Ein letzter Punkt betrifft eine Aussage von Thomas Gfeller: Dieser sagte, es gäbe eine systematische Vertreibung von Leuten, die ein Auto hätten. Dieser Vorwurf geht dem Sprechenden bei 51'300 privaten Parkierungsmöglichkeiten, bei 44 Prozent der Haushalte ohne Auto, bei 43'000 immatrikulierten Autos in der Stadt nicht auf. Er hat nicht den Eindruck, dass sich die Stadt entleeren würde, wenn man vielleicht irgendeinmal die altrechtlichen Bestimmungen auf die neurechtlichen Bestimmungen anpassen würde, zu denen die Bevölkerung immerhin Ja sagte. Die Bevölkerung stimmte zu, dass es in Zukunft bei frischen Parkplätzen die festgelegten neuen Bemessungskriterien gibt. Wenn man diese Bemessungskriterien auf die altrechtlichen Bestände anwenden würde, würden nach Einschätzung des Stadtrates rund 8'000 Parkplätze weniger zur Verfügung stehen. Aber der Kompromiss aus der Baukommission ist gut und der Stadtrat akzeptiert diesen. Ob man die Massnahme M03 hätte umsetzen können, weiss man zum heutigen Zeitpunkt nicht.



**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die **Protokollbemerkung** der FDP-Fraktion

**Auf die Umsetzung der Massnahme M03 wird verzichtet.**

wurde in der Baukommission behandelt und mit 4 : 6 : 1 Stimmen abgelehnt.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann:** In der Protokollbemerkung der Baukommission wie auch in derjenigen der FDP-Fraktion geht es thematisch um dasselbe, es geht um die Reduktion des privaten Parkplatzangebots. Sie schlägt vor, zuerst die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion zur Abstimmung zu bringen.

**Jona Studhalter:** Die beiden Protokollbemerkungen schliessen sich nicht aus. Es ist ein Gegenvorschlag. Man kann beide annehmen oder beide ablehnen. Aber am Schluss ist es dasselbe.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann:** Wenn auf die Umsetzung der Massnahme M03 verzichtet wird, kann darin nicht noch eine überwiesene Protokollbemerkung vorkommen. Das schliesst sich aus. Nichts und nichts ist nichts.

**Nico van der Heiden** hat das seiner Fraktion zumindest auch anders erzählt. In seinen Augen nimmt man die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion über M03, so wie der Stadtrat sie vorschlägt, an oder man lehnt sie ab. Die Protokollbemerkung der Baukommission schlägt eine neue Massnahme vor. Deshalb ist seine Interpretation und die seiner Fraktion, dass diese zwei Protokollbemerkungen einander nicht ausschliessen und dass man sie deshalb separat zur Abstimmung bringen sollte. Man kann auch das vorgeschlagene Vorgehen der Ratspräsidentin wählen. In dem Fall könnte die SP-Fraktion der FDP-Protokollbemerkung aber nicht zustimmen, obwohl sie M03, so wie der Stadtrat sie vorschlägt, als nicht umsetzbar sieht. Die SP-Fraktion will aber die Protokollbemerkung der Kommission umsetzen. Das Vorgehen der Ratspräsidentin würde die Fraktion in eine etwas blöde Situation führen.

**Stefan Sägesser:** Es ist nicht ganz unheikel, darüber zu sprechen, weil man in der Baukommission darüber gesprochen hat. Die Kommission wollte die Massnahme nicht an sich abschaffen, aber sie machte einen Kompromissvorschlag. Im Stadtratsbeschluss steht, dass der Kompromissvorschlag so verstanden wird, dass die Massnahme nicht so umgesetzt werden soll, wie im Bericht und Antrag vorgeschlagen, sondern dass an ihrer Stelle die Protokollbemerkung der Kommission zum Zug kommen soll. Wenn man keine Massnahme mehr hat, kann man auch keine Protokollbemerkung hinzufügen und dann gibt es auch nichts mehr zu prüfen.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann** bittet Andreas Moser zu erläutern, wie die FDP-Fraktion zu M03 steht.

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion will die Massnahme M03 entfernt haben.

**Roger Sonderegger** macht der Ratsdebatte zuliebe einen Vorschlag: Er glaubt zu meinen, dass die Protokollbemerkung der Baukommission, die ein Gegenvorschlag zu dem ist, was im Bericht

und Antrag steht, eine Mehrheit findet. Das heisst, die Massnahme M03, so wie sie jetzt drinsteht, kommt nicht. Somit muss man auch nicht mehr über den FDP-Antrag abstimmen. Der Sprechende schlägt vor, zuerst über die Protokollbemerkung der Baukommission abzustimmen.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann:** So wie sie den Sprecher der FDP-Fraktion verstanden hat, möchte die Fraktion die Massnahme M03 gar nicht drin haben, auch nicht den Kompromiss.

**Roger Sonderegger:** Der Kompromiss heisst: Ersatz der bestehenden Massnahme. So hat der Sprechende den Baukommissionspräsidenten verstanden. Es kann nicht einen Gegenvorschlag geben und die Massnahme M03 gleichzeitig bestehen bleiben.

**Christian Hochstrasser:** Es geht wahrscheinlich eher um einen symbolisch wichtigen Punkt in dieser Debatte. Die G/JG-Fraktion ist bereit, die Massnahme M03 zu streichen und deshalb der Protokollbemerkung der FDP-Fraktion zuzustimmen. So hörte er es auch heraus bei Nico van der Heiden. Deshalb ist es wichtig, dass man einzeln darüber abstimmt. Die Protokollbemerkung der Baukommission kann man auch an jeder anderen möglichen Stelle in diesem Bericht und Antrag bringen und sagen, dass das Parlament das auch noch will. Wenn das ein Problem ist, gehört das in dem Fall nicht zu M03, sondern zu M03 ½, und die G/JG-Fraktion würde die Protokollbemerkung dort stellen. So glaubt der Sprechende, könnte man die Meinungsbildung im Rat am besten abbilden. Um alle Meinungen abbilden zu können, macht er beliebt, zuerst über die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion abzustimmen und anschliessend über den sogenannten Kompromissvorschlag der Baukommission, damit dieser auch noch abgebildet werden kann.

**Andreas Moser** unterstützt den Vorschlag von Christian Hochstrasser. Das ist sinngemäss die beste Lösung.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann** lässt über beide Protokollbemerkungen einzeln abstimmen, da sie einander nicht ausschliessen.

#### **Die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion**

**Auf die Umsetzung der Massnahme M03 wird verzichtet.**

**wird überwiesen.**

#### **Die Protokollbemerkung der Baukommission**

**Es werden Möglichkeiten geprüft, Liegenschaftsbesitzende mit im Vergleich zur heutigen Bewilligungspraxis bei Neubauten zu hoher Parkplatzanzahl von einer Anpassung zu überzeugen, beispielsweise durch Anreize oder Information.**

**wird überwiesen.**

Pause

Seite 126 f. M05 Gesamtkonzept erneuerbare Antriebskonzepte in der Mobilität

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Auf eine Abwrackprämie wird verzichtet.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 9 : 1 : 1 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat erfolgt keine Wortmeldung.

**Die Protokollbemerkung der Baukommission ist somit überwiesen.**

Seite 130 M09 Mobilitätsmanagement

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Das Mobilitätsmanagement soll auch in den städtischen Betrieben ewl, vbl und Viva umgesetzt werden.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 7 : 4 : 0 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

**Andreas Moser** stellt namens der FDP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag.**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine weitere Wortmeldung.

**Die Protokollbemerkung der Baukommission**

**Das Mobilitätsmanagement soll auch in den städtischen Betrieben ewl, vbl und Viva umgesetzt werden.**

**wird überwiesen.**

*Rückkommen*

Seite 129 M08 Städtische Aufträge: Vorgaben zu Maschinen, Fahrzeugen und Transporten

**Thomas Gfeller** beantragt namens der SVP-Fraktion folgende **Protokollbemerkung:**

**Auf Vorgaben bezüglich Maschinenpark bei der Ausführung städtischer Aufträge wird verzichtet.**

In die Kategorie «unnötig» oder «unmöglich» fällt auch die Forderung, dass städtische Aufträge nur noch an Firmen mit nachhaltigem Fuhrpark vergeben werden dürfen. Das sieht die SVP-Fraktion als sehr problematisch an. Der Sprechende ist überzeugt, dass der Plan gegen übergeordnete Standards verstösst. Es würde dem Stadtrat vielleicht guttun, die Lebensdauer von Maschinen bei

einem Bauunternehmer zu erfragen. Die Maschinen haben oftmals eine längere, sogar eine sehr lange Lebensdauer und kein Bauunternehmer wird wegen der städtischen Klimastrategie einen separaten Fuhrpark aufbauen. Die Massnahme ist nicht umsetzbar, unlogisch und gehört deshalb gestrichen.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission ebenfalls diskutiert und mit 2 : 9 : 0 Stimmen abgelehnt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine weitere Wortmeldung.

#### **Die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion**

**Auf Vorgaben bezüglich Maschinenpark bei der Ausführung städtischer Aufträge wird verzichtet.**

**wird abgelehnt.**

*Seite 132 U01 Pflicht zur energetischen Nutzung von neuen und wesentlich geänderten Flachdächern*

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Anstelle einer energetischen Nutzung soll auch eine Ersatzabgabe geleistet werden können. Diese ist so zu bemessen, dass kein finanzieller Anreiz besteht, die Ersatzabgabe zu wählen.**

Diese Protokollbemerkung wurde einstimmig (11 : 0 : 0) überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23.

**Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula:** Da die Diskussion schon lange währt, hält er sich kurz: Aus Geld kann man nicht direkt Solarenergie gewinnen. Das ist jetzt aber eine etwas sehr kurze Begründung. Es ist ganz wichtig, Flächen sicherzustellen. Wegen des kantonalen Energiegesetzes kann die Stadt das nicht flächendeckend verlangen. Es gäbe mutmasslich einen Konflikt mit diesem Gesetz; der Stadtrat könnte es so nicht umsetzen. Ein dritter Grund, der dagegenspricht, ist, dass diejenigen, die ein Haus mit einem hohen Schutzstatus haben, nichts dafür können, dass sie, wenn sie es erneuern, eine Ersatzabgabe zahlen müssten. Sie sind nach heutigem kantonalen Gesetz von der Ersatzabgabe befreit. Der Stadtrat opponiert dieser Protokollbemerkung.

#### **Die Protokollbemerkung der Baukommission**

**Anstelle einer energetischen Nutzung soll auch eine Ersatzabgabe geleistet werden können. Diese ist so zu bemessen, dass kein finanzieller Anreiz besteht, die Ersatzabgabe zu wählen.**

**wird überwiesen.**

Seite 133 U02 Pflicht zur energetischen Nutzung von neuen und wesentlich geänderten Schrägdächern

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt nochmals genau dieselbe **Protokollbemerkung**, dieses Mal bezogen auf Schrägdächer. Die vorherige Protokollbemerkung bezog sich auf Flachdächer:

**Anstelle einer energetischen Nutzung soll auch eine Ersatzabgabe geleistet werden können. Diese ist so zu bemessen, dass kein finanzieller Anreiz besteht, die Ersatzabgabe zu wählen.**

Auch diese Protokollbemerkung wurde einstimmig (11 : 0 : 0) überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

#### **Die Protokollbemerkung der Baukommission**

**Anstelle einer energetischen Nutzung soll auch eine Ersatzabgabe geleistet werden können. Diese ist so zu bemessen, dass kein finanzieller Anreiz besteht, die Ersatzabgabe zu wählen.**

**wird überwiesen.**

Seite 136 f. U05 Klimaverträgliche Anlagestrategie der Pensionskasse Stadt Luzern

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Auf die Umsetzung der Massnahme U05 wird verzichtet.**

Die städtische Pensionskasse hat den Auftrag, die Rente der Angestellten zu sichern. Das muss sie mit allen Mitteln sicherstellen können. Wo und wie sie investiert, muss ihr überlassen sein. Sollten sogenannte CO<sub>2</sub>-Risiken gegeben sein, wird die Pensionskasse auch ohne städtisches Zutun die Risiken abwägen und zu einem eigenständigen Entscheid kommen, ob sie weiterhin in gewisse Finanzprodukte investieren will oder nicht.

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion unterstützt die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion beziehungsweise sie hätte sie selber stellen sollen. Wir wissen, dass die Pensionskasse sehr gut unterwegs ist bei diesem Thema. Nach Ansicht der Fraktion geht es nicht an, dass das Parlament der Pensionskasse Auflagen macht. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion die Massnahme U05 ab.

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission ebenfalls diskutiert und mit 4 : 7 : 0 Stimmen abgelehnt.

**Jona Studhalter:** Die Pensionskasse ist eine Investition in die Zukunft. Für das sollte man auch eine Zukunft haben auf einem Planeten, der noch existiert. Deshalb braucht es diese Massnahme.

#### **Die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion**

**Auf die Umsetzung der Massnahme U05 wird verzichtet.**

wird abgelehnt.

Seite 140 f. 9.2.5.2 Verbot von nicht erneuerbarem Strom im liberalisierten Strommarkt  
(Art. 6b, neu)

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission stellt folgenden **Antrag:**

**Art. 6b Abs. 3 wird auf 10 Prozent geändert.**

Dieser Antrag wurde mit 7 : 4 : 0 Stimmen angenommen.

Der Stadtrat opponiert dem Antrag gemäss StB 23 nicht.

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion stellt dazu einen **Ablehnungsantrag**. Sie hält an der bisherigen Frist fest.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine weitere Wortmeldung.

#### **Der Antrag der Baukommission**

**Art. 6b Abs. 3 wird auf 10 Prozent geändert.**

wird angenommen.

Seite 149 f. 9.3.2 Soziale Aspekte

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission stellt mit 7 : 4 : 0 Stimmen folgenden **Antrag:**

**Art. 12 Abs. 1 des Reglements für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Energierglement) wird ergänzt um eine Litera h:**

**Es werden grundsätzlich keine Vorhaben gefördert, die zu Leerkündigungen führen. Kann das Sanierungsvorhaben ohne Leerkündigung begründet nicht umgesetzt werden, so dürfen die Mietzinse nur gemäss OR angepasst werden.**

Der Stadtrat opponiert dem Antrag gemäss StB 23.

**Lukas Bäurle:** Die G/JG-Fraktion macht einen **Gegenvorschlag** zum Antrag der Baukommission. Ihr **Antrag** lautet folgendermassen:

**Art. 12 Abs. 1 des Reglements für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Energierglement) wird ergänzt um eine Litera h:**

**Sanierungsvorhaben, die zu Leerkündigungen führen, werden nur gefördert, wenn die Leerkündigung ausreichend begründet werden kann.**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine weitere Wortmeldung.

In der Gegenüberstellung des Antrags der G/JG-Fraktion mit dem Antrag der Baukommission obsiegt der Antrag der G/JG-Fraktion mit 18 : 16 : 0 Stimmen [inkl. Telefonstimme].

#### Der Antrag der G/JG-Fraktion

**Art. 12 Abs. 1 des Reglements für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Energierglement) wird ergänzt um eine Litera h:  
Sanierungsvorhaben, die zu Leerkündigungen führen, werden nur gefördert, wenn die Leerkündigung ausreichend begründet werden kann.**

wird angenommen.

#### *Rückkommen*

Seite 140 f. 9.2.5.2 Verbot von nicht erneuerbarem Strom im liberalisierten Strommarkt (Art. 6b, neu)

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion stellt folgenden **Antrag:**

**Art. 6b im Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Energierglement) wird gestrichen.**

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Dieser Antrag wurde in der Baukommission ebenfalls diskutiert und mit 4 : 7 : 0 Stimmen abgelehnt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.**

Seite 163 f. 12.2 Reporting

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt einstimmig (11 : 0 : 0) folgende **Protokollbemerkung:**

**Im Rahmen des Geschäftsberichtes werden dem Grossen Stadtrat auch der Erfolg der Massnahmen zur Dekarbonisierung der städtischen Finanzliegenschaften gesondert mittels Zielsetzung und eines jährlichen Reportings der CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Kenntnis gebracht.**

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Die Protokollbemerkung der Baukommission ist somit überwiesen.**

Seite 165 f. 13.1 Das Energiedienstleistungsunternehmen ewl

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

**Die vbl AG beschafft nur noch ökologisch nachhaltige Fahrzeuge.**

Diese Protokollbemerkung wurde mit 7 : 3 : 1 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23.

**Lukas Bäurle:** Die G/JG-Fraktion stellt folgenden Vorschlag des Stadtrates als **Protokollbemerkung:**

**Der Stadtrat prüft zusammen mit der vbl AG, bis wann die Transportleistungen mit 100 % erneuerbaren Energien und ohne Treibhausgase erbracht werden. Der zeitliche Horizont dieser Transformation richtet sich nach der städtischen Klima- und Energiestrategie.**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine weitere Wortmeldung.

**In der Gegenüberstellung der Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion mit der Protokollbemerkung der Baukommission obsiegt die Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion.**

**Die Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion**

**Der Stadtrat prüft zusammen mit der vbl AG, bis wann die Transportleistungen mit 100 % erneuerbaren Energien und ohne Treibhausgase erbracht werden. Der zeitliche Horizont dieser Transformation richtet sich nach der städtischen Klima- und Energiestrategie.**

**wird überwiesen.**

**Marco Baumann:** Wir haben es heute Morgen bereits zu hören bekommen; lustigerweise nicht von FDP-Seite, weil sie noch gar nicht so weit war, aber ein Stadtrat wusste das irgendwie bereits. Der Sprechende stellt im Namen der FDP-Fraktion den parlamentarischen Antrag, Ziffer II des Beschlussvorschlags mit den Formulierungen zu beschliessen, wie sie gerade jetzt von allen Ratsmitgliedern in der Sitzungsvorbereitung einsehbar werden. Er liess die neuen Formulierungen über Ratsweibelin Brigitte Gisler jetzt aufschalten. Alle sollten sie nun sehen. Auch hat er diese soeben allen Fraktionschefs zugestellt. Der Antrag ist als Gegenvorschlag für ein **konstruktives Referendum** zu behandeln.

Was ist die Begründung für diesen Schritt? Die FDP-Fraktion, zusammen mit der Mitte-Fraktion, überlegten sich, ob sie den Vorschlag, so wie er nach diesen zwei Behandlungstagen vorliegt, unterstützen können. Sie mussten sich sagen, dass darin ein paar rote Linien überschritten werden, die sie so nicht unterstützen können. Die FDP- wie die Mitte-Fraktion wollen einen Gegenvorschlag ins Spiel bringen, um zu zeigen, dass ihnen der Klimaschutz wichtig ist, aber dass sie einen wirkungsvollen, effektiven Klimaschutz wollen. Der Klimawandel ist Realität, die negativen Folgen des Wandels zeigen sich immer stärker über das ganze Jahr. Es geht nicht mehr nur um Schadensbegrenzung, sondern auch um die Bekämpfung der Ursachen des Wandels. Für die FDP-Fraktion ist der sorgsame Umgang mit den bestehenden Ressourcen, der Einsatz von erneuerbaren Energien



und eine grosse Offenheit gegenüber neuen Technologien seit langer Zeit der Schlüssel zum Erfolg in der Klimapolitik, denn damit gelingt eine nachhaltige und wirksame Klimastrategie. Dabei fokussiert sich die Fraktion auf ihre liberalen Leitlinien Verursacherprinzip, Fördermassnahmen sowie Lenkungs- und Anreizsysteme. Die Massnahmen müssen ihrer Erwartung nach nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial nachhaltig sein. Mit der jetzt vorliegenden Klimastrategie wollen sie ein gemeinsames Ziel geben und aufzeigen, wie man den Klimaschutz gemeinsam verbessern kann. Auf wirkungslose, unrealistische und ideologische Zielsetzungen muss dabei vollständig verzichtet werden, denn damit würde man es nicht schaffen, die Bevölkerung mit auf den Weg zu nehmen. Das hat die FDP- wie auch die Mitte-Fraktion heute das Gefühl. Die Vorlage wurde bei gewissen Artikeln überladen. Diese Artikel sollen nun mit dem Gegenvorschlag aus dem Weg geschaffen werden, sodass man eine mehrheitsfähige Lösung, auch bei der Bevölkerung, durchbringen kann. Wie die Behandlung im Rat zeigte, können die beiden Fraktionen sehr viele Reglementsänderungen und Massnahmen mittragen. Jedoch, wie schon gesagt, wurden gewisse rote Linien überschritten und deshalb können sie die Vorlage in dieser Form nicht unterstützen. Es braucht einen wirksamen Klimaschutz und keine ideologischen und radikalen Vorschriften. Die FDP- und Mitte-Fraktion können den vorgesehenen Absenkpfad für den Strassen- und Schienenverkehr nicht unterstützen, denn dieser bildet die Grundlage für die weiteren unkoordinierten und massiven Parkplatzabbauten, die im Bericht und Antrag als Massnahmen aufgezeigt werden. Sie können aber auch den vom Grossen Stadtrat verschärften Absenkpfad bei den Treibhausgasemissionen nicht unterstützen. Der Stadtrat zeigte klar auf, dass Netto-Null vor 2040 nicht realistisch ist. Deshalb darf man in den Reglementen auch nicht solche Ziele setzen. Das würde die Bevölkerung nicht verstehen. Auf das Verbot von nicht elektrischen oder nicht erneuerbar angetriebenen Fahrzeugen sowie auf das Verbot von nicht erneuerbarem Strom auf Stadtgebiet wollen sie verzichten. Die Verbote bevormunden die Stadtbevölkerung unnötig und führen dazu, dass die Klimastrategie nicht mehr mitgetragen wird. Solche Verbote sind weder notwendig noch verhältnismässig noch liegen sie in der Kompetenz des Parlaments. Die FDP- und Mitte-Fraktion wollen auch kein Bürokratiemonster ins Leben rufen, das für den Vollzug dieser Verbote erschaffen würde. All das erreicht man mit dem Gegenvorschlag. Da gewisse Massnahmen nicht unterstützt werden, hat das Auswirkungen auf den Sonderkredit. Im Gegenvorschlag wird der Sonderkredit um die zehn vorgesehenen Stellenprozente angepasst, was eine Reduktion von Fr. 150'000.– ausmacht. Zu guter Letzt wollen die FDP- und die Mitte-Fraktion auch nicht die geplante Reduktion des MIV um 15 Prozent unterstützen. Wie mit dem Absenkpfad, will der Stadtrat mit dieser Reduktion alleine den Parkplatzabbau legitimieren, was in ihren Augen unverhältnismässig erscheint. Es wurde erst noch über das Parkplatzreglement abgestimmt; eine Massnahme wie die Reduktion von Parkplätzen würde dieser Abstimmung sehr quer stehen. Die Verkehrsbelastung ist in den letzten Jahren rückläufig, was sehr erfreulich ist. Deshalb wollen die FDP- und die Mitte-Fraktion in ihrem Gegenvorschlag eine alternative Formulierung einbringen und die Verkehrsbelastung auf dem Stand 2020 plafonieren. Das ist realistischer und auch umsetzbarer. Mit ihrem Gegenvorschlag setzen sie auf die wirkungsvollen Reglementsänderungen und Massnahmen, die im Bericht und Antrag vorgeschlagen werden. Damit können schnell und in eigener Kompetenz klimapolitische Fortschritte erzielt werden, ohne die Stadtluzernerinnen und Stadtluzerner zu bevormunden. Die Stadt Luzern kann und soll dabei vorangehen – und das auch ambitioniert. Sie soll eine Vorbildrolle einnehmen.

Das unterstützt die FDP- und Mitte-Fraktion. Mit ihrem Gegenvorschlag geben sie der Stadtluzerner Bevölkerung die Möglichkeit, sich für einen wirksamen Klimaschutz, aber gegen radikale Vorschriften und Verbote auszusprechen. So wird es gemeinsam möglich, eine Klimastrategie zu verfolgen, bei der auch die Bevölkerung mit an Bord ist. Marco Baumann meint, dass er jetzt genug lang gesprochen hat und hofft, dass die Ratsmitglieder in der Zwischenzeit den Gegenvorschlag anschauen konnten und ihn unterstützen werden. Sofern die Unterschriften gesammelt sind, wird es zur Abstimmung kommen. Die FDP- und die Mitte-Fraktion sind optimistisch, dass sie mit diesem Gegenvorschlag die Chancen erhöhen, dass am Schluss eine Vorlage von der Bevölkerung mitgetragen wird.

**Jona Studhalter:** Die Jungen Grünen liebäugelten schon eine Weile damit, das konstruktive Referendum zu ergreifen. Sie verzichteten aber bis heute darauf, weil sie kein Hinauszögern der Massnahmen und der Einstellung des Personals wollten. Zu seiner Wehmut hat nun die FDP-Fraktion zusammen mit der Mitte-Fraktion das konstruktive Referendum ergriffen. Beim Betrachten des soeben zugestellten Gegenvorschlags würde er diesen als ungenügend bis schlecht bezeichnen. Aus diesem Grund stellt Jona Studhalter von den Jungen Grünen nun ebenfalls ein konstruktives Referendum. Er liess dieses heute Morgen bei der Stadtkanzlei überprüfen und legte es auch der Ratspräsidentin vor.

Inhaltlich fordern die Jungen Grünen im Energiereglement folgende Änderungen (grau hinterlegt):

- Art. 3 Abs. 2: «Die Stadt Luzern strebt an, das in Absatz 1 lit. a formulierte Ziel bis spätestens 2050, dasjenige in lit. b bis spätestens 2030 ~~2040~~ zu erreichen.
- Art. 5 Abs. 1 lit. b, Treibhausgasemissionen: 2030 ~~2040~~: 0 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf
- Art. 5 Abs. 2 lit. b, Treibhausgasemissionen: 2030 0 t ~~0,6 t~~ CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf
- Art. 5 Abs. 3, Treibhausgasemissionen: «Bis 2030 ~~2040~~ müssen alle in der Stadt Luzern immatrikulierten Fahrzeuge elektrisch und/oder erneuerbar angetrieben sein.»

Und im Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität betrifft es folgende Änderung (auch grau hinterlegt):

- Art. 5 Abs. 1: «Die Stadt setzt sich dafür ein, dass die Verkehrsbelastung auf dem übergeordneten Strassennetz (Stadtkordon) bis 2040 gegenüber 2010 um 30 Prozent ~~45 Prozent~~ abnimmt.»

Der Sprechende wendet sich an die Mitte-Fraktion und bittet Roger Sonderegger, ihm bis nach der Pause zu erklären, wie die Mitte-Fraktion ihre Unterstützung des konstruktiven Referendums, das die FDP-Fraktion lancierte, weiterhin vereinbar sieht mit dem Pariser Klimaabkommen. Die Vereinbarkeit mit dem Pariser Klimaabkommen war eine ihrer Aussagen im Eintretensvotum. Für den Sprechenden scheint das nicht schlüssig zu sein, weshalb er dazu gerne eine Erklärung hätte. Ansonsten macht die Mitte-Fraktion genau das, was sie dem Stadtrat vorgeworfen hat: «Ihr habt uns angelogen».

**Roger Sonderegger** ist gerne bereit, auf Jona Studhalters Frage bezüglich Pariser Klimaabkommen und Antrag der Fraktion einzugehen, aber lieber nach der Pause, da es eine nicht ganz einfache Aufgabe ist, die er gestellt hat. Vorerst möchte der Sprechende aber noch zum konstruktiven Referendum Stellung nehmen, das vom FDP-Fraktionschef auch im Namen der Mitte-Fraktion angekündigt wurde. Bevor die Mitte-Fraktion das erhaltene Paket (B+A 22/2021) öffnete, sagte sie

sich, sie wolle sich im Detail kritisch mit den Massnahmen, den Reglementsänderungen und den Stellen auseinandersetzen. Das hat sie gemacht, sie hatte zum Glück genug Zeit dafür, was auch nötig war. Parteiintern wurden sehr viele Diskussionen geführt. Es gab kritische Stimmen auf einzelne Massnahmen, auf das ganze Paket. Das Parlament hat die Massnahmen heute sehr detailliert miteinander diskutiert. Bei einigen war die Mitte-Fraktion derselben Meinung wie die FDP-Fraktion, bei anderen nicht – das konnte man heute beobachten –, sie waren bei vielen Massnahmen unterschiedlicher Meinung hier im Rat. In der Summe gesehen verstand die Mitte-Fraktion ihre Rolle so, sich kritisch in den Details einzubringen. Sie sieht sich jetzt mit der Variante, die sie mit der FDP-Fraktion zusammen formulierte, besser abgebildet und gut abgebildet. Das ist die Klimapolitik, die von der Mitte sicher mitgetragen wird. Marco Baumann erwähnte es bereits, die Mitte-Fraktion ist vielleicht von der Entscheidungsfindung her im politischen Spektrum an einem Ort, wo es auch Leute gibt, die Nein sagen zu einer Klima- und Energiestrategie, wenn sie die Strategie zu stark überladen finden, wenn sie sie nicht genau kennen oder sie nicht genau verstehen. Die zwei Sachen vermischen sich vielleicht auch etwas miteinander. Wenn man nur Stimmen hört, die in Euphorie schwelgen und sagen, es werde alles gross und alles schnell und alles besser, dann hat man einen kritischen Teil der Stadtbevölkerung nicht getroffen. Die Mitte-Fraktion sieht sich als eindeutig und klar befürwortende Stimme im Sinne der Klima- und Energiestrategie. Mit einer Farbnuance, mit einer Variante, die man dem gegenüberstellt, was heute im Gesamtpaket beschlossen wurde, ist die Mitte-Fraktion überzeugt, dass das der Abstimmung guttut und dass es auch dem Klima guttut. Es erhöht die Chance deutlich, dass eine der zwei Ja-Vorlagen angenommen wird – oder mit Jona Studhalters konstruktivem Referendum eine der drei Ja-Varianten. In dem Sinn unterstützt die Mitte-Fraktion das konstruktive Referendum, das Marco Baumann vorher ausgeführt hat.

**Stefan Sägesser** stellt den **Antrag**, die Abstimmung auf die nächste Ratssitzung zu verschieben. Das macht die Sache nicht besser, aber er findet es nicht seriös, jetzt auf die Schnelle auf irgendwelche Gegenvorschläge einzugehen. Nach all den Sitzungen in der Baukommission, sie haben Tage miteinander verbracht um alles auszudiskutieren, wird nachher keine Hand geboten für eine Lösung über Spektren hinweg. Er ist etwas erstaunt über das Vorgehen. Aber er ist nur erstaunt, weil er es anders erwartet hat. Das macht nichts. Deshalb stellt er diesen Antrag auf Verschiebung.

Wenn **Silvio Bonzanigo** Jona Studhalter zweimal richtig verstanden hat, nämlich am Morgen, als dieser sagte, ein konstruktives Referendum werde erwogen und er ihn jetzt wieder verstanden hat, dass er schon eine Grundlage bei der Stadtkanzlei prüfen liess und eingereicht hatte, findet Silvio Bonzanigo das ein unredliches Ratsverhalten hier im Parlament.

**Simon Roth** macht einen **Ordnungsantrag**, jetzt Pause zu machen, damit untereinander über die beiden konstruktiven Referenden diskutiert werden kann, von denen alle das erste Mal gehört haben.

**In der Gegenüberstellung der Variante, eine Pause jetzt zu machen mit der Variante, die Abstimmung auf die nächste Ratssitzung zu verschieben, obsiegt die Pausenvariante.**

PAUSE

*Seite 211 f. 18 Antrag*

I.

**Thomas Gfeller:** Die SVP-Fraktion **beantragt ablehnende Kenntnisnahme.**

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion **beantragt blosse Kenntnisnahme.**

**Baukommissionspräsident Rieska Dommann:** Die Baukommission **beschloss zustimmende Kenntnisnahme (Stimmenverhältnis 9 : 1 : 1).**

**In der Gegenüberstellung der blossen Kenntnisnahme mit der ablehnenden Kenntnisnahme obsiegt die blosse Kenntnisnahme.**

**In der Gegenüberstellung der blossen Kenntnisnahme mit der zustimmenden Kenntnisnahme obsiegt die zustimmende Kenntnisnahme.**

**Somit nimmt der Grosse Stadtrat vom Bericht «Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern» zustimmend Kenntnis.**

II.

**Christian Hochstrasser:** Im letzten Juni hat der Stadtrat die Klimastrategie verabschiedet und dem Grossen Stadtrat zugewiesen. Statt wie geplant im September, kam das Geschäft erst im November in die Kommissionssitzungen, weil die Fraktionen mehr Zeit für die Vorbereitung des Geschäfts brauchten. So viel darf der Sprechende sagen: Die G/JG-Fraktion wäre parat gewesen, vorwärts zu machen. In Dutzenden bilateralen und gemeinsamen Gesprächen zwischen allen Fraktionen tauschte man sich intensiv aus, zimmerte an Lösungsvorschlägen, suchte nach Kompromissen und Mehrheiten im Sinne der Sache, eine städtische Lösung für die Klimakrise zu finden. Alle hier im Saal wissen, wie viele Anträge auch von den bürgerlichen Parteien in der jetzt durchberatenen Version drinstecken. Es wurden breite Kompromisse eingegangen, gemeinsam hat man die Vorlage besser gemacht. Jetzt scheint es aber parteipolitisch eine Strategie zu sein, insbesondere von der FDP-Fraktion, egal um was es geht, fast bei jedem Detail, das sie nicht durchbringen, zu behaupten, es sei eine rot-grüne Extremposition, es überlade das Fuder. Die FDP-Fraktion verweigerte seit einigen Wochen Auskünfte über das weitere Vorgehen, antwortete nicht auf Anfragen, redete von roten Linien, sagte aber auf Nachfrage nicht, wo diese sind. Wir wissen jetzt wieso. Statt gemeinsam Lösungen und Kompromisse zu suchen, bereitete die FDP-Fraktion zusammen mit der Mitte-Fraktion im Geheimen einen Gegenvorschlag vor, der extra erst jetzt, genau um 16.42 Uhr, am Schluss einer monatelangen Debatte, überhaupt erstmals transparent gemacht wurde. Die FDP-Fraktion spricht von einem Miteinander, von Kompromissen, aber stellen jetzt Anträge, auf die sich die Ratsmitglieder nicht einmal richtig vorbereiten können. Die G/JG-

Fraktion kann nicht einmal darauf eingehen, ob sie mit diesen Vorschlägen einverstanden gewesen wäre. Das Vorgehen ist aus Sicht der G/JG-Fraktion alles andere als ein demokratisches Miteinander, es ist aus Sicht des Sprechenden nicht sachdienlich, weil es um ein so wichtiges Geschäft geht, weil es um den Umgang der Stadt mit der Klimakrise geht. Was die FDP- und die Mitte-Fraktion hier machen, ist kein konstruktives Referendum. Aus Sicht der G/JG-Fraktion ist es ein destruktives Referendum. Zudem verzögert sich mit dem Antrag die Abstimmung über die Klimastrategie um weitere vier Monate. Es ist ihr Recht, so zu politisieren. Aber es ist das Gegenteil von einem demokratischen Dialog und enttäuscht die G/JG-Fraktion. Vielleicht können sie nachvollziehen, dass die Bereitschaft für eine lösungsorientierte Zusammenarbeit mit gewissen Kreisen so relativ stark sinkt. Christian Hochstrasser kann ihnen aber versichern – auch wenn die Bürgerlichen offenbar lieber Oppositionspolitik mit dem Schaumschläger machen statt zusammen zu schaffen und sie lieber einfach gegen die böse rot-grüne Stadt und die linke Ratsseite tröteln –, dass die G/JG-Fraktion weiterhin versuchen wird, breite Lösungen zu suchen und zusammenzuarbeiten. Die jetzt vorliegende, aus ihrer Sicht breit abgestützte Vorlage des Grossen Stadtrates – zu der auch die Bürgerlichen sehr wichtige Inputs eingebracht haben, welche die G/JG-Fraktion jetzt übrigens nicht wieder entfernen will – überzeugt. Die G/JG-Fraktion ist mehr als zuversichtlich, dass die Stadtbevölkerung eine fortschrittliche, aber auch realistische Klimastrategie will, die auch den Verkehr miteinbezieht. Das aus Sicht der G/JG-Fraktion leicht durchschaubare partei- und wahlaktive Manöver wird hoffentlich, und so ist der Sprechende überzeugt, an der Urne eine Abfuhr erhalten. Die G/JG-Fraktion wird das Referendum der FDP-Fraktion ablehnen. Sie wird auch das Referendum der Jungen Grünen mehrheitlich nicht unterstützen, aber vor allem voll überzeugt der Vorlage des Grossstadtrates zustimmen.

**Simon Roth:** Der Ratskollege Fabian Reinhard zeigte sich heute Morgen beunruhigt über den Ratsbetrieb. Er hat natürlich recht. Aber nicht der Stadtrat ist das Problem, sondern die bürgerlichen Parteien. Allen voran die FDP-Fraktion selber. Die scheint je länger je mehr ganz auf Obstruktion spezialisiert zu sein und sucht gar nicht mehr nach Lösungen. Und ja, auch der Kollege Marco Baumann hat natürlich recht. Das Vertrauen hat gelitten, aber in die FDP, die gemeinsame Kompromisse anschliessend wieder hintertreibt. Die FDP-Fraktion gibt zwar vor, dass ihr der Klimaschutz wichtig ist, aber als die SP-Fraktion mit der verantwortlichen Person der FDP-Fraktion Kontakt aufnehmen wollte um zu fragen, was ihnen wichtig ist, kam keine Reaktion. Der Sprechende wiederholt: Keine Reaktion. Das ist keine ernsthafte Politik. Jetzt will die FDP-Fraktion sogar noch Massnahmen streichen, ohne dass sie dafür Kompensationen vorschlägt und die Mitte-Fraktion lässt sich in das Fahrwasser ziehen. Das versteht der Sprechende nicht. Das ist so traurig wie dramatisch. Ohne jede Vorankündigung kommen im wichtigsten Geschäft dieser Legislatur, wenige Minuten vor der Schlussabstimmung, zwei Gegenvorschläge. So ist seriöse Parlamentsarbeit leider nicht möglich. Immerhin widerspricht das Vorgehen der FDP-Fraktion derart deutlich einem ernsthaften Klimaschutz, dass die SP-Fraktion nicht lange darüber diskutieren muss. Die SP-Fraktion wird den Gegenvorschlag der FDP-Fraktion ablehnen. Sie will wirksamen Klimaschutz und nicht nur Lippenbekenntnisse. Die SP-Fraktion muss leider auch die Symbolpolitik der Jungen Grünen ablehnen. Auch da gilt: Das Geschäft ist zu wichtig, als dass man jetzt irgendwelche Spontanbeschlüsse fällen kann. Der Sprechende geht aber eher davon aus, dass der Antrag der Jungen

Grünen eine Reaktion auf das absolut unverständliche Vorgehen der Bürgerlichen ist und hat deshalb auch ein gewisses Verständnis dafür. Was die SP-Fraktion will, ist eine konsequente, durchdachte Klimapolitik. Diese liegt jetzt vor, für diese wird die SP-Fraktion kämpfen, für diese wird sie sich voll einsetzen und diese wird sie auch gewinnen, davon ist Simon Roth überzeugt.

**Jona Studhalter:** Wie Simon Roth richtig spekulierte, brachten die Jungen Grünen das Referendum nur ins Spiel, weil es ein anderes Referendum gibt. Die Jungen Grünen wollen die Umsetzung des Berichts und Antrags nicht verzögern, aber wenn sich die Umsetzung verzögert, dann sollte man es wenigstens auf eine bessere Art machen. Die Stadt Luzern steht in der Verantwortung, in der Klimakrise echt etwas zu unternehmen. Der Sprechende zeigte das Risiko von Netto-Null 2040 – also bei allem, was nach 2030 ist – schon in seinem Eintretensvotum auf. Die Bürgerlichen sagen, der Handlungsbedarf ist erkannt; aber es wird nicht wirklich etwas gemacht. Man hat jetzt, nach der Beratung des Berichts und Antrags, nach der Baukommissionsberatung, wieder viele Punkte aus der Vorlage entfernt. Für die Jungen Grünen sind sehr viele rote Linien übertreten worden. Die Motion lautete auf Netto-Null 2030 und Jona Studhalter muss nochmals festhalten, dass die grosse Mehrheit des Rates dieser Motion zustimmte. Jetzt wird das Ziel Netto-Null 2030 als rote Linie bezeichnet. Da muss er der bürgerlichen Mitte schon sagen, dass sie nicht Motionen überweisen kann, die nachher für sie eine rote Linie darstellen. Eine rote Linie ist kein Springseil. Wir handeln hier nach dem Verursacherprinzip. Wir sind diejenigen, die das CO<sub>2</sub> ausstossen und wir müssen damit aufhören. Das sollte doch im rechten politischen Lager durchaus auf Anklang stossen. Es geht um die Zukunft der Stadt Luzern. Wir machen das für uns, nicht für das Klima. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass wir aus dem globalen Norden Verursacher und Beschleuniger dieser Klimakrise sind. Wir sind die, die in der Verantwortung stehen und mit griffigen Schritten etwas machen müssen. Jona Studhalter sagte es bereits in Richtung Mitte-Fraktion – Roger Sonderegger wird ihm nun sicher eine Antwort zum Pariser Klimaabkommen geben. Falls nicht, kann der Sprechende die Antwort liefern, sie ist nicht so schwierig, denn es geht nicht. Der Vorschlag ist nicht vereinbar mit dem Pariser Klimaabkommen. Die Mitte-Fraktion behauptete das, das stimmt aber nicht. Wenn die Mitte-Fraktion dem konstruktiven Referendum der FDP-Fraktion zustimmt, bezeugen die Mitglieder dieser Fraktion mit ihrer Hand, dass sie das Parlament und die ganze Stadt im Eintretensvotum schlicht – der Sprechende muss es sagen – angelogen haben.

**Stefan Sägesser** verzichtet als ehemaliger Pfarrer auf irgendwelche moralische Standpauken. Den Pfarrer konnte er heute abgeben und er ist froh darüber. Stefan Sägesser ist aber enttäuscht. Die Idee war – wie auch schon bei der Velostation und nun bei der Klima- und Energiestrategie –, gemeinsam das schwierige Unterfangen, Klimamassnahmen umzusetzen, in Angriff zu nehmen. Er mag gar nicht nochmals erwähnen, wie manche Stunden die Kommissionsmitglieder zusammensassen, um ein gemeinsames Werk herauszubringen, um das Problem, das wir selber verursachten, in Zukunft lösen zu können, und zwar gemeinsam. Das ist nun wiederholt nicht gelungen. Er ist vor allem von dem ein wenig erstaunt, und nicht erschüttert in den Grundfesten, weil man die Bevölkerung mitnehmen muss. Eines der ersten Anliegen der GLP-Fraktion war von Anfang an, dass man gemeinsam auf den Weg gehen muss. Man muss die Bevölkerung für die Massnahmen aus der Klima- und Energiestrategie mitgewinnen, weil sie am Schluss entscheiden wird. Das, was

jetzt passiert ist, zeigt, dass das Parlament nicht fähig ist, einen gemeinsamen Konsens und Nenner zu finden für ein echtes, ernsthaftes Problem. Wir diskutieren lieber in aller Länge über nicht ernsthafte Probleme, finden aber weder dort eine Lösung noch im heute besprochenen wirklichen Legislatur-Highlight. Es ist enttäuschend. Das ist der einzige moralische Input des Sprechenden dazu. Die GLP-Fraktion wird die Vorschläge der FDP-/Mitte-Fraktion und der Jungen Grünen ablehnen. Die GLP-Fraktion steht für das Produkt, das das Parlament hier beraten hat.

**Marco Baumann** kann akzeptieren, dass sich viele in diesem Rat überrumpelt fühlen. Das ist dem konstruktiven Referendum geschuldet. Man kann nicht ein konstruktives Referendum ergreifen auf Anträge, die im Rat noch gar nicht behandelt sind. Das machte es dieses Mal etwas schwieriger, den richtigen Zeitpunkt zu finden. Es wäre absurd gewesen, wenn die FDP- zusammen mit der Mitte-Fraktion einen Gegenvorschlag eingereicht hätte, der nachher im Rat gar nicht so behandelt worden wäre. Der Sprechende kann das Votum von Simon Roth nicht akzeptieren. Marco Baumann findet die persönlichen Anschuldigungen auf gewisse Fraktionsmitglieder deplaziert. Auch in diesem Zusammenhang sollte man den Anstand bewahren. Die FDP-Fraktionsmitglieder brachten sich sehr aktiv ein, auch in der Kommissionsarbeit; sehr viel von dem ist jetzt auch im vorliegenden Beschluss enthalten. Zudem möchte Marco Baumann anfügen – das ging in den Reaktionen auf das angekündigte konstruktive Referendum etwas unter –, dass im Gegenvorschlag der FDP-/Mitte-Fraktion rund 95 Prozent der Anträge, wie sie im Vorschlag des Grossen Stadtrates vorkommen, auch enthalten sind. Wie schon erwähnt, hat der Sprechende das Gefühl, dass mit dem Vorschlag des Grossen Stadtrates die Sache überladen wurde. Mit dem Gegenvorschlag der FDP-/Mitte-Fraktion wird man es schaffen, eine Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen. Der FDP- wie auch der Mitte-Fraktion ist es sehr wichtig, in der Klimapolitik vorwärtszumachen und dass man dabei die Bevölkerung mitnehmen kann. Um das geht es.

Marco Baumann entschuldigt sich für den Überrumpelungseffekt. Aber das gehört zum demokratischen Prozess wie auch das konstruktive Referendum zum demokratischen Prozess gehört.

**Roger Sonderegger:** Die Mitte-Fraktion kann den Ärger auch nachvollziehen. Es ist zwar nicht ein Fall explizit genannt worden, aber Christian Hochstrasser liess das in seinem Votum klar durchblicken und Simon Roth sagte es sogar explizit. Sie sind verärgert über die Art der Zusammenarbeit, das Referendum kommt zu spät. Marco Baumann erklärte den Grund aus seiner Sicht; natürlich kann man ein konstruktives Referendum nicht drei Wochen im Voraus – es wäre auch gar nicht parat gewesen – zustellen. Aber tatsächlich kam es sehr spät. Das nimmt auch die Mitte-Fraktion so entgegen.

Zu Jona Studhalter gewandt, sagt Roger Sonderegger, dass er ihn enttäuschen muss. Das Pariser Klimaabkommen legt fest, dass die Temperatur auf der Welt nicht mehr als 1,5 °C – 2 °C steigen soll. Bis im Jahr 2050 sind die Massnahmen auf Staatenebene nachzuvollziehen. Der Sprechende ist sehr gerne bereit, das mit ihm auszudeutschen und noch genauer ins Detail zu gehen. In diesem Rahmen ist das nicht seriös möglich. Der Sprechende weiss nicht, woher die Anschuldigungen an die Mitte-Fraktion nun gekommen sind. Aber dieser Diskussion will er sich nicht verweigern. Sie kann sogar sehr spannend sein. Zur Abstimmung, die Marco Baumann vorhin auch ansprach: Das CO<sub>2</sub>-Gesetz wurde von der Schweizer Bevölkerung abgelehnt. Alle machten ganz grosse Augen über dieses Resultat. Klar, wir sind eine Stadt. Eine Stadt ist fortschrittlicher, das sieht man

schon an der Vorlage. Aber ganz so harmlos und so ganz ohne ist die Volksabstimmung über die Klima- und Energiestrategie nicht. Die heute wichtigste Abstimmung zu dieser Vorlage ist die letzte. Wer sagt Ja? Man wird sehen, dass fast alle in diesem Rat Ja sagen werden. Wir sind im Moment stark auf einer Nebenbaustelle der politischen Diskussion gelandet. Diese ist aus Ärger entstanden, das ist alles richtig. Fast das ganze Parlament unterstützt die Klima- und Energiestrategie des Stadtrates – mit Retouchen. Diese Strategie ist sehr fortschrittlich, egal, wer bei der Abstimmung am Schluss gewinnt.

**Fabian Reinhard:** Auf die etwas verärgerten Voten der Kollegen Hochstrasser und Roth meint er: Wenn man jemand anderen anbellt, weil er nicht auf den Kompromiss eingehen will, und man von ihm fordert, er solle nun gefälligst seinen Kompromiss annehmen, dann läuft in der Übungsanlage vielleicht etwas falsch. Ein Kompromiss kommt von beiden Seiten. Sonst geht das nicht auf. Die FDP-Fraktion brachte sich sehr aktiv in der Kommission ein. Sie stellte viele Anträge und machte die Kommissionsarbeit immer mit. Es wurden einzelne Massnahmen gestrichen. Heute wurde ihnen vorgeworfen, sie würden eine Show machen, aber es wurden beispielsweise einzelne Massnahmen gestrichen, die rechtlich gar nicht möglich gewesen wären. Wo der Kompromiss sein soll, wenn man eine Massnahme streicht, die gar nicht umsetzbar ist, erschliesst sich dem Sprechenden nicht. Die FDP-Fraktion bleibt sachlich, ist sachlich und wird sich weiterhin einsetzen für einen wirksamen Klimaschutz.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann:** Für die Ergreifung eines konstruktiven Referendums muss die nötige Zustimmung von mindestens 10 Parlamentarierinnen oder Parlamentariern gegeben sein.

**In der Abstimmung für die Ergreifung des konstruktiven Referendums der FDP-Fraktion wird die Mindestzahl, das 10er-Quorum, mit 17 Stimmen erreicht.**

**In der Abstimmung für die Ergreifung des konstruktiven Referendums der Jungen Grünen wird die Mindestzahl nicht erreicht. Es stimmen 4 Personen dafür.**

**Somit gibt es einen Gegenvorschlag für ein konstruktives Referendum gegen Ziffer II des Berichts «Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern».**

**Simon Roth** beantragt bei Ziffer II eine **Abstimmung unter Namensaufruf**.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann:** Für eine Abstimmung unter Namensaufruf ist ein Quorum von 10 Parlamentarierinnen und Parlamentariern erforderlich.

**Mindestens zehn Mitglieder des Grossen Stadtrates unterstützen den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf. Somit findet die Abstimmung zu Ziffer II unter Namensaufruf statt.**



## Abstimmung mit Namensaufruf

	JA	NEIN	Enthaltung		JA	NEIN	Enthaltung
Abele Martin	x			Lütolf-Aecherli Christina			
Albisser Adrian	x			Lütolf Daniel	x		
Baumann Marco		x		Lustenberger Marc		x	
Bäurle Lukas	x			Meyenberg Raphaela	x		
Bonzanigo Silvio	x			Moser Andreas		x	
Celato Tamara	x			Müller Marco	x		
<i>Döbeli Stirnemann Sonja</i>				Müller Regula	x		
Dommann Rieska		x		Pardini Gianluca	x		
Felder Andreas		x		Pilotto Maria	x		
Frey Selina	x			Rast Heidi	x		
Fries Mirjam		x		Reinhard Fabian		x	
Gauch Yannick	x			Rolla Christov	x		
Gfeller Thomas		x		Roth Simon	x		
Gmür Peter		x		Sägesser Stefan	x		
Gross Benjamin	x			Soldati Claudio	x		
Gut Jules	x			Sonderegger Roger	x		
Hafen Lena	x			Studhalter Irina	x		
Hauser Mike		x		Studhalter Jona	x		
Hochstrasser Christian	x			Stübi Mario	x		
Hunkeler Damian		x		van der Heiden Nico	x		
Irniger Barbara	x			Wenger Christa	x		
Keller-Bucher Agnes		x		Zanolla Lisa			
Krähenbühl Jörg		x		Zeier-Rast Michael	x		
Krummenacher Peter		x		Zibung Patrick*		x	

\*Telefonstimme

**Der Grosse Stadtrat stimmt Ziffer II mit 30 : 15 : 0 Stimmen [inkl. Telefonstimme] zu.**

**III. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 282 als erledigt ab.**

**IV. Der Bevölkerungsantrag 288 wird nicht als erledigt abgeschlossen.**

**V. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 266 als erledigt ab.**

**VI. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 268 als erledigt ab.**

**VII. Die Motion 434 wird teilweise überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschlossen.**

## VIII. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Der Beschluss lautet:

### Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 22 vom 30. Juni 2021 betreffend

#### Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern

- **Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Energierglement); Teilrevision**
- **Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität; Teilrevision**
- **Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes; Teilrevision**
- **Sonderkredite für die Umsetzung der Klima- und Energiestrategie**
- **Investitionsbeitrag an das Projekt «See-Energie Würzenbach»**
- **Abschreibung von Vorstössen,**
- 

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 12 Abs. 1 Ziff. 4, Art. 28 Abs. 1, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 58 Abs. 1, Art. 67 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55h und Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

#### **beschliesst:**

- I. Vom Bericht «Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern» wird zustimmend Kenntnis genommen.
- II. 1. Das Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Energierglement) vom 9. Juni 2011 wird wie folgt geändert:

#### **Art. 3** 2000-Watt-Gesellschaft

<sup>1</sup> Die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft bedeutet

- a. (bleibt unverändert)
- b. eine Reduktion der Primärenergie-bedingten Treibhausgasemissionen auf 0 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf der Bevölkerung und Jahr.

<sup>2</sup> Die Stadt Luzern strebt an, das in Abs. 1 lit. a formulierte Ziel bis spätestens 2050, dasjenige in lit. b bis spätestens 2040 zu erreichen.

## **Art. 5** *Absenkpfade*

<sup>1</sup> Die Stadt Luzern strebt in Koordination mit den entsprechenden Bestrebungen von Bund und Kanton Luzern die folgenden Absenkpfade an:

- a. Primärenergieverbrauch:
  - 2008: 5'060 Watt pro Kopf (Ausgangswert)
  - 2020: 4'100 Watt pro Kopf
  - 2030: 3'000 Watt pro Kopf
  - 2040: 2'500 Watt pro Kopf
  - 2050: 2'000 Watt pro Kopf
- b. Treibhausgasemissionen:
  - 2008: 5,9 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf (Ausgangswert)
  - 2020: 4,8 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf
  - 2030: 1,2 t ~~2,4 t~~ CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf
  - 2040: 0 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf

<sup>2</sup> Für den Strassen- und Schienenverkehr auf Stadtgebiet strebt die Stadt Luzern in Koordination mit den entsprechenden Bestrebungen von Bund und Kanton Luzern die folgenden Absenkpfade an:

- a. Primärenergieverbrauch:
  - 2019: 680 Watt pro Kopf (Ausgangswert)
  - 2030: 550 Watt pro Kopf
  - 2040: 430 Watt pro Kopf
  - 2050: 320 Watt pro Kopf
- b. Treibhausgasemissionen:
  - 2019: 1,2 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf (Ausgangswert)
  - 2030: 0,6 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf
  - 2040: 0 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf

<sup>3</sup> Bis 2040 müssen alle in der Stadt Luzern immatrikulierten Fahrzeuge elektrisch und/oder erneuerbar angetrieben sein.

## **Art. 5a** *Zielsetzung für Solarstrom*

Die Stadt Luzern strebt in Koordination mit den entsprechenden Bestrebungen von Bund und Kanton Luzern den folgenden Zubaupfad für die Produktion von Solarstrom an:

- 2020: 10 MWp (Ausgangswert)
- 2025: ~~38~~ 30 MWp
- 2030: ~~67~~ 60 MWp
- 2035: ~~95~~ 90 MWp
- 2040: ~~423~~ 120 MWp
- 2045: ~~452~~ 150 MWp
- 2050: 180 MWp

## **Art. 6** *Massnahmen*

<sup>1</sup> Die Stadt Luzern trifft zur Erreichung der in Art. 5 definierten Absenkpfade und des in Art. 5a festgelegten Zubaupfads die in ihrem Einflussbereich liegenden Massnahmen.

<sup>2-3</sup> (bleiben unverändert)

**Art. 6a** *Gebäudeenergieausweis GEAK Plus für bestehende Bauten*

<sup>1</sup> Der Stadtrat kann für bestehende Bauten eine GEAK-Plus-Pflicht einführen, sollte eine solche bis 2024 auf kantonaler Ebene nicht vorgeschrieben sein.

<sup>2</sup> Die GEAK-Plus-Pflicht gilt für alle Bauten mit einer fossilen Heizung, die älter als zehnjährig sind.

<sup>3</sup> Von der GEAK-Plus-Pflicht ausgenommen sind Gebäude, für die bereits ein gültiger GEAK Plus besteht oder die ~~die bereits einen GEAK Plus erstellt haben, ein gültiges Gebäudelabel aufweisen (Minergie usw.)~~ oder Gebäudetypen zugeordnet werden, für die kein GEAK Plus erstellt werden kann.

<sup>4</sup> Für Gebäude mit schlechter Gesamtenergieeffizienz (GEAK-Kategorien E–G) ~~Effizienz~~ kann der Stadtrat eine Beratungspflicht einführen.

<sup>5</sup> Der GEAK Plus muss innert 6 Jahren ~~10 Jahren~~ nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen erstellt sein.

<sup>6</sup> Für Gebäude, für die kein GEAK Plus erstellt werden kann, wird eine Gebäudeanalyse gemäss Pflichtenheft des BFE verlangt.

**Art. 6b** *Verbot von nicht erneuerbarem Strom im liberalisierten Strommarkt*

<sup>1</sup> Der Stadtrat kann ein Verbot für den Bezug von nicht erneuerbarem Strom auf Stadtgebiet einführen, sofern bis 2024 auf kantonaler Ebene ein solches fehlt.

<sup>2</sup> Bei einem Verbot dürfen auf Stadtgebiet beim Bezug von Strom im liberalisierten Markt einzig Stromprodukte mit Herkunftsnachweis aus erneuerbaren Energien erstanden werden.

<sup>3</sup> Eine vom Stadtrat bezeichnete Stelle kann Ausnahmen erlauben, sofern die Mehrkosten für Strom aus erneuerbaren Quellen 5 Prozent ~~10 Prozent~~ der Energiekosten inklusive Netz und Abgaben überschreiten.

<sup>4</sup> Die Energieversorgungsunternehmen auf Stadtgebiet sind verpflichtet, gegenüber der vom Stadtrat bezeichneten Stelle die Herkunftsnachweise für ihre Kundinnen und Kunden auf Stadtgebiet offenzulegen und die von ihnen nicht belieferten Strombezüglerinnen und Strombezügler zu melden.

<sup>5</sup> Strombezüglerinnen und Strombezügler im freien Markt haben gegenüber der vom Stadtrat bezeichneten Stelle bezüglich der Herkunftsnachweise ihrer Stromlieferantinnen und Stromlieferanten eine Auskunftspflicht und Mitwirkungspflicht.

<sup>6</sup> Die vom Stadtrat bezeichnete Stelle überprüft die Herkunftsnachweise im freien Markt stichprobenweise.

**Art. 7** *Controlling*

<sup>1</sup> (bleibt unverändert)

<sup>2</sup> Sollte sich zeigen, dass die Absenkpfade nicht eingehalten werden können und der Zubaupfad für die Produktion von Solarstrom gemäss Art. 5a nicht erreicht wird, ist die Massnahmenumsetzung in Koordination mit den entsprechenden Bestrebungen von Bund und Kanton Luzern zu intensivieren.

### **Art. 9** *Finanzierung*

<sup>1</sup> (bleibt unverändert)

<sup>2</sup> Die jährliche Einlage wird aus den städtischen Konzessionsgebühren und der Rückverteilung der CO<sub>2</sub>-Abgabe des Bundes finanziert. Im Rechnungsjahr 2022 beträgt die Einlage 1,5 Mio., 2023 4 Mio., 2024 6,5 Mio. und ab 2025 mindestens 9 Mio. Franken.

<sup>3</sup> (bleibt unverändert)

<sup>4</sup> Die Höhe des Fonds in der Summe aller nicht an Vorhaben zugesicherten Beiträge wird auf 15 Mio. Franken limitiert. Wird der Betrag von 15 Mio. Franken während dreier aufeinanderfolgender Jahre überschritten, werden die Einlagen ab dem vierten Jahr gekürzt. Der bisherige Absatz 4 wird zu Abs. 5.

### **Art. 9a** *Zuschlag auf Nutzung der elektrischen Verteilnetze*

<sup>1</sup> Ist die Finanzierung des Energiefonds über zweckgebundene Abgaben nicht genügend gesichert, kann auf die Nutzung des über die Netze auf Stadtgebiet vertriebenen Stroms ein Zuschlag (Klimarappen) in der Höhe von 0,5 bis 2 Rappen pro Kilowattstunde erhoben werden.

<sup>2</sup> Abgabepflichtig sind die Strombezügerinnen und Strombezüger. Der Klimarappen wird einmal jährlich erhoben.

<sup>3</sup> Der Stadtrat legt die Höhe des geschuldeten Klimarappens innerhalb des Rahmens gemäss Abs. 1 jedes Jahr im Voraus unter Berücksichtigung des Fondsbestandes, der Konzessionsgebühreneinnahmen und des Finanzbedarfs für die Fördermassnahmen fest.

<sup>4</sup> Das Inkasso kann an Dritte übertragen werden.

<sup>5</sup> Die Grundlagen für die Erhebung des Klimarappens werden von den konzessionierten Netzbetreiberinnen und Netzbetreibern bei deren Verbraucherinnen und Verbrauchern erhoben. Sie sind verpflichtet, alle für die Gebührenerhebung notwendigen Daten und Geschäftsunterlagen zur Verfügung zu stellen.

### **Art. 12** *Voraussetzungen*

<sup>1</sup> Unter Einhaltung folgender Voraussetzungen können Vorhaben aus dem Fonds gefördert werden:

a.–g. (bleiben unverändert)

h. Sanierungsvorhaben, die zu Leerkündigungen führen, werden nur gefördert, wenn die Leerkündigung ausreichend begründet werden kann.

<sup>2</sup> (bleibt unverändert)

### **Art. 23** *Vollzug*

<sup>1-3</sup> (bleiben unverändert)

<sup>4</sup> Er bezeichnet die für den Vollzug dieser Bestimmungen zuständigen Stellen.

### **Art. 23a** *Energiestatistik*

<sup>1</sup> Als Grundlage für die Energieplanung und die energiepolitische Berichterstattung führt die Stadt eine Energiestatistik.

<sup>2</sup> Für die Erhebung der dazu notwendigen Angaben gilt die Auskunftspflicht und Mitwirkungspflicht gemäss Kantonalem Energiegesetz.

#### **Art. 23b Strafbestimmungen**

Wer gegen die Vorschriften von Art. 6a Abs. 2, 4 und 5 (Nichtbefolgen der GEAK-Plus-Pflicht; Nichtbefolgen der Beratungspflicht; Nichteinhaltung der 6-Jahres-Frist ~~10-Jahres-Frist~~), Art. 6b Abs. 2, 4 und 5 (Kauf von nicht erneuerbarem Strom im liberalisierten Strommarkt; Weigerung, Herkunftsnachweise offenzulegen und nicht belieferte Strombezüglerinnen und Strombezügler zu nennen; Nichteinhalten der Auskunftspflicht und Mitwirkungspflicht) und Art. 23a Abs. 2 (Nichteinhalten der Auskunftspflicht und Mitwirkungspflicht bezüglich Energiestatistik) oder darauf gestützte Verfügungen vorsätzlich oder fahrlässig verstösst, wird nach den Strafbestimmungen des massgebenden kantonalen Rechts verfolgt.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

2. Das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität vom 29. April 2010 wird wie folgt geändert:

#### **Art. 5 Motorisierter Individualverkehr**

<sup>1</sup> Die Stadt setzt sich dafür ein, dass die Verkehrsbelastung auf dem übergeordneten Strassennetz (Stadtkordon) bis 2040 gegenüber 2010 um 15 Prozent abnimmt. Der zu substituierende motorisierte Individualverkehr und allfälliger zukünftiger Mehrverkehr werden in erster Linie durch öffentliche Verkehrsmittel, Fuss- und Veloverkehr abgewickelt. Netzausbauten dienen primär der Quartierserschliessung bzw. der Verkehrsentlastung oder der Priorisierung des öffentlichen sowie des Fuss- und Veloverkehrs.

<sup>2-4</sup> (bleiben unverändert)

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

3. Das Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes vom 28. Oktober 2010 wird wie folgt geändert:

#### **Anhang**

(zu Art. 7)

##### **A. Gebühren für die Sondernutzung öffentlichen Grundes (Konzessionsgebühr)**

1. (bleibt unverändert)

##### **2. Elektrische Verteilnetze**

<sup>1</sup> Die Konzessionsgebühr bemisst sich nach der von der Konzessionärin oder vom Konzessionär auf dem Stadtgebiet ausgespeisten elektrischen Energie an die Endverbraucherin oder den Endverbraucher in Rappen je kWh. Der Gebührenrahmen liegt zwischen 0,6 und 1,8 Rappen je kWh. Pro Endverbraucherin oder Endverbraucher und Jahr werden jeweils

maximal 8 GWh der aus dem Verteilnetz der Konzessionärin oder des Konzessionärs aus-  
gespeisten elektrischen Energie berücksichtigt.

<sup>2-4</sup> (bleiben unverändert)

3. (bleibt unverändert)

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

4. Für die Erstellung von Photovoltaikanlagen auf stadteigenen Gebäuden wird ein Sonderkredit von 3,72 Mio. Franken bewilligt.
  5. Für die vollständige Transformation der Wärmeversorgung der städtischen Liegenschaften des Verwaltungsvermögens auf erneuerbare Energien wird ein Sonderkredit von 12,8 Mio. Franken bewilligt.
  6. Für den Investitionsbeitrag an die ewl Rohrnetz AG für das Projekt «See-Energie Würzenbach» wird ein Sonderkredit von 6 Mio. Franken bewilligt.
  7. Für die erforderlichen Personalmittel für die Umsetzung der Klima- und Energiestrategie wird ein Sonderkredit von 10,03 Mio. Franken bewilligt.
- III. Die Motion 282, Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion vom 4. April 2019: «Neue städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Ziel Netto Null CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030)», wird als erledigt abgeschrieben.
- IV. Der Bevölkerungsantrag 288, Helene Meyer, Leander Studer, Elena Hotz, Meret Kanza und Josefa Niederberger namens der Antragstellenden vom 1. Mai 2019: «Ausrufung des Klimanotstandes», wird nicht als erledigt abgeschrieben.
- V. Die Motion 266, Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 6. Februar 2019: «Erdgas konsequent durch erneuerbare Energieträger ersetzen», wird als erledigt abgeschrieben.
- VI. Die Motion 268, Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Marco Müller und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 6. Februar 2019: «Mit Solarstrom endlich durchstarten», wird als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Motion 434, Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion vom 20. Juli 2020: «Für eine soziale und gerechte Klimawende», wird teilweise überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum.

**7 Motion 434, Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion vom 20. Juli 2020:  
Für eine soziale und gerechte Klimawende**

**Der Stadtrat nimmt die Motion teilweise entgegen bei gleichzeitiger Abschreibung.**

Die Beratung erfolgte zusammen mit den Traktanden 6 und 8.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine weitere Wortmeldung.

**Die Motion 434 wurde im Beschluss zum B+A 22/2021 unter Ziffer VII teilweise überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.**

**8 Dringliche Motion 148, Mario Stübi, Benjamin Gross und Nico van der Heiden namens der SP-Fraktion sowie Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 29. November 2021:  
Klima- und Mieterschutz gemeinsam: Genfer Lösung für Luzern**

**Der Stadtrat nimmt die Motion als Postulat entgegen.**

Die Beratung erfolgte zusammen mit den Traktanden 6 und 7.

**Andreas Moser:** Die FDP-Fraktion stellt zum Postulat einen **Ablehnungsantrag**.

**Christian Hochstrasser** ist mit der Überweisung der Motion als Postulat einverstanden. Inhaltlich hat der Rat bereits darüber debattiert. Von daher gibt es vonseiten der Motionäre nichts anzufügen.

**Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 148 als Postulat.**

**Die restlichen Traktanden 9 bis 11 werden aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandelt.**



## **Verabschiedung von Agnes Keller-Bucher (Mitte-Fraktion) und Nico van der Heiden (SP-Fraktion)**

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann** kommt nun, wie zu Beginn der Sitzung angekündigt, zur Verabschiedung der zwei sehr wichtigen und langgedienten Ratsmitglieder Agnes Keller-Bucher und Nico van der Heiden.

Agnes Keller-Bucher wurde am 7. Januar 2010, als sie und die Sprechende noch jung waren, vereidigt. In den Amtsjahren 2010/2011 und 2011/2012 war sie stellvertretende Stimmenzählerin und ab dem 1. Januar 2011 bis zum Ende ihrer Amtszeit Mitglied der Sozialkommission; das sind stolze 11 Jahre. Vom 6. September 2012 bis 31. August 2016 amtierte sie zudem als Vizepräsidentin der Sozialkommission. Für die Sprechende verkörperte Agnes Keller-Bucher den Stadtteil Littau in allen Themen. Als Bäuerin tat sie dem Rat sehr gut. Sie brachte die oft akademisch überdrehten Argumente auf den Boden und sagte klar, wie das mit dem Bauern geht und wie die Rüebli wachsen. Das hat dem Rat sehr gut getan. Sonja Döbeli Stirnemann bedauert sehr, dass Agnes Keller-Bucher den Rat auf Ende Februar 2022 verlässt. Diese hat der Sprechenden einen der magischsten Momente ihrer Zeit im Rat beschert, und zwar war das bei einem Ratsausflug in Murbach. Die Ratsmitglieder waren dort in der Kirche versammelt und Agnes Keller-Bucher fing an zu jodeln. Das ging direkt ins Herz und berührte sehr; es war sehr schön. Die Sprechende findet es sehr schade, dass die nächsten Ausflüge nun ohne sie stattfinden werden; es wäre bestimmt wieder ein Highlight geworden. Und wer weiss, vielleicht öffnet sich ein Türchen und man findet für Agnes Keller-Bucher eine Rolle, damit sie gleichwohl dabei sein kann. Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann dankt der abtretenden Agnes Keller-Bucher von Herzen für ihr grosses Engagement für die Stadt Luzern sowie für die parlamentarische Arbeit im Rat und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute. Die Anwesenden schliessen sich den guten Wünschen mit einem langandauernden Applaus an und Ratsweibelin Brigitte Gisler überbringt Agnes Keller-Bucher ein kleines Abschiedsgeschenk – eine City-Card.

**Agnes Keller-Bucher** dankt für den Applaus. Die 12 Jahre im Grossen Stadtrat gefielen ihr sehr. Sie lernte viele Leute kennen, die sie sonst in ihrem Garten auf dem Spitzhof oben nicht getroffen hätte. Es sind alles sehr interessante, liebe Leute und sie konnte über alle Fraktionen hinweg mit ihnen reden, was sehr schön war. Diese Gespräche werden ihr bestimmt ein wenig fehlen. Sie hofft aber, dass sie den einen oder anderen wieder einmal sehen wird und dankt allen vielmals für diese gute Zeit.

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann:** Mit Nico van der Heiden kündigte ein weiteres Schwergewicht an, den Rat auf Ende Februar 2022 zu verlassen. Wir haben es heute gemerkt, er war in der Debatte zur Klima- und Energiestrategie einer der Engagiertesten unter uns.

Nico van der Heiden ist am 1. September 2011 vereidigt worden. Er war ab 15. Juli 2013 bis zum 31. März 2018 Fraktionschef und somit auch Mitglied der Geschäftsleitung. In diesem Gremium lernte die Sprechende ihn näher kennen und entdeckte, wie gut und mit wie viel Herzblut er debattierte. Auch wenn die Sprechende nicht so oft direkt mit ihm debattierte, genoss sie es, ihm beim Argumentieren zuzuhören. Nico van der Heiden gelang es immer wieder, Argumente, an die die Sprechende nicht gedacht hatte, mit in die Diskussion zu bringen. Das hat sehr Spass gemacht und war beeindruckend. Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann dankt Nico van der Heiden für sein immenses Engagement für die Stadt Luzern und für seine Inputs. Sie darf verkünden, dass Nico van der Heiden für seinen Abschied ein tolles Geschenk, nämlich eine Wappenscheibe der Stadt Luzern, wählte. Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann gratuliert ihm dazu und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute, aber vorerst vor allem etwas Erholung nach der grossen Debatte. Diesen guten Wünschen schliessen sich die Anwesenden mit einem langanhaltenden Applaus an.

**Nico van der Heiden** wird die Anrede «sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen» vermissen. Es ist etwas sehr Formelles, aber er findet, dass das sehr gut zum Politbetrieb passt. Heute hat er bereits so viel geredet, dass er jetzt einfach nur noch ein ganz herzliches Dankeschön für zehneinhalb extrem lehrreiche, spannende Jahre ausdrücken möchte. An die Ratsmitglieder gewandt, sagt er zum Schluss: «Bleibt nett miteinander, habt einen guten Austausch, danke vielmals».

**Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann** dankt für das engagierte Mitwirken bei dieser sehr anspruchsvollen Sitzung. Sie ist froh und stolz, dass der Bericht und Antrag zur Klima- und Energiestrategie zu Ende beraten und verabschiedet werden konnte. Die nächste Sitzung findet am 17. März 2022 statt. Es wird eine halbtägige Sitzung sein. Die Sprechende wünscht allen einen schönen Abend und eine schöne Fasnacht.

Schluss der Sitzung: 18.00 Uhr

Luzern, 28. April 2022

Die Protokollführerin:



Karin Spinnler Schmid

Eingesehen von:



Daniel Egli  
Stadtschreiberin-Stv.

## **Anhang zur 21. Sitzung des Grossen Stadtrates**

von Luzern von Donnerstag, 17. Februar 2022, 14.00 Uhr

### **Gast-Input Journalismus:**

Flurina Valsecchi, Chefredaktorin Bote der Urschweiz AG Gastreferat

Ihre PowerPoint-Präsentation:

# HERZLICH WILLKOMMEN

Flurina Valsecchi, Bote der Urschweiz, Schwyz





- Lokales Team vor Ort mit rund 15 Journalisten/innen
- Print & Online
- 17'000 gedruckte Ausgaben
- 42'000 Leserinnen und Leser im Print
- Marktabdeckung von 70 % im Talkessel, sehr stabile Leserzahl
- 20'000 Zugriffe täglich auf bote.ch
- Unabhängiges Unternehmen
- Zusammenarbeit mit CH Media/LZ
- Das Jahr 2022 im Zeichen des digitalen Wandels



# FLURINA VALSECCHI

- 41-jährig, aufgewachsen in Graubünden, daheim in Horw
- Seit Juni 2021 Chefredaktorin „Bote der Urschweiz“
- Ursprünglich: Primarlehrerin
- Von der Lokaljournalistin (Kriens) bis zur nationalen Berichterstattung (Bundeshaus)
- Online-Team und digitale Entwicklung Luzerner Zeitung
- Familie mit 3 Kindern
- Hobbys: Garten und Tiere



**POLITIKER/INNEN  
FRAGEN:**

**„WIE SCHAFFEN ES  
MEINE THEMEN  
IN DIE ZEITUNG?“**





- Lokales Thema
- Betroffenheit
- News
- Exklusivität
- Relevanz
- Fakten & Visuelles
- Personifizieren
- Emotionen
- Unterhaltung
- Bunter Themenmix

## **LOKALES THEMA & BETROFFENHEIT**

- Welche Auswirkungen hat das Thema auf den unmittelbaren Alltag unserer Leserinnen und Leser?
- Wir berichten aus der Optik unserer Leserinnen und Leser.



Parlament



# Ratspräsident sorgt für grosses Steuergeschenk

Per Stichtentscheid wurden die Steuern um 30 Prozent einer Einheit gesenkt.

Jürg Auf der Maur

Kantonsratspräsident Thomas Hänggli (SVP) bereitet den Schwyzer Steuerzahlenden ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk: Dank seinem Stichtentscheid werden die Steuern 2022 nicht um 20, sondern sogar um 30 Prozent einer Einheit gesenkt. Damit setzte sich der Kantonsrat über die Absicht der Regierung hinweg.

Finanzdirektor Kaspar Michel bezeichnete den Antrag der Regierung als unversivill, nachschließen und installieren.



Ratspräsident Thomas Hänggli (SVP) entschied wie seine Partei.  
Bild: Jürg Auf der Maur

Millionen Franken geringeren Überschuss abschliessen dürfte.

## Ratspräsident entschied sich für die Parteilinie

Chancenlos blieb einmal mehr die FDP, die seit Jahren eine Steuersenkung fordert und dieses Jahr den Antrag stellte, eine Reduktion um 40 Prozent vorzunehmen. Begründet wurde dies von Heinz Theiler (Goldau) und Sepp Marty (Unteriberg) nicht zuletzt damit, dass die Partei schon im letzten Jahr vertriebt worden sei. Man sollte es halt, seinen

Bürgerinnen und Bürger



### Auswirkungen der geplanten Steuerfussreduktion 2022 auf die Kantonssteuer bei einer Senkung um 20 oder 30 Prozent

In Franken, Zahlengerundet

Alleinstehend					Alleinstehend, 2 Kinder					Verheiratet					Verheiratet, 2 Kinder					Rentner, verheir.				
Einkommen Brutto	Einkommen Steuerbar	Einfache Steuer	Reduktion 20%	Reduktion 30%	Einkommen Brutto	Einkommen Steuerbar	Einfache Steuer	Reduktion 20%	Reduktion 30%	Einkommen Brutto	Einkommen Steuerbar	Einfache Steuer	Reduktion 20%	Reduktion 30%	Einkommen Brutto	Einkommen Steuerbar	Einfache Steuer	Reduktion 20%	Reduktion 30%	Einkommen Brutto	Einkommen Steuerbar	Einfache Steuer	Reduktion 20%	Reduktion 30%
50 000	33 000	796	-159	-239	50 000	18 200	285	-57	-86	50 000	31 000	547	-109	-164	50 000	13 000	119	-24	-36	50 000	37 200	-143		
75 000	53 700	1522	-304	-457	75 000	35 000	861	-172	-258	75 000	51 800	1157	-231	-347	75 000	34 900	654	-131	-196	75 000	59 000	-278		
100 000	75 400	2365	-473	-709	100 000	56 600	1631	-326	-489	100 000	70 300	1762	-352	-529	100 000	53 000	1195	-239	-359	100 000	81 500	-431		
125 000	97 600	3230	-646	-969	125 000	78 800	2497	-499	-749	125 000	91 200	2497	-499	-749	125 000	72 800	1849	-370	-555	125 000	105 000	-600		
150 000	119 800	4096	-819	-1229	150 000	101 000	3363	-673	-1009	150 000	113 400	3326	-665	-998	150 000	94 600	2620	-524	-786	150 000	128 600	-784		
175 000	142 200	4970	-994	-1491	175 000	123 400	4237	-847	-1271	175 000	135 800	4201	-840	-1260	175 000	117 000	3467	-693	-1040	175 000	152 600	-971		
200 000	164 500	5839	-1168	-1752	200 000	145 700	5108	-1021	-1532	200 000	158 100	5071	-1014	-1521	200 000	139 300	4338	-868	-1301	200 000	177 600	-1166		

Regierung/ Staatskasse



## 6,8 Millionen für die Fremdbetreuung

Die SP-Initiative wird zwar abgelehnt, aber die Regierung legt ein eigenes Gesetz für die familienergänzende Kinderbetreuung vor.



Die externe Kinderbetreuung soll nun auch im Kanton Schwyz gefördert und die Eltern finanziell unterstützt werden.

«Für den Kanton Schwyz ist das in Sachen Kinderbetreuung ein grosser Schritt in die Zukunft.»



Petra Stötzner-Rickenbacher  
Frau Landammann

Berufstätige Eltern



### So viel bezahlen die Eltern je nach Einkommen im Modell gemäss der SP-Initiative

ohne gesteigerte Nachfrage

Einkommensviertel der Eltern in Franken, primär steuerpflichtig mit Kindern unter 12 Jahren	Anteil betroffene Steuerzahlende	Annahme Selbstkosten der Eltern für Ganztagesbetreuung Normkostentarif 130 Franken pro Kind/Tag	Annahme Selbstkosten der Eltern für Mittagstisch 25 Franken pro Kind/Tag	Jahreskosten für Gemeinden und Kanton in Franken
bis 31 829	6,96 %	32.50	6.25	786 240 <sup>*</sup> 45 000 <sup>*</sup>
bis 56 394	12,87 %	65	12.50	973 440 <sup>*</sup> 55 000 <sup>*</sup>

### So viel bezahlen die Eltern je nach Einkommen im Gegenvorschlag des Regierungsrats

ohne gesteigerte Nachfrage

Bundes-Reineinkommen der Eltern in Franken, primär steuerpflichtig mit Kindern unter 12 Jahren	Anteil betroffene Steuerzahlende	Annahme Selbstkosten der Eltern für Ganztagesbetreuung 130 Franken pro Kind/Tag	ihreskost Gemeind und Kant in Frank
bis 9 098	3 %	maximal 30	1 497 600
bis 25 214	2,5 %		
bis 37 740	3,5 %		
bis 47 193	4 %	42	709 600
bis 56 394	7 %		
bis 67 258	11 %	55	950 400



# NEWS & EXKLUSIVITÄT & RELEVANZ

- Neuigkeiten! Greift ein aktuelles Thema auf?
- Haben es alle oder kann man es nur in unserer Zeitung erfahren?
- Wie „wichtig“ ist das Thema?



# FAKTEN & VISUELLES

- Können wir das Thema mit konkreten Zahlen und Statistiken erzählen?
- Gibt es etwas zum Sehen (Bilder, Karten, Grafiken) oder zum Hören (Tonaufnahme) oder zum Schauen (Videos)?



# Das Bundesgericht spricht ein Machtwort

In der Hopfräben in Brunnen darf kein neuer Campingplatz gebaut werden, weil er die Revitalisierung des Muotadeltas gefährdet.

Ruggero Verzellone

Der Bezirk Schwyz wollte als Eigentümer der Liegenschaft den Campingplatz Hopfräben in Brunnen neu bauen. Geplant waren ein neues Betriebsgebäude mit Bistro, öffentlichem WC und einer Betriebswohnung, ein Nebengebäude mit Geräte- und Wäscherraum sowie eine Garage für die Betriebsleitung. Zudem sollten die internen Erschliessungstrassen, Standplätze, Abgrenzungen, technische Installationen und Sicherheitsrichtungen erneuert werden. Diese Pläne muss der Bezirk nun begraben. Das Neubauprojekt behindert die erforderliche Revitalisierung des Muotadeltas. Das Bundesgericht hat zwei beschwerende Naturschutzorganisationen Pro Natura, WWF Schweiz, Stiftung Landschaftsschutz Schweiz und des Schweizer Vogelschutzes gutgehissen.

Der Gemeinderat Ingenbohl wird aufgefordert, den Gewässerraum am rechten Ufer der Muota im Bereich des Muotadeltas (im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung und an das Flachmoorobjekt von nationaler Bedeutung grenzend) zu vergrössern und neu festzulegen. Der am rechten Ufer der Muota festgelegte Gewässerraum von 15 Metern ab der Uferlinie sei unzureichend. Er müsse mindestens 55 Meter betragen, rechnete das Bundesgericht aufgrund der Gesetzesbestimmungen aus. Nur schon aus diesem Grund müsse die Beschwerde gutgehissen werden.

## Muotadelta muss revitalisiert werden

Das Bundesgericht geht einen Schritt weiter. Das Muotadelta gehöre zu den bedeutendsten Deltas in der Schweiz.



Das Muotadelta soll in der Hopfräben in Brunnen revitalisiert werden, verlangt das Bundesgericht. Ein neuer Campingplatz würde das erschweren.

Bild: Einar Dick

platz oder Kierverladshafen seien keine unüberwindbaren Hindernisse, da sie trotz Besitzstandgarantie verlegt

Das Bundesgericht spricht auch deutliche Worte zum Bezirk als Hoheitsträger über die fließenden Gewässer

und die Revitalisierung des Muotadeltas vereiteln würde.  
«Andernfalls eine Planungszone

talisation könne von ihm grundsätzlich erwartet werden, sein Bauvorhaben zurückzustellen, bis Klarheit über

# Und weiter gehts im grünen Bereich

Kantonaler Aufgaben- und Finanzplan: Bis 2025 will Schwyz jeweils ein Plus schreiben, das Eigenkapital wächst auf 873 Millionen Franken.

Flurina Valsecchi

Noch vor ein paar Jahren, als der Kanton Schwyz tiefrote Zahlen verkünden musste, stellten sich die Fernsehkameras im Regierungsgebäude auf. Jetzt, wo Finanzdirektor Kaspar Michel (FDP) «good news» parat hatte, fehlten sie. Dabei waren die gestern präsentierten Zahlen durchaus «filmreif»: Bis Ende Jahr rechnet der Kanton – trotz Pandemie – mit einem Ertragsüberschuss von 180 Millionen Franken gegenüber dem Budget, soweit die aktuelle Wasserstandsmeldung. Michel schliesst nicht aus, dass es am Ende sogar «weit über 180 Millionen» sein könnten (siehe Interview).

Auch in Zukunft rechnet der Kanton Schwyz mit einem deutlichen Ertragsüberschuss. Im nächsten Jahr soll es bei einem Aufwand von 1,58 Milliarden Franken ein Plus von 80 Millionen geben, in den darauffolgenden Jahren 54,3, 13,5 und 29 Millionen. Auch das Eigenkapital wird in dieser Zeit weiter ansteigen, im Jahr 2022 sind es 776 Millionen. Bis ins Jahr 2025 beträgt das Eigenkapital gemäss Aufgaben- und Finanzplan 873 Millionen. Gleichzeitig macht das Nettovermögen im kommenden Jahr 710 Millionen Franken

## Mittelfristige Entwicklung

Gesamthaushalt



So präsentieren sich die Ertrags- (in Grün) beziehungsweise die Aufwandüberschüsse (in Rot) seit dem Jahr 1996 sowie die Prognose bis 2025.

Quelle: Kanton Schwyz



# PERSONIFIZIEREN & EMOTIONEN

- Berührt das Thema, geht es ans Herz?
- Gibt es eine Frau oder ein Mann, die/der über das Thema erzählen kann?
- Können wir Widersprüche oder Missstände aufzeigen?



## Happy End nach eineinhalb Monaten Koma

Ein Schicksal – drei Erzählungen: Der Chefarzt, die Intensivpflegerin und der Covid-Patient blicken auf eine bewegte Zeit zurück.

Flurina Valsecchi

Diese Geschichte hätte auch ein ganz anderes Ende nehmen können. Ein endgültiges. Eines mit dem Tod. Aber es kam anders, und sogar Chefarzt Didier Naon spricht von einem unerwarteten und unüblichen Verlauf – von einer Art medizinischem Wunder.

### Kapitel 1: Wie die Lage sehr schnell sehr ernst wird

Bald ist es ein Jahr her, es ist Ende November 2020: Beat Studer fährt nach Cham und lässt in der Andreasklinik einen Corona-Test machen. «Nur aus Gvunders», wie er sagt. Er hat lediglich einen leichten Schnupfen. Studer wohnt mit seiner Frau in Arth, führt übers Pensionsalter hinaus noch die Bar und Lounge «Spreu und Weizen» in Immensee. Fit und zwäg ist er. «Ich war mein ganzes Leben noch nie ernsthaft erkrankt.» Und doch: Der Corona-Test zeigt ein positives Resultat.

Studer bleibt gelassen, er begibt sich in Quarantäne. Bereits in der Nacht auf den 4. Dezember bekommt er jedoch Atemprobleme. So stark, dass seine Frau den Krankenwagen ruft. Man bringt ihn ins Kantonsspital nach Luzern, die Lage wird sehr schnell sehr ernst. Schon bald wird er von den Ärzten vor die Entscheidung gestellt, ob er bereit ist, sich intubieren zu lassen.

Bilder aus Bologna, wo das Virus



Spezielles Treffen auf dem Dach des Spitals Schwyz: Didier Naon, Chefarzt Anästhesie, Patient Beat Studer und Intensivpflegerin Jacqueline Winet. Bild: Flurina Valsecchi



# Trotz Protest: Baum unter Polizeischutz gefällt

Die Eibe ist nicht mehr, der Ginkgo bleibt vorerst stehen: Anwohner schmerzt die gestern früh durchgeführte Fällaktion eines historischen Baums im Seebner Unterdorf.

Alle Proteste haben nichts genützt. Der rasch formierte Widerstand der Anwohnerschaft verpuffte. Die Eibe, eine der beiden «historischen Bäume» und Zeitzeuge aus Seewens Glanzzeit als Badeort wurde gestern unter Protest gefällt. Nach sieben Uhr fuhr ein Kran samt Facharbeitern auf, um den Baum zu entfernen. Auch die Schwyzer Kantonspolizei war vor Ort.

## Anwohner sind enttäuscht, Grundeigentümerin wehrt sich

«Es schmerzt», sagte der Unterseebner Peter Rickenbacher. Auch Nachbar Teo Senin sprach von einem emotionalen Moment, der entlarve, wie ernst man es mit dem Klimaschutz wirklich meine. Senin wohnt seit Kindsbeinen in Seewen. Die zwei markanten Bäume – einen Ginkgo und eine Eibe – kennt er bestens. «Das war immer ein mystischer Platz», erinnert er sich. Bereits am Dienstagmorgen wurde ein erster Versuch unternommen, die Bäume zu fällen (der «Bote» berichtete). Der Versuch scheiterte aber, weil Fahrzeuge im Weg standen.

Derzeit prüft die Gemeinde, ob ein Baumschutzartikel in den Schutzzonenplan aufgenommen werden soll. Ein Vorentscheid könnte noch diesen Herbst fallen. «Nichts zu tun mit der ganzen Angelegenheit» habe der Bezirk Schwyz, erklärte Landschaftsreifer René Küttel. Der Bezirksrat habe lediglich per Floß die Anwohner der See-



# UNTERHALTUNG

# Jäger im Muotatal schoss irrtümlich ein Lama ab

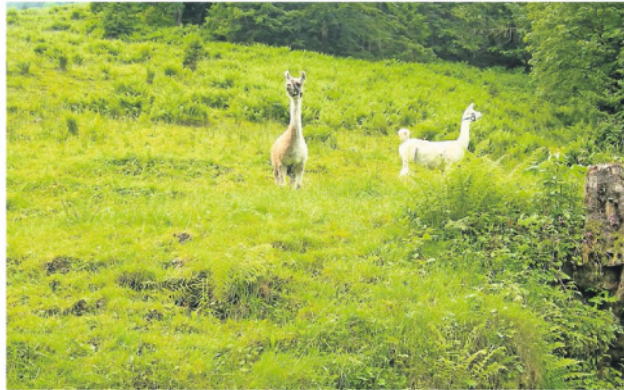
Das Lama kann zwar den Wolf vertreiben, doch gegen den Jäger war es machtlos.

Franz Steinegger

Dieser Jagdunfall dürfte Seltenheitswert haben. Vor etwas mehr als zwei Wochen erlegte ein Weidmann auf der Hochwildjagd eines von vier Lamas. Die Tiere weideten zusammen mit Schafen eingangs Bisital zwischen Stahli und Suterer, als der verhängnisvolle Schuss fiel. Es handelte sich unglücklicherweise sogar um die Leitstute.

Wie es zu dieser «Fehlbeurteilung» kam, kann sich der betroffene Bauer nicht erklären. Das Tier sei am Waldrand gestanden, als es getroffen worden sei. Er wurde mit dem fehlbaren Schützen handelseinig und verzichtet auf eine Anzeige, «weil die Jäger durchaus nützlich sind», wie er sagt.

**Lamas als  
Herdenschutztiere**



Lamas auf einer Weide im Muotatal. Sie haben keine Angst vor dem Wolf, weshalb sie auch als Herdenschutztiere eingesetzt werden.

Bild: PD



- Themen-Vielfalt ist wichtig!
- Alle Leserinnen und Leser müssen für sie spannende Inhalte in der Zeitung entdecken können.

# WELCHE ROLLE SPIELEN DA DIE POLITIKER?

- Mit Ihren Ideen und Entscheidungen prägen Sie den Alltag der Bürgerinnen und Bürger.
- Davon sollen die Leserinnen und Leser erfahren.



## MEDIEN & POLITIK

Keine Freunde...

Kein Sprachrohr einer Partei...

.... aber ein professioneller Austausch und Kontakt.





**HERZLICHEN  
DANK!**

